Jahrbuch
2004/2005

Bundesverband der
Deutschen Tourismuswirtschaft
Berlin · Brüssel

Impressum

Herausgeber

Bundesverband der
Deutschen Tourismuswirtschaft e.V. (BTW)
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin
Telefon 030/72 62 54-0
Telefax 030/72 62 54-44
E-Mail info@btw.de
Internet www.btw.de

Verantwortlich für den Inhalt

Ulrich Rüter

Text

Hermann F. Sack

Redaktion

Tobias Jüngert
Ulrich Rüter

Gestaltung und Produktion

pantamedia communications GmbH, Berlin

Fotos

Wir danken den Mitgliedern des BTW für die freundliche Unterstützung bei der Illustration.

Inhalt

Der Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW) 7

Vorwort 8

Der BTW und seine Mitglieder 15

Der BTW als Mitglied im BDI 19

Kommunikation nach innen und nach außen 32

Aktivitäten des BTW in Deutschland 35

Der BTW zwischen Politik und Wirtschaft

Tourismusgipfel am 20. und 21. September 2004 in Berlin 36

Die BTW-ITB-Dinner-Talks 46

ITB vom 11. bis 15. März 2005 in Berlin 48

Tourismuskonferenz Ost am 9. Mai 2005 in Weimar 52

FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2006™ in Deutschland 54

Der BTW als politischer Mitgestalter

Partner Bundesregierung 59

Partner Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) 61

Weitere Ministerien

Partner Auswärtiges Amt (AA) 64

Partner Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 66

Partner Bundesministerium der Finanzen (BMF) 69

Partner Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) 70

Partner Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (BMVBW) 72

Partner Deutscher Bundestag 74

Partner World Tourism Organization (WTO) 77

Die politischen Themen des BTW 79

Aktivitäten des BTW auf europäischer Ebene 107

Der BTW zwischen Politik und Wirtschaft

Treffen der EU-Beauftragten des BTW am 9. Dezember 2004 in Brüssel 108

Gespräch bei EU-Vizepräsident Günter Verheugen am 29. Juni 2005 in Brüssel 111

Der BTW als politischer Mitgestalter

Partner Europäische Kommission 115

Die Generaldirektionen 116

- Generaldirektion Unternehmen und Industrie 116
- Generaldirektion Energie und Verkehr 117
- Generaldirektion Wettbewerb 117
- Generaldirektion Binnenmarkt 118
- Generaldirektion Steuern und Zollunion 118
- Generaldirektion Umwelt 119

Partner Europäisches Parlament (EP) 121

Partner Europäisches Beratungszentrum der Deutschen Wirtschaft (EBZ) 123

Bürokratie und Wettbewerbsbehinderungen in der EU 124

Wirtschaftsfaktor Tourismus 135

Beschäftigungsintensive Branche 136

Reiseverhalten weltweit 141

Reiseverhalten europaweit 144

Urlaubsreisen

Incoming/Binnentourismus 146

Outgoing 158

Geschäftsreisen 164

Porträt einzelner Mitglieder im BTW 167

- Accor Hotellerie Deutschland GmbH 168
- AMADEUS Germany GmbH 172
- Arabella Hotel Holding International GmbH & Co. KG 176
- Autobahn Tank & Rast Holding GmbH 180
- AVIS Autovermietung GmbH & Co. KG 183
- Bayern Tourismus Marketing GmbH (BTM) 186
- DB Personenverkehr GmbH 190
- Deutsche Lufthansa AG 194
- DZT – Deutsche Zentrale für Tourismus e.V. 198
- Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V. (DEHOGA Bundesverband) 202
- Deutscher Reisebüro und Reiseveranstalter Verband e.V. (DRV) 206
- Europäische Reiseversicherung AG 210

- Europa-Park Freizeit- und Familienpark Mack KG 214
- Flughafen Düsseldorf GmbH 217
- Flughafen Köln/Bonn GmbH 221
- Flughafen München GmbH 224
- Fraport AG (Frankfurt Airport Services Worldwide) 227
- Gebr. Heinemann 231
- Gütegemeinschaft Buskomfort e.V. (gbk) 234
- INFOX GmbH & Co. Informationslogistik KG 237
- MAIRDUMONT GmbH & Co. KG 240
- Messe Berlin GmbH 244
- Organisation für Teilzeitwohnrechte in Europa (OTE) 248
- PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft 252
- REWE-LTU Touristik GmbH 255
- RDA Internationaler Bustouristik Verband e.V. 258
- Thomas Cook AG 261
- Thüringer Tourismus GmbH/Service Center Thüringen 265
- Tourismusverband Baden-Württemberg e.V. 269
- TUI Deutschland GmbH 273
- Verband Deutsches Reisemanagement e.V. (VDR) 277

Der Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW)

Vorwort

Große Probleme erzwingen offensichtlich große Koalitionen. Der Wähler jedenfalls hat entschieden, die Adressaten seines Willens haben gehandelt. Deutschland – seit Mai 2005 ohne aktive Regierung – ist endlich wieder politisch handlungsfähig. Auch wenn eine de facto große Koalition vor der großen Koalition das politische Geschäft bereits seit Jahren bestimmt hatte. Die dramatische Lage der öffentlichen Finanzen zwingt die handelnden Parteien jetzt zu Maßnahmen, die höchst unpopulär sein dürften, an denen aber kein Weg vorbeiführt. Für diese Sanierungspolitik – zum Teil auch eine Fortsetzung begonnener Reformen der Regierung Schröder – verdient das neue Bündnis einen angemessenen Vertrauensvorschuss.

Der Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW) steht nicht in den Reihen derer, die bereits mit der formalen Besiegelung der großen Koalition generellen Protest anmelden oder gar das Scheitern der Reformvorhaben vorhersagen. Der BTW wird seine Anregungen und Forderungen auch nicht präsentieren, ohne die genauen Regierungsmaßnahmen und deren Auswirkungen sorgfältig geprüft zu haben. Das gebietet die Fairness, ist aber auch Ergebnis rationaler Überlegungen. Denn Deutschland braucht den politischen Neustart – mit neuen Überlegungen und mutigen Reformen.

Die deutsche Tourismuswirtschaft macht allerdings keinen Hehl daraus, dass sie von der Politik weiterhin pragmatische Unterstützung erwartet. Dabei kann die Politik darauf bauen, dass die Interessenvertreter der Branche Gesprür für das jeweils politisch Machbare zeigen. Diese Art der berechenbaren Partnerschaft hat sich bewährt und den in der deutschen Verbändelandschaft relativ jungen BTW zum beachteten und geschätzten Gesprächs- und Kooperationspartner gemacht. Diese politisch effiziente Position wollen wir zusammen mit unseren Mitgliedern weiter festigen.

Mit dem Allgemeinen Deutschen Automobilclub ADAC sind ein anerkannter Anwalt der Mobilität und mit dem Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) ein starker Wirtschaftspartner der Tourismusindustrie Mitglieder im BTW geworden. Herzlich willkommen!

BTW-Präsident Klaus Laepple

Die Liste der Mitglieder des BTW liest sich wie ein „Who is Who“ global aktiver Unternehmen, Institutionen und Verbände. Die Interessenvertretung der deutschen Tourismuswirtschaft steht dabei für Weltoffenheit, Toleranz und praxisnahen Service. Die Mitgliedschaft und die effiziente politisch-publizistische Zusammenarbeit im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) optimieren zudem das Engagement des BTW.

Die Herausforderungen von Globalisierung, EU-Osterweiterung, internationaler Sicherheit, Strukturwandel und demografischer Entwicklung in Deutschland sind nur mit den gemeinsamen Anstrengungen aller zu bewältigen. Die deutsche Tourismuswirtschaft weiß die konstruktive Zusammenarbeit mit der Bundesregierung zu schätzen. Erfreulich: Alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien haben Notwendigkeit und Chancen dieser Partnerschaft schnell erkannt. Der BTW rechnet damit, dass auch die neue Bundesregierung den hohen gesamtwirtschaftlichen Stellenwert des stark mittelständisch geprägten Servicesektors Tourismus – Reisen, Mobilität, Hotels, Gaststätten mit ihren zuliefernden und kooperierenden Partnern – zur Kenntnis nimmt und nutzt. Die Branche ihrerseits wird weiter alles daransetzen, die „Visitenkarte Tourismus“ international vorzeigbar zu halten.

Kontakte in Brüssel – das sind kurze Wege und kurzer Draht. Der BTW findet Gehör, wenn seine Repräsentanten bei der EU-Kommission oder den Generaldirektionen direkt vorsprechen. Dass auch in der europäischen Politik die Interessen der deutschen Tourismuswirtschaft seit Jahren erkannt und anerkannt werden, ist nicht zuletzt das Verdienst der Repräsentanten der im BTW zusammengeschlossenen Unternehmen, Verbände und Institutionen. Ihnen sei an dieser Stelle besonders gedankt.

Als Vertreter auch der speziellen ökonomischen Interessen seiner Mitglieder kämpft der BTW in Berlin und Brüssel unter anderem gegen steuerliche Diskriminierungen sowie ineffiziente und den Wettbewerb verzerrende Maßnahmen wie Subventionen und Bürokratie.

Ein besonderer Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt beim Thema Mobilität in Deutschland und weltweit. Das Exportland Deutschland lebt von der Mobilität seiner Unternehmer, Erfinder und Dienstleister. Geistige und physische Mobilität müssen ebenso wie Qualität und Zuverlässigkeit Markenzeichen Deutschlands bleiben. Der BTW streitet daher, gestützt auf den Sachverstand seiner Mitglieder, auf allen Ebenen von Politik und Verwaltungen für diese Mobilität. Bei Ferien- und Urlaubsreisen ebenso wie bei Geschäftsreisen.

Weltweit reisen und gleichzeitig umweltfreundlich handeln – die Kooperationen mit den internationalen Umweltorganisationen dokumentieren das nachhaltige Verantwortungsbewusstsein der deutschen Tourismuswirtschaft.

Erfreulich positiv sind die Prognosen für den europäischen Tourismusmarkt im laufenden Jahr. Die Anschläge in London und im ägyptischen Sharm el Sheik und vor allem die Flutkatastrophe vom Dezember 2004 in Südostasien haben zwar das Reiseverhalten im

Jahr 2005 beeinflusst, aber zu keinem Rückgang der Mobilität geführt. Das stimmt zuversichtlich.

Reisen bildet – vor allem Vertrauen. Das Jahr 2006 mit der Fußball-Weltmeisterschaft stellt Deutschland vor große Herausforderungen. Zum einen geht es um die Garantie der Mobilität für die Besucherströme aus aller Welt. Zum andern hat das Thema Sicherheit dramatisch an Bedeutung gewonnen. Politik und Tourismuswirtschaft werden sehr eng zusammenarbeiten müssen, um Deutschland dauerhaft als gastfreundliches und sicheres Reiseland präsentieren zu können. Ich bin sicher, wir werden das schaffen!

Klaus Laepple
Präsident des Bundesverbandes
der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW)

Der Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW)

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin
Telefon 030/72 62 54-0
Telefax 030/72 62 54-44
E-Mail info@btw.de
Internet www.btw.de

Präsident

- Klaus Laepple

Präsident, Deutscher Reisebüro und
Reiseveranstalter Verband e.V. (DRV), Berlin

Geschäftsführendes Präsidium

- Dr. Volker Böttcher

Vorsitzender der Geschäftsführung,
TUI Deutschland GmbH, Hannover

- Ernst Fischer (Schatzmeister)

Präsident, Deutscher Hotel- und
Gaststättenverband e.V. (DEHOGA Bundesverband), Berlin

- Klaus Laepple

Präsident, Deutscher Reisebüro und
Reiseveranstalter Verband e.V. (DRV), Berlin

- Robert Salzl

Vorsitzender der Geschäftsführung,
Arabella Hotel Holding International GmbH & Co. KG, München

Präsidium

- Dr. Wilhelm Bender

  Vorsitzender des Vorstandes, Fraport AG, Frankfurt am Main

- Dr. Volker Böttcher

  Vorsitzender der Geschäftsführung,
  TUI Deutschland GmbH, Hannover

- Jürgen Büchy

  Geschäftsführer Vertrieb,
  DB Personenverkehr GmbH, Frankfurt am Main

- Richard Eberhardt

  Präsident, RDA Internationaler Bustouristik Verband e.V., Köln

- Dr. Peter Fankhauser

  Mitglied des Vorstandes, Thomas Cook AG, Oberursel

- Ernst Fischer (Schatzmeister)

  Präsident, Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V.
  (DEHOGA Bundesverband), Berlin

- Joachim Hunold

  Präsident, Arbeitsgemeinschaft
  Deutscher Luftfahrtunternehmen (ADL), Berlin

- Dietmar Kastner

  Sprecher der Geschäftsführung, REWE-LTU Touristik GmbH, Köln

- Dr. Michael Kerkloh

  Vorsitzender der Geschäftsführung, Flughafen München GmbH, München

- Michael Kirnberger

  Präsident, Verband Deutsches Reisemanagement e.V. (VDR),
  Frankfurt am Main

- Klaus Laepple

  Präsident, Deutscher Reisebüro und
  Reiseveranstalter Verband e.V. (DRV), Berlin

- Hanns Peter Nerger

  Geschäftsführer, Berlin Tourismus Marketing GmbH (BTM), Berlin

- Robert Salzl

  Vorsitzender der Geschäftsführung,
  Arabella Hotel Holding International GmbH & Co. KG, München

- André Witschi

  Vorsitzender der Geschäftsführung,
  Accor Hotellerie Deutschland GmbH, München

Generalsekretariat

- Rechtsanwalt Christian Ehlers, Generalsekretär, Berlin
- Ulrich Rüter, Geschäftsführer, Berlin
- Tobias Jüngert, Kommunikation, Berlin
- Carola Vergin, Sekretariat, Berlin
- Rechtsanwalt Klaus-Heiner Lehne, Europabeauftragter, Brüssel

RA Christian Ehlers, Generalsekretär

Ulrich Rüter, Geschäftsführer

Tobias Jüngert, Kommunikation

Der BTW und seine Mitglieder

- Accor Hotellerie Deutschland GmbH, München

  André Witschi, Vorsitzender der Geschäftsführung

- ADAC Allgemeiner Deutscher Automobilclub e.V., München (seit 1. Oktober 2005)

  Hans Reuter, Geschäftsführer

- AMADEUS Germany GmbH, Bad Homburg

  Holger Taubmann, Vorsitzender der Geschäftsführung

- Arabella Hotel Holding International GmbH & Co. KG, München

  Robert Salzl, Vorsitzender der Geschäftsführung

- Arbeitsgemeinschaft Deutscher Luftfahrtunternehmen (ADL), Berlin

  Joachim Hunold, Präsident

- Autobahn Tank & Rast Holding GmbH, Bonn

  Peter Markus Löw, Generalbevollmächtigter Regierungsangelegenheiten, Konzessionen, Mitglied der Geschäftsleitung

- AVIS Autovermietung GmbH & Co. KG, Oberursel

  Gerd Hartmann, Vorsitzender der Geschäftsführung

- Bayern Tourismus Marketing GmbH, München

  Richard Adam, Geschäftsführer

- Berlin Tourismus Marketing GmbH (BTM), Berlin

  Hanns Peter Nerger, Geschäftsführer

- DB Personenverkehr GmbH, Frankfurt am Main

  Jürgen Büchy, Geschäftsführer Vertrieb

- Deutsche Lufthansa AG, Frankfurt am Main

  Thierry Antinori, Bereichsvorstand Marketing & Vertrieb

- Deutsche Zentrale für Tourismus e.V. (DZT), Frankfurt am Main

  Petra Hedorfer, Vorsitzende des Vorstandes

- Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V. (DEHOGA Bundesverband), Berlin

  Ernst Fischer, Präsident

- Deutscher Reisebüro und Reiseveranstalter Verband e.V. (DRV), Berlin

  Klaus Laepple, Präsident

- Deutsches Verkehrsforum, Berlin

  Thomas Hailer, Geschäftsführer

- Dorint AG, Düsseldorf

  Dr. Michael Theim, Vorstandssprecher

- Europäische Reiseversicherung AG, München

  Wolfgang Diels, Vorsitzender des Vorstandes

- Europa-Park Freizeit- und Familienpark Mack KG, Rust

  Roland Mack, Geschäftsführender Gesellschafter

- Flughafen Düsseldorf GmbH, Düsseldorf

  Dr. Rainer Schwarz, Vorsitzender der Geschäftsführung

- Flughafen Köln/Bonn GmbH, Köln

  Michael Garvens, Vorsitzender der Geschäftsführung

- Flughafen München GmbH, München

  Dr. Michael Kerkloh, Vorsitzender der Geschäftsführung

- Fraport AG, Frankfurt am Main

  Dr. Wilhelm Bender, Vorsitzender des Vorstandes

- Gebr. Heinemann, Hamburg

  Heribert Diehl, Geschäftsführer

- Gütegemeinschaft Buskomfort e.V. (gbk), Böblingen

  Martin Becker, Geschäftsführer

- Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e.V. (HDE), Berlin (seit 1. Juli 2005)

  Holger Wenzel, Hauptgeschäftsführer

- Hotel Adlon Berlin, Berlin

  Thomas Klippstein, Geschäftsführender Direktor (seit 1. Mai 2005)

- Hotelverband Deutschland (IHA), Berlin

  Markus Luthe, Hauptgeschäftsführer (seit 1. Januar 2005)

- INFOX GmbH & Co. Informationslogistik KG, Troisdorf

  Gerd Steffen, Geschäftsführer (bis 30. Juni 2005)
  Michael Hoffmann, Geschäftsführer (seit 1. Juli 2005)

- MAIRDUMONT GmbH & Co. KG, Ostfildern

  Dr. Volkmar Mair, Geschäftsführer

- Messe Berlin GmbH, Berlin

  Raimund Hosch, Vorsitzender der Geschäftsführung

- Organisation für Teilzeitwohnrechte in Europa (OTE), Brüssel

  Peter van der Mark, Generalsekretär

- PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover

  Dr. Gerhard Rolfes, Partner

- REWE-LTU Touristik GmbH, Köln

  Dietmar Kastner, Sprecher der Geschäftsführung

- RDA Internationaler Bustouristik Verband e.V., Köln

  Richard Eberhardt, Präsident

- Thomas Cook AG, Oberursel

  Dr. Peter Fankhauser, Mitglied des Vorstandes

- Thüringer Tourismus GmbH/Service Center Thüringen, Erfurt

  Bärbel Grönegres, Geschäftsführerin

- Tourismusverband Baden-Württemberg e.V., Stuttgart

  Roger Heidt, Verbandsdirektor

- TUI AG, Hannover

  Dr. Volker Böttcher, Vorsitzender der Geschäftsführung,
  TUI Deutschland GmbH

- Verband Deutsches Reisemanagement e.V. (VDR), Frankfurt am Main

  Michael Kirnberger, Präsident

Der BTW als Mitglied im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)

Die Interessen von Industrie und Tourismuswirtschaft sind auf vielen wirtschaftspolitischen Feldern identisch. Unternehmen beider Sektoren brauchen bessere Standortbedingungen in Deutschland und bessere Rahmenbedingungen für das Engagement im Ausland.

Seit 1. Januar 2003 ist der BTW Mitglied im BDI. Damit ist die industrielle Produktion von Dienstleistungen der industriellen Produktion von Wirtschaftsgütern verbandspolitisch gleichgestellt. Ziel der deutschen Tourismuswirtschaft ist es, durch die Mitgliedschaft im BDI die Interessen der Branche noch wirkungsvoller durchsetzen zu können. Der BTW bündelt diese Interessen auf Unternehmens- und Verbandsseite, definiert den größtmöglichen gemeinsamen Nenner und bringt das Ergebnis mit der Stärke des BDI in den politischen Prozess ein. Vor allem wenn es darum geht, den politischen Stellenwert der Tourismuswirtschaft zu erhöhen, arbeitet der BTW als Teil eines höchst effizienten Netzwerks mit verschiedenen Leistungsträgern und Verbänden eng zusammen.

Die politisch und publizistisch nachhaltige Präsentation wichtiger Themen wie Sicherung der Mobilität oder Steuerfragen sowie konkrete Sachfragen der Fachverbände und Mitgliedsunternehmen – Beispiel Steuerharmonisierung – bringt der BTW ebenfalls gebündelt und „angereichert“ in die Politik ein. Mit der Mitgliedschaft im BDI kann der BTW somit dringende Anliegen der Branche gezielt einspeisen – bei den richtigen Personen und am richtigen Ort. Die Erwartungen des BTW an die BDI-Mitgliedschaft haben sich bislang mit Blick auf die Interessenvertretung erfüllt. Besonders aktiv und wirksam vertritt der BDI die Interessen der vielen mittelständischen Unternehmen des BTW. Damit ist der Spitzenverband der deutschen Wirtschaft ein Sprecher der gesamten Industrie und der Dienstleistungswirtschaft geworden.

Aus dem Diskussions- und Handlungsspektrum des BDI

- Marktöffnung der EU/Pflege und Ausbau der Industriebeziehungen zu Beitrittsländern
- Forcierung der Lissabon-Strategie
- Erweiterung der Dienstleistungen für den Mittelstand auch auf europäischer Ebene
- Überlegungen zur Steigerung der Binnennachfrage
- Vorschläge zu Arbeitsmarkt- und Sozialreformen
- Aufbau Ost – flankiert von effizienter Innovations- und Investitionsförderung
- Wachstumsfaktor Familienpolitik – etwa mit Hilfe des Projekts „Work-Life-Balance als Motor für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität“
- Verbesserung der deutschen Innovationsfähigkeit und Ausbildungssituation
- Reform des Eisenbahnsystems

BDI, Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin

- Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit des Luftverkehrsstandorts Deutschland
- Nachhaltigkeit der künftigen EU-Klimapolitik
- Forcieren der Unternehmenssteuerreform
- Umwelthaftung in den Mitgliedstaaten der EU
- „BDI-Mittelstandspanel“ als Beobachtungsinstrument für Marktaktivitäten im Mittelstand
- Förderung der Außenwirtschaft

BTW-Mitglieder im BDI-Präsidium

- Dr. Michael Frenzel,
  Vorsitzender des Vorstandes, TUI AG, Hannover
- Stefan Lauer,
  Mitglied des Vorstandes, Deutsche Lufthansa AG, Frankfurt am Main

BTW-Mitglieder im BDI-Vorstand

- Klaus Laepple, Präsident, Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e.V. (BTW), Berlin

Besetzung der BDI-Ausschüsse mit BTW-Mitgliedern

Außenwirtschaft	TUI AG Günter Ihlau, Direktor Internationale Beziehungen
	Thomas Cook AG Dr. Rolf-Dieter Graß, Leiter Konzernkommunikation

Energie	Deutsche Bahn AG Dr. Florian Baentsch, Marketing/Vertrieb Netze (TYN)
Forschungs- und Technologiepolitik	Deutsche Bahn AG Birgit Chollee, Leiterin Geschäftsfeld Innovations-management und Strategie
Geld, Kredit und Währung	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e.V. (HDE) Dr. Kathrin Andrae, Referentin für Finanzen
	Hotelverband Deutschland (IHA) Markus Luthe, Hauptgeschäftsführer
Mittelstand	Deutscher Reisebüro und Reiseveranstalter Verband e.V. (DRV) Hans Doldi, Vizepräsident DRV, Geschäftsführender Gesellschafter
	DER Reisebüro Hamm GmbH & Co. KG Gütegemeinschaft Buskomfort (gbk) Rainer Klink, Vorsitzender gbk Geschäftsführer Schnaith/KM Reisen
	Hotelverband Deutschland (IHA) RA Constantin Garlas, stellv. Hauptgeschäftsführer
Multimedia- und Telekommunikation	AMADEUS Germany GmbH Peter W. Munzig, Direktor

	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e.V. (HDE) Olaf Roik, Referent für Standortpolitik und E-Business
	INFOX GmbH & Co. Informationslogistik KG Klaus Gehrke, Geschäftsführer touristikernet projekt ex2ex (für INFOX)
Recht	Deutsche Bahn AG Margret Suckale, Leiterin Rechtsabteilung
	TUI AG Andreas Göhmann, Direktor Rechtsabteilung
	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e.V. (HDE) Dr. Dieter Haag Molkenteller, Generalbevollmächtigter Recht und Projekte, METRO AG
Sicherheitsfragen	Deutsche Bahn AG Jens Puls, Leiter Konzernsicherheit
	Fraport AG Jürgen Mursch, Leiter Flughafensicherheit

Statistik	Deutsche Zentrale für Tourismus e.V. (DZT) Norbert Tödter, Leiter Unternehmensplanung
Steuern	Deutsche Lufthansa AG Hartmut Wolter, Leiter Konzernsteuern
	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e.V. (HDE) Michael Alber, Leiter Abteilung Steuern und Finanzen
	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Volker Jorczyk, Leiter Competence Center Steuern der Touristik
Unterausschuss Internationale Steuerfragen	Deutsche Lufthansa AG Dipl.-Kfm. Armin Hibben, Leiter Internationale Steuern – CGN RT/F
	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Volker Jorczyk, Leiter Competence Center Steuern der Touristik

Umweltpolitik	Deutsche Bahn AG Joachim Kettner, Leiter Umweltschutz
	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e.V. (HDE) (Gaststatus) Verena Böttcher, Geschäftsführerin Bereich Umweltpolitik
	TUI AG Dr. Wolf Michael Iwand, Direktor Umwelt
Verkehr	**Luftverkehr** Deutsche Lufthansa AG Thomas Kropp, Leiter Bereich Konzernpolitik
	Schienenverkehr Deutsche Bahn AG N.N.
	Straßenverkehr (Gaststatus) RDA Internationaler Bustouristik Verband e.V. Richard Eberhardt, Präsident
	Geschäftsreiseverkehr (Gaststatus) Verband Deutsches Reise- management e.V. (VDR) Michael Kirnberger, Präsident

Unterausschuss Luftverkehr	TUI AG Wolfgang John, Vorsitzender der Geschäftsführung, Hapag Lloyd Flug GmbH
	Deutsche Lufthansa AG Jan-Philipp Goertz, Konzernrepräsentanz
	Deutsches Verkehrsforum Michael Uhlmann, Leiter Bereich Luftverkehr
	Fraport AG Annegret Reinhardt-Lehmann Sprecherin der Bereichsleitung Marketing
Versicherungen	Deutsche Bahn AG Dr. Rainer Freise, Leiter Versicherungen
	Europäische Reiseversicherung AG Konstantin von Klitzing, Leiter Personal/Recht
Wettbewerbsordnung	Deutsche Lufthansa AG Nicolai von Ruckteschell, Chefsyndikus Konzern
	Deutscher Reisebüro und Reise- veranstalter Verband e.V. (DRV) Corinna Kleinert, Justitiarin

	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e.V. (HDE) Britta Gallus, Geschäftsführerin Büro Brüssel
Gesprächskreis Tourismusindustrie	Accor Hotellerie Deutschland GmbH André Witschi, Vorsitzender der Geschäftsführung
	Arabella Hotel Holding International GmbH & Co. KG Robert Salzl, Vorsitzender der Geschäftsführung
	Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e.V. (BTW) Klaus Laepple, Präsident
	Deutscher Hotel- und Gaststätten-verband (DEHOGA Bundesverband) Christian Ehlers, Hauptgeschäftsführer
	Deutscher Reisebüro und Reise-veranstalter Verband e.V. (DRV) Dr. Jochen Martin, Hauptgeschäftsführer
	REWE-LTU Touristik GmbH Dietmar Kastner, Sprecher der Geschäftsführung

	Thomas Cook AG Wolfgang Beeser, Vorsitzender des Vorstandes
	TUI AG Dr. Michael Frenzel, Vorsitzender des Vorstandes

BTW-Mitglieder in den BDI-Arbeits- und Lenkungskreisen

Arbeitskreis Abschreibungs- und Bewertungsfragen	Deutsche Lufthansa AG Hartmut Wolter, Leiter Konzernsteuern Rolf Krings (Stellvertreter), Referatsleiter Steuerpolitik
	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Gerhard Rolfes, Partner
Arbeitsgemeinschaft Europäische Beihilfenpolitik	Deutsche Bahn AG Frank Miram, Leiter Europäische Rechtspolitik
	TUI AG Dr. Wolf-Dieter Zumpfort, Direktor Büro Berlin
Arbeitskreis Harmonisierung der indirekten Steuern in der EU	Deutsche Lufthansa AG Rolf Krings, Referatsleiter Steuerpolitik

Lenkungskreis Klimapolitik	Deutsche Bahn AG Dr. Petra König, Verkehrspolitik
Arbeitskreis Kommunikation	Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e.V. (BTW) Tobias Jüngert, Kommunikation
	TUI AG Uwe Kattwinkel, Leiter Konzernkommunikation
Arbeitskreis Lohnsteuer	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Volker Jorczyk, Leiter Competence Center Steuern
Arbeitskreis Messen und Ausstellungen	Messe Berlin GmbH Dr. Martin Buck, Direktor KompetenzCenter Travel & Logistics
Arbeitskreis Qualitätstest	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e.V. (HDE) RA Dr. Detlef Groß, Geschäftsführer Bereich Recht
	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e.V. (HDE) Ulrich Binnebößel, Referent für Non-Food

	TUI AG Jomique de Vries, Leiter Qualitätsmanagement TUI Deutschland GmbH
Stiftung Warentest im Arbeitskreis Qualitätstest	Deutscher Reisebüro und Reiseveranstalter Verband e.V. (DRV) Michael Kellner, Geschäftsführer DERPART Wimke Reisewelt
	Fraport AG Holger Hirm, stellv. Leiter Fundbüro
Lenkungskreis Technik und technische Regelsetzung	Deutsche Bahn AG Matthias Mather, Leiter Bahn-Umwelt-Management (TUM)
	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e.V. (HDE) Ulrich Binnebößel, Referent für Verkehrspolitik und Logistik
Lenkungskreis Umweltschutz	Deutsche Bahn AG Matthias Mather, Leiter Bahn-Umwelt-Management (TUM)
	Fraport AG RA´in Antje Fink, Sicherheitsrecht, Flughafenentgelte

	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e.V. (HDE) Verena Böttcher, Geschäftsführerin Bereich Umweltpolitik
Arbeitskreis Umsatzsteuer	AMADEUS Germany GmbH Dr. Thomas Scholtis, Bereichsleiter Accounting & Treasury
	Deutsche Lufthansa AG Rolf Krings, Referatsleiter Steuerpolitik
	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Volker Jorcyk, Leiter Competence Center Steuern

Kommunikation nach innen und nach außen

Erste Anlaufstelle – auch im Krisenfall

Nie zuvor war der Bereich Kommunikation des BTW als Schnittstelle der Tourismuswirtschaft so gefordert wie nach dem Tsunami am 26. Dezember 2004 in Südostasien. Eine der größten Katastrophen in der Geschichte der deutschen Reisebranche stellte die Medien vor die anfangs fast unlösbare Aufgabe, zu einer völlig unüberschaubaren Situation schnellstmöglich fundiert zu informieren.

Schnell informieren, nur „belastbare" Informationen geben, offen kommunizieren und die Betroffenen schützen – nach diesen Leitlinien hatte die Krisen-PR bereits wenige Stunden nach dem Tsunami offensiv den Kontakt zu den Medien aufgenommen. Durch den engen Austausch mit den primär betroffenen Reiseveranstaltern, der federführenden Pressestelle des BTW-Mitglieds Deutscher Reisebüro und Reiseveranstalter Verband (DRV) und mit dem Auswärtigen Amt konnte die Tourismuswirtschaft die Öffentlichkeit vom Tag der Katastrophe an permanent informieren. 300 Artikel in den Printmedien sowie mehr als 60 Fernseh- und Hörfunkinterviews dokumentieren die zentralen Aktivitäten der professionellen Krisenkommunikation der Tourismuswirtschaft.

BTW online – der direkte Zugang zur Tourismuswirtschaft

Das Internetportal des BTW ist für Medien und Mitglieder ein unverzichtbares Instrument, um sich schnell zu informieren. Unter www.btw.de präsentieren sich der BTW und seine Mitglieder kompakt und übersichtlich. Hier informiert der BTW über seine Funktion als tourismuspolitischer Dachverband. Zudem sind über das Portal alle Presseinformationen sowie Dokumente und Reden abrufbar. Die Mitgliederliste auf www.btw.de ist der Zugang zu detaillierten Informationen über 39 Organisationen und Unternehmen.

Die Rubriken von www.btw.de

- Der BTW
  Aufgaben, Struktur, Mandatsträger und Geschäftsstelle des Branchenverbandes
- Die Mitglieder
  Anschriften, Personen und Links zu den Websites der Mitglieder
- Aktuelles
  Dokumente und Reden zu aktuellen Themen
- Dokumentation
  Das BTW-Jahrbuch und Texte zur Arbeit des BTW
- Links
  Querverweise zu den Websites wichtiger Tourismusinstitutionen
- Presseinformationen
  Abrufservice für die Pressemitteilungen des BTW

Aktivitäten des BTW in Deutschland

Tourismusgipfel 2004

BTW-ITB-Dinner-Talks

ITB 2005

Tourismuskonferenz Ost

FIFA Fussball WM 2006™

Die Partner des BTW

Der BTW zwischen Politik und Wirtschaft
Tourismusgipfel am 20. und 21. September 2004 in Berlin

Schwerpunkte EU-Erweiterung und Fußball-Weltmeisterschaft

Mit dem Tourismusgipfel 2004 veranstaltete der BTW das Top-Ereignis der Branche erneut im Palais seines Mitglieds Hotel Adlon Berlin. Klaus Laepple, Präsident des BTW, begrüßte auch beim achten Gipfeltreffen viel Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit.

Thematische Schwerpunkte waren die Perspektiven der EU-Osterweiterung für die deutsche Tourismusindustrie sowie die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 als wichtige Impulse für das Reiseland Deutschland.

Unter dem Dach des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und innerhalb der deutschen Verbändelandschaft hat sich der BTW besonders das Thema Mobilität auf die Fahnen geschrieben. Ohne Mobilität ist Tourismus undenkbar und ohne weitere Investitionen

Klaus Laepple, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW), forderte zur Eröffnung des Tourismusgipfels 2004 die Politik zu gezielten Investitionen in die Infrastruktur auf. „Sowohl die EU-Erweiterung als auch die Fußball-WM stellen hohe Anforderungen an unsere Infrastruktur".

Boom dank Wirtschaftsfaktor Tourismus: Dubais höchste Tourismuswerberin in Deutschland, Mara Kaselitz (Direktorin des Government of Dubai Department of Tourism and Commerce Marketing) bei der Präsentation der herausragenden Investitionspläne des Emirats für Geschäfts- und Urlaubsreisende

Gedankenaustausch zur Erweiterung der EU: BTW-Generalsekretär RA Christian Ehlers im Gespräch mit Dr. Martin Bartenstein, Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit der Republik Österreich

in die deutsche Verkehrsinfrastruktur wird Mobilität eingeschränkt. Zudem belasten die zusätzlichen Verkehrsströme aus den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten insbesondere das deutsche Straßennetz stark.

Die Mitteilung aus dem Bundesfinanzministerium, auf die – im Koalitionsvertrag der von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gestellten Bundesregierung vorgesehene – Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für Bahnfahrten im Fernverkehr verzichten zu wollen, war eine herbe Enttäuschung.

Auch der Luftverkehrsstandort Deutschland muss im globalen Wettbewerb fortentwickelt werden. Darauf sind nach Ansicht des BTW alle Kräfte zu konzentrieren – nicht auf Baustopps, Flugverbote und neue Steuern. Für die Mobilität sowie besonders für die Auslastung der Tourismuswirtschaft ist die mangelnde Sommerferien-Koordina-

Die Podiumsdiskussion zu den Perspektiven der EU-Erweiterung brachte es auf den Punkt: „Incoming- und Outgoing-Tourismus werden von der EU-Erweiterung profitieren". Von links: Marek Szczepanski (Minister für Tourismus der Republik Polen) mit Übersetzerin, Dr. Sándor Peisch (Botschafter der Republik Ungarn), Dr. Martin Bartenstein (Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Republik Österreich) im Gespräch mit Dr. Peter Frey (Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios) sowie Dietmar Kastner (Sprecher der Geschäftsführung, Rewe-Touristik), Dr. Peter Fankhauser (Mitglied des Vorstandes, Thomas Cook) und Dr. Volker Böttcher (Vorsitzender der Geschäftsführung, TUI Deutschland)

Die drei größten deutschen Reiseveranstalter heißen die EU-Beitrittsländer willkommen: Dietmar Kastner (Sprecher der Geschäftsführung der Rewe Touristik), Dr. Peter Fankhauser (Mitglied des Vorstandes, Thomas Cook) und Dr. Volker Böttcher (Vorsitzender der Geschäftsführung der TUI Deutschland) bei der Podiumsdiskussion „Perspektiven der EU-Erweiterung"

Treffpunkt Gipfel: Thomas-Cook-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Beeser (Mitte) im Gespräch

Anerkennung der Politik: MdB Ernst Hinsken (CSU), Vorsitzender des Tourismusausschusses im Deutschen Bundestag, gratuliert dem Träger des Innovationspreises 2004, Roland Mack

„Herr Mack hat erreicht, was fast keinem lebenden Menschen gelingt: Er wurde im Feuilleton der FAZ genannt." – Europa-Park-Kenner Dr. Wolfgang Schäuble in seiner heiteren und analytischen Laudatio für den Träger des Innovationspreises 2004, Roland Mack

Hotellerie trifft sich auf dem Tourismusgipfel: Robert Salzl, Vorsitzender der Geschäftsführung der Arabella Hotel Holding (links), im Gespräch mit Ernst Fischer, Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (DEHOGA Bundesverband)

Sie werden die Massen der Fußballfans in die Stadien bringen: die Vertreter der großen Verkehrsträger bei der Podiumsdiskussion „Mobilität und Fußball 2006". Von links: Jürgen Büchy (Geschäftsführer Vertrieb, DB Personenverkehr) im Gespräch mit Dr. Peter Gillies (Journalist), Thomas Kropp (Leiter Konzernpolitik und internationale Beziehungen, Deutsche Lufthansa) und Richard Eberhardt (Präsident des RDA – Internationaler Bustouristik Verband)

Fotos: Georg Lopata, www.axentis.de

tion der Kultusministerkonferenz nach wie vor ein Problem. Der BTW setzt sich weiter für einen Gesamtzeitraum für die Sommerferien von 92 Tagen – 15. Juni bis 15. September – ein.

Damit das Konsumentenvertrauen nicht durch immer neue Schreckensmeldungen erschüttert wird, braucht Deutschland wieder mehr Verlässlichkeit und Kontinuität der Politik. Ziel muss es sein, die Steuer- und Abgabenlast zu senken statt zu erhöhen. Nur so kann der „zarte Aufschwung" in der Tourismusbranche an Tragkraft gewinnen und für Arbeitsplätze, Lehrstellen und Steuereinnahmen sorgen.

Innovationspreis 2004 an Europa-Park Rust

Den erstmals im Rahmen des Berliner Tourismusgipfels verliehenen Innovationspreis der deutschen Tourismuswirtschaft erhielt der Europa-Park in Rust bei Freiburg. Nach TUI-Chef Dr. Michael Frenzel, Paul M. McManus von den Leading Hotels of the World, nach Airbus Industries und der Deutschen Bahn AG zeichnete das Geschäftsführende BTW-Präsidium mit der Marmorskulptur „Verwindung" des Dresdner Künstlers Lothar Beck erstmals ein Familienunternehmen aus. Für den Europa-Park nahm Roland Mack den Innovationspreis entgegen, die Laudatio hielt Bundesminister a.D. Dr. Wolfgang Schäuble MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der weltweit größte saisonale Freizeitpark glänzt immer wieder mit Innovationen. Der Europa-Park geht auf den bereits 1780 von der Familie Mack aufgenommenen Postkutschenbau zurück und ist mit über 3,6 Millionen Gästen nicht nur Marktführer in Deutschland, sondern auch das beliebteste Ausflugsziel nach dem Kölner Dom.

Vorbildlich ist die Zusammenarbeit mit Reiseveranstaltern und Bustouristik. Fast tausend Veranstaltungen finden jährlich im Europa-

Achterbahn als Symbol des Erfolgs: Roland Mack (rechts), Geschäftsführender Gesellschafter des Europa-Parks Rust, nimmt von BTW-Präsident Klaus Laepple die Marmor-Skulptur „Verwindung" entgegen. Sie steht für die Achterbahnen, die zum Erfolgsrezept des erfolgreichsten deutschen Freizeitparks gehören. Der Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft zeichnete den Europa-Park mit dem Innovationspreis 2004 aus

Park statt, der sich als Produktionsstätte zahlreicher Fernsehsendungen und „Zugpferd im Deutschlandtourismus" gekonnt in Szene setzt. Namens der deutschen Tourismuswirtschaft gratulierte BTW-Präsident Klaus Laepple Roland Mack und den Mitarbeitern des Europa-Parks zum Innovationspreis 2004.

Studie „Perspektiven der EU-Osterweiterung" vorgestellt

Zum ersten Mal wurde beim Tourismusgipfel des BTW die ITB-BTW-Studie „Perspektiven der EU-Osterweiterung für die deutsche Tourismusindustrie" vorgestellt. Die Präsentation erfolgte durch Dr. Christian Göke, Geschäftsführer der Messe Berlin, und Professor Dr. Roland Conrady, Dekan des Fachbereichs Touristik/Verkehrswesen der Fachhochschule Worms. Die Studie kommt zu folgenden Ergebnissen:

- Die neuen EU-Staaten sind eine Boomregion: Ihr Wirtschaftswachstum wird in den nächsten Jahren etwa doppelt so hoch sein wie das der alten EU-Staaten
- Die engen wirtschaftlichen Verflechtungen der neuen EU-Staaten mit Deutschland forcieren den Geschäftsreisemarkt
- Die Einführung des Euro ist ein „Tourismustreiber", sie erfolgt in den großen Beitrittsländern aber frühestens am Ende dieser Dekade
- Obwohl beeindruckend, sind die touristischen Attraktionen der neuen EU-Staaten den Deutschen nicht ausreichend bekannt
- Ein Wachstumshindernis sind die Hotelkapazitäten: Die Bettenkapazität aller Hotels in den neuen EU-Staaten erreicht nicht einmal die Hälfte der Bettenkapazität Italiens
- Die Vermarktung der osteuropäischen EU-Staaten durch deutsche Reiseveranstalter steckt noch in den Kinderschuhen: In den Katalogen aller deutschen Veranstalter finden sich nur gut 600 Hotels aus dieser Region
- Der Luftverkehr zwischen Deutschland und den neuen EU-Staaten hat sich zu einer Domäne der Low-Cost-Carrier entwickelt, die mehr als 36 Prozent aller Städteverbindungen anbieten. Im Winterflugplan 2004/2005 boomten die Low-Cost-Strecken, von denen ein Viertel erstmals angeboten wird
- Ein Risiko für die Entwicklung des Tourismus ist, dass die Mängel der Infrastruktur des Straßenverkehrs nicht rechtzeitig und umfassend beseitigt werden
- Chancen bieten die niedrigen Preise in den neuen EU-Staaten: Kurzurlaube können dort bis zu 70 Prozent preiswerter ausfallen als in etablierten Tourismusregionen

- Herausragende Chancen bietet der Gesundheitstourismus: Demographischer Wandel, reichhaltige Angebote in hoher Qualität bei niedrigen Preisen und Kostenübernahme innerhalb der EU treiben die Nachfrage
- Die neuen EU-Staaten sind Schlüsselmärkte für den Incoming-Tourismus nach Deutschland: Der Tourismus aus dieser Region wird langfristig um 4,5 bis sechs Prozent wachsen
- Weitere Potenziale würden entstehen, wenn Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten des deutschen Hotel- und Gaststättengewerbes in Form steuerlicher Benachteiligungen gegenüber den meisten anderen Mitgliedstaaten abgebaut würden: In 20 von 25 EU-Mitgliedstaaten ist derzeit der Mehrwertsteuersatz für Hotels niedriger als in Deutschland

Top-Thema – die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland

Zum Auftakt des zweiten Tages des Tourismusgipfels 2004 formulierte Klaus Laepple die tourismuspolitischen Vorstellungen des BTW im Hinblick auf die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland:

1. Die Sicherung der Mobilität für die Besucherströme ist bei der Weltmeisterschaft das A und O. Dazu braucht Deutschland eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, die nicht von Einnahmen aus der Lkw-Maut und Sparzwängen abhängen darf. Hier geht es um Investitionen in die Zukunft Deutschlands, die weit über das eigentliche Großereignis hinaus wirken und den hohen Aufwand rechtfertigen
2. Im Verkehrsbereich unterstützt die EU mit Trans European Networks (TEN) seit Jahren Infrastrukturprojekte auch im Straßen-, Schienen-, Wasser- und Luftverkehr. Diese Möglichkeit ist stärker zu nutzen. Keinesfalls darf der Abruf verfügbarer EU-Mittel an fehlenden deutschen Eigenanteilen scheitern

3. Zur Fußball-WM werden über eine Million ausländische Gäste erwartet. Die deutsche Tourismuswirtschaft strebt in diesem Zusammenhang eine Lockerung des Ladenschlussgesetzes und der Sperrzeiten für die Gastronomie an – beides stößt auch im Inland auf immer weniger Verständnis. Sie hofft, dass diese Hemmnisse bis dahin beseitigt sind. Nach dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Ladenschluss ist es höchste Zeit, dass der Bund eine Rechtsgrundlage für Liberalisierungsinitiativen der Bundesländer schafft. Im ökonomischen Interesse Deutschlands sollten ein während der Weltmeisterschaft eventuell noch existierender Ladenschluss sowie verbliebene Sperrzeiten zumindest für die Dauer des Turniers ausgesetzt werden
4. Um Gäste auch aus dem weiter entfernten Ausland zu gewinnen, sind internationale Verkehrsflughäfen als funktionierende Gateways wichtig. Kontraproduktiv sind Diskussionen über Mehrwertsteuer auf grenzüberschreitende Flüge, Kerosinbesteuerung oder Nachtflugverbote
5. Ausländischen Gästen sollte während der WM und möglichst schon im Vorfeld eine Telefon-Hotline angeboten werden, die rund um die Uhr in der Landessprache weiterhilft. Dieser Service sollte Informationen zur WM, zu touristischen Sehenswürdigkeiten und zur Nutzung von Verkehrsmitteln sowie zum Notruf umfassen. Solche mehrsprachigen Call-Center-Lösungen für Touristen sind in anderen Ländern bereits eine feste Einrichtung

Neben Sport und Infrastruktur steht zur Fußball-WM in Deutschland das Gastgeberkonzept als eine Herausforderung für die gesamte deutsche Dienstleistungswirtschaft im Mittelpunkt. Mit dem Organisationskomitee, dem Bundesinnenministerium, Vertretern der Länder und Austragungsorte sowie der Deutschen Zentrale für Tourismus e.V. (DZT) arbeitet der BTW intensiv am Erfolg des Gastgeberkonzepts.

Das offizielle Leder – BTW-Präsident Klaus Laepple (links) übergibt den offiziellen WM-2006-Fußball an Bundesinnenminister Otto Schily

Ein Konsortium für den Zimmerverkauf unter Führung des BTW-Mitglieds Accor Hotellerie Deutschland GmbH und unter Beteiligung der BTW-Mitglieder Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband), Dorint AG und Hotelverband Deutschland (IHA) wird dafür sorgen, „dass während der Fußball-WM die Übernachtungspreise nicht in den Himmel steigen und somit für den Deutschlandtourismus langfristige Flurschäden hinterlassen".

Für das Gastgeberkonzept sind besonders auch die weichen Faktoren entscheidend: Freundlichkeit, Herzlichkeit, Dienstleistungsbereitschaft, Mehrsprachigkeit. Daran arbeitet der Arbeitskreis Tourismus/Gästeservice. Deutschland sollte sich auf dem Weg zur Fußball-WM und darüber hinaus als ein Gastgeber mit Herz – verbunden mit Funktionalität „made in Germany" – präsentieren.

Die BTW-ITB-Dinner-Talks

Touristische Leistungsangebote zählen zu den wichtigsten Standortfaktoren für die regionale Wirtschaftsförderung. Ziel der BTW-ITB-Dinner-Talks ist es, den Dialog zwischen BTW und ITB/Messe Berlin GmbH auf der einen und den regionalen Tourismuskräften auf der anderen Seite zu fördern. Dabei geht es um eine bessere Zusammenarbeit zwischen touristischen Leistungsträgern, regionalen Vermarktungsorganisationen und den dazugehörenden Komplementärbereichen der Tourismuswirtschaft bis hin zur regionalen Politik.

Der BTW und die Messe Berlin GmbH wollen mit dieser Veranstaltungsserie in ganz Deutschland regionale Dialoge anstoßen. Bisher fanden folgende BTW-ITB-Dinner-Talk-Runden mit aktuellen Themen „auf der Tagesordnung“ statt:

- BTW-ITB-Dinner-Talk am 8. November 2005 in München
  Kapitän Hagen Damaschke, MS Europa, Hapag Lloyd Kreuzfahrten GmbH: „Kreuzfahrt: Die Welt des Traumschiffs – ein Blick hinter die Kulissen“
- BTW-ITB-Dinner-Talk am 12. September 2005 in Frankfurt am Main
  Gerd Hartmann, Vorsitzender der Geschäftsführung AVIS Autovermietung GmbH & Co. KG: „Autovermietung: Vom Verleiher zum Verkäufer und zurück“
- BTW-ITB-Dinner-Talk am 18. Januar 2005 in Köln
  Joachim Hunold, Präsident der ADL – Arbeitsgemeinschaft Deutscher Luftfahrtunternehmen: „Low-Cost-Carrier“
- BTW-ITB-Dinner-Talk am 9. Februar 2004 in Dresden
  Wolfgang Presinger, Geschäftsführer Evo Bus: „Der Bus – das sicherste Verkehrsmittel“
- BTW-ITB-Dinner-Talk am 9. Juli 2003 in Stuttgart
  Peter Waldinger, technischer Geschäftsführer der Deutsche-Flugsicherung (DFS): „Stau am Himmel – wie fliegen wir weiter?“

- BTW-ITB-Dinner-Talk am 27. Januar 2003 in München
  Georg Fongern, Sprecher der Piloten-Vereinigung Cockpit: „Sicherheit in der Luft – aus der Sicht im Cockpit“
- BTW-ITB-Dinner-Talk am 30. September 2002 in Frankfurt am Main
  Georg Fongern, Sprecher der Piloten-Vereinigung Cockpit: „Sicherheit in der Luft – aus der Sicht im Cockpit“
- BTW-ITB-Dinner-Talk am 27. April 2002 in Berlin
  Jürgen Thomas, Mitglied des Vorstandes von Airbus: „A380 – a new way of flying durch neue Konzeption und modernste Technologie“
- BTW-ITB-Dinner-Talk am 21. Januar 2002 in Düsseldorf
  Dr. Rainer Schwarz, Geschäftsführer der Flughafen Düsseldorf AG: „Präsentation des neuen Terminals am Düsseldorfer Flughafen“
- BTW-ITB-Dinner-Talk am 22. Oktober 2001 in Hamburg
  Harry Harkimo, Begründer der Hartwall-Arena Helsinki: „Tourismus-marketing der Zukunft – die Arena Hamburg“

ITB vom 11. bis 15. März 2005 in Berlin

Viel versprechende Perspektiven

Vom 11. bis 15. März 2005 hatte Berlin die weltgrößte Tourismusmesse, die Internationale Tourismus-Börse (ITB) zu Gast. Über 10.000 Aussteller aus etwa 180 Ländern stellten den Besuchern die zahlreichen Facetten und Ziele des Reisens vor. Deutschland hatte dabei die einmalige Gelegenheit, im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2006, der Welt zu zeigen, wie überaus lohnenswert ein Besuch in Deutschland ist. Die Deutsche Zentrale für Tourismus e.V. (DZT) hatte die Ausrichtung der viel beachteten Eröffnungsveranstaltung übernommen, an der auch Bundeskanzler Gerhard Schröder teilnahm.

Die ITB Berlin 2005 startete mit viel versprechenden Perspektiven für die deutsche Tourismuswirtschaft. Die Trendwende scheint geschafft: Die Deutschen haben ihre Leidenschaft als Reiseweltmeister wieder entdeckt.

Die Wirtschaft stagniert – die Reisebranche wächst

Das wirtschaftliche Umfeld ist allerdings unverändert schwierig. Die hohe Zahl an Arbeitslosen, die Furcht vieler Menschen um ihren Arbeitsplatz und die schwache Binnennachfrage dämpfen die Konjunktur nach wie vor stark. Selbst die letzte Stufe der Steuerreform gleicht dies nicht aus. Die deutsche Wirtschaft wächst weiterhin zu schwach, um neue Arbeitsplätze schaffen und den Konsum beleben zu können. Auf den Punkt gebracht: Die Wirtschaft stagniert, die Reisebranche wächst.

Mobilität ist erkennbar der Schlüssel zu Wachstum und der Zugang zur Verständigung zwischen verschiedenen Kulturkreisen. Reisen muss daher bezahlbar bleiben. Tatsächlich aber werden Reisende zum Beispiel durch diverse Zuschläge und Sicherheitsgebühren über Gebühr belastet.

Pressekonferenz Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT): Klaus Laepple, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW), Franz Beckenbauer, Präsident des WM-Organisationskomitees, Petra Hedorfer, Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Zentrale für Tourismus (v.l.n.r.)

Trendwende im Jahr 2004

Der Präsident des Deutschen Reisebüro und Reiseveranstalter Verbands (DRV), Klaus Laepple, berichtete von einem deutlichen Anstieg der Buchungszahlen: Im Jahr 2004 haben die Reiseveranstalter die Trendwende geschafft. Dieses Plus ist nachhaltig.

2004 steigerten die deutschen Reiseveranstalter ihren Umsatz um 5,2 Prozent auf gut 19 Milliarden Euro. Im Winter 2004/05 legten die Veranstalter um 3,5 Prozent zu. Für Sommer 2005 hatte sich aufgrund der vielen Frühbucher frühzeitig ein Plus von sechs Prozent abgezeichnet. Auch die Reisebüros steigern ihr Geschäft. Das Reisebüro bleibt mit einem Anteil von über 90 Prozent aller organisierten Reisen der von den Verbrauchern am meisten genutzte Vertriebsweg für Veranstalterreisen.

Fluggesellschaften zählen zu den Gewinnern

Bei den Verkehrsträgern zählen die Fluggesellschaften insgesamt deutlich zu den Gewinnern. Die deutschen Verkehrsflughäfen registrierten 2004 insgesamt 154,4 Millionen Fluggäste, ein Plus von acht Prozent. Dieser Anstieg ist nicht nur durch den harten Wettbewerb auf Punkt-zu-Punkt-Verbindungen in Europa zu erklären. Das Plus rührt vor allem vom ansteigenden Interkontinentalverkehr in die USA und nach Asien. Vor allem China und Indien als wichtige Wachstumsmärkte im Luftfahrtgeschäft „ziehen steil hoch".

Trendwende auch bei der Bahn

Eine Trendwende sieht die Tourismuswirtschaft auch im Bahnverkehr. Fahrgastkilometer, Umsatz und Auslastung liegen deutlich im Plus. Was die Tourismuswirtschaft besonders würdigt, ist der Erfolg der schnellen Verbindungen auf den Strecken Frankfurt-Köln sowie Hamburg-Berlin. Die hohe Auslastung der Züge beweist: Mit Tempo und attraktiven Angeboten holt man Reisende von der Straße auf die Schiene.

Auch 2005 wird ein Jahr der Fernreise

Die Wintersaison 2004/05 zeigte klare Trends: Mallorca, die Türkei, Ägypten und Marokko lagen deutlich im Plus. Auf der Fernstrecke zogen besonders Kuba, Mexiko, die Dominikanische Republik und Kenia an. Nach 2004 zeichnet sich damit auch für 2005 ein Jahr der Fernreise ab. Die Reisenden aus Deutschland verdankten dem starken Euro günstige Preise bei den Reiseveranstaltern und geringere Nebenkosten am Urlaubsort.

Im Sommer 2005 hebt sich bereits jetzt neben Marokko und der Türkei auch Tunesien als Destination mit deutlichem Zuwachs ab. Ein deutliches Plus verbucht zudem Portugal. Dies sehen die Veranstalter vor allem darin begründet, dass sich Portugal zur Fußball-

Europameisterschaft 2004 überzeugend als reizvolles Reiseziel präsentieren konnte. Einen starken Anstieg verbucht aktuell auch Spanien. Im Plus liegen das Festland wie auch die Kanaren. Überproportional klettern die Buchungen für Mallorca nach oben.

Italien wird sich leicht erholen. Die Buchungen für Deutschland und Österreich sind stabil. Griechenland entwickelt sich uneinheitlich zwischen stabiler Buchungslage und zweistelligem Zuwachs. Mit Rückgängen für den Sommer 2005 müssen Ägypten und Bulgarien rechnen. Ägypten erlebt eine Sättigung, allerdings auf Rekordniveau. In Bulgarien standen 2004 viele Gäste unter dem Eindruck reger Bautätigkeit.

Gäste achten sehr auf die Gesamtkosten

Bei ihrer Wahl achteten die Gäste 2005 besonders sorgsam auf die Gesamtkosten ihrer Reise. Budgetsicherheit ist ein großes Thema. So erklärt sich der deutliche Zuwachs bei den Buchungen von All-Inclusive-Urlaub und Club-Urlaub im Mittelmeerraum. Sehr gut angenommen werden Wellness-Angebote. Die Zielgruppenkonzepte der Veranstalter zeigen Erfolg.

Tourismuskonferenz Ost am 9. Mai 2005 in Weimar

Aufschwung des Tourismus in den neuen Bundesländern

Ein weiterer Höhepunkt nach der ITB war die „Tourismuskonferenz Ost“ am 9. Mai 2005 in Weimar. Das Schwerpunktthema lautete: „Entwicklung des Tourismus in den neuen Bundesländern“.

Die anwesenden Bundesminister Wolfgang Clement und Dr. Manfred Stolpe stellten fest, dass die Tourismusbranche in den neuen Ländern seit 1990 einen beeindruckenden Aufschwung genommen hat. Aus dem planwirtschaftlich gelenkten Ferienwesen ist ein dynamischer Dienstleistungssektor gewachsen.

Hohe Zuwächse – vor allem in Mecklenburg-Vorpommern

So sind enorme Zuwächse bei den Übernachtungen zu verzeichnen – seit 1992 mit bis zu 160 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) und einem Anteil von 22,7 Prozent der gesamtdeutschen Übernachtungszahlen. In den neuen Ländern und Berlin werden nach Untersuchungen der Länder rund 17 Milliarden Euro Bruttoumsätze im Tourismus realisiert. Das entspricht elf Prozent des gesamten Umsatzes in ganz Deutschland. 89 Prozent mit rund 141 Milliarden Euro Bruttoumsätzen pro Jahr werden nach wie vor durch die alten Bundesländer erwirtschaftet.

Ernst Fischer, Präsident des DEHOGA und Schatzmeister des BTW, sowie André Witschi, Vorsitzender der Geschäftsführung der Accor Hotellerie Deutschland GmbH und Präsidiumsmitglied des BTW, sehen besonders in der Sparsamkeit der Gäste und der zunehmenden Kostenbelastung der Unternehmen Gründe für die kritische Lage speziell im Gastgewerbe. Dieses meldete besonders in den neuen Bundesländern während der letzten Jahre spürbare Rückgänge im Umsatz – trotz teilweise steigender Gästezahlen.

In die Infrastruktur investieren

Diesen Rückstand gilt es aufzuholen, besonders durch günstige, wachstumsfördernde Rahmenbedingungen. Neben der Förderung von gewerblichen Tourismusbetrieben stehen besonders Investitionen in Infrastrukturprojekte, regionale Entwicklungsprojekte und regionales Management im Vordergrund. Seit dem 1. Januar 2005 werden auch Kooperations-Netzwerke unterstützt.

Über den Deutschen Reisebüro und Reiseveranstalter Verband (DRV) fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) zusätzlich das Kompetenzzentrum E-Business in der Touristik zum erleichterten Interneteinsatz bei Reisebüros und Reiseveranstaltern. Weitere besondere Handlungsfelder für die ostdeutsche Tourismuswirtschaft sind:

- verstärkte Netzwerk- und Profilbildung im Tourismus
- mehr innerdeutsche und internationale Imagewerbung
- Förderung von Städte-, Aktivurlaubs- und Kongressreisen
- offensive Vorbereitung auf die Fußball-WM 2006
- Bürokratieabbau und Eröffnung weiterer regionaler Entwicklungsspielräume
- Ausbildung qualifizierter Tourismusfachkräfte

FIFA Fussball Weltmeisterschaft 2006™ in Deutschland

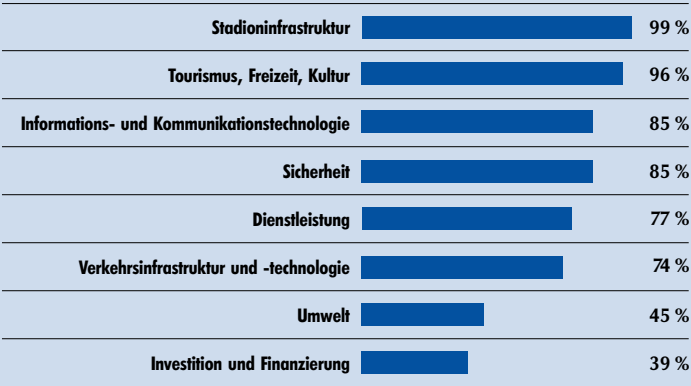
Wichtig für den Standort Deutschland

Seit dem 6. Juli 2002 steht fest: Deutschland ist Ausrichter der FIFA Fussball WM 2006™. Sie wird am 9. Juni 2006 mit dem Eröffnungsspiel in München beginnen und am 9. Juli 2006 mit dem Finale in Berlin enden.

Die wirtschaftlichen Perspektiven und Chancen

- 3,2 Millionen Menschen werden anreisen, davon ein Drittel aus dem Ausland
- 3,5 Milliarden Zuschauer werden die Spiele vor dem Bildschirm verfolgen
- Sponsoring-Aufwendungen werden von aktuell 3,4 Milliarden Euro bis 2006 auf 4,4 Milliarden Euro ansteigen
- 800 Millionen Euro Ausgaben von ausländischen Gästen werden erwartet

Wirtschaftliche Bedeutung nach Sektoren



Quelle: Wegweiser GmbH

- Zwischen 2003 und 2010 werden jährlich 3.850 neue Arbeitsplätze geschaffen

Damit kann die WM einen gesamtwirtschaftlichen Gewinn von bis zu 3,4 Milliarden Euro bringen und zwischen 2003 und 2010 das Bruttoinlandsprodukt um acht Milliarden Euro steigern.

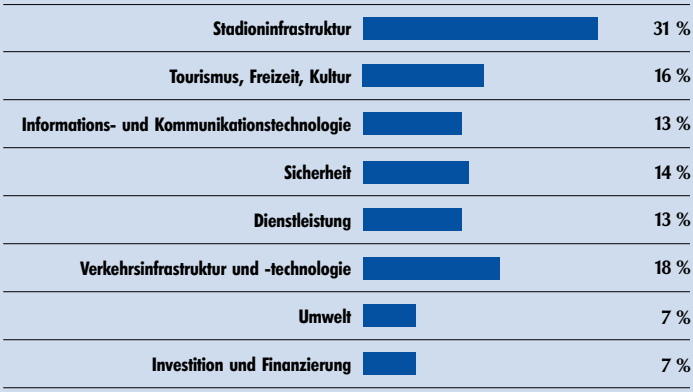
Die Chancen nach Branchen

Wirtschaftliche Chancen werden insbesondere für Stadiontechnik (97 Prozent) sowie für den Stadionbau (94 Prozent) erwartet. Sportmedien (96 Prozent), aber auch die Medien- und Übertragungstechnik (83 Prozent) werden als profitierende Branchen eingestuft.

Die Chancen nach Sektoren

96 Prozent der befragten Fachleute aus Wirtschaft, Politik und Sport sehen den Sektor Tourismus, Freizeit und Kultur als wirtschaftlichen Nutznießer des sportlichen Großereignisses.

Bekannte, geplante oder getätigte Investitionen nach Sektoren



Quelle: Wegweiser GmbH

Die Chancen für Investitionsvorhaben

Die Stadioninfrastruktur fällt eindeutig positiv mit 31 Prozent aus dem Rahmen. 18 Prozent bzw. 16 Prozent der Befragten kennen, planen oder tätigen Investitionen in den Sektoren Verkehrsinfrastruktur und -technologie sowie in Tourismus, Freizeit und Kultur.

Die Chancen für die Verkehrsinfrastruktur

In den Bau von Straßen werden bis 2006 aus Bundesmitteln ca. 3,9 Milliarden Euro investiert sowie über zwei Milliarden Euro in die Stadioninfrastruktur. Weiterhin wird eine Erhöhung des Anteils des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auf 50 Prozent angestrebt.

Die Chancen für Hotellerie und Gastronomie

Das Gastgeberkonzept „Die Welt zu Gast bei Freunden“ soll

- ein positives Bild von Deutschland vermitteln
- Deutschlands Rolle als guter Gastgeber unterstreichen
- den Standort Deutschland stärken
- die Bevölkerung begeistern
- den Sport insgesamt in Deutschland fördern

Die 15 Offiziellen Partner der FIFA Fussball WM 2006™

- adidas
- Anheuser-Busch
- Avaya
- Coca-Cola
- Continental
- Deutsche Telekom
- Emirates
- Fujifilm

- Gillette
- Hyundai
- MasterCard
- McDonalds
- Philips
- Toshiba
- Yahoo

Die sechs Nationalen Förderer

- Energie Baden-Württemberg AG (EnBW)
- OBI
- Hamburg-Mannheimer Versicherung
- Postbank
- ODDSET
- Deutsche Bahn

Das Ticketing

Ein Drittel der fast 3,4 Millionen Tickets sind frei erhältlich über den Verkauf durch CTS Eventim. Einzeltickets gibt es in vier Kategorien von 35 Euro in den Vorrunden bis 600 Euro im Finale.

Ein Ausblick

Die Imagekampagne für den Standort Deutschland bis 2006 umfasst Investitionen der Bundesregierung in Höhe von zehn Millionen Euro und eine geplante Beteiligung der Wirtschaft von zehn bis 30 Millionen Euro. Die Projektführung liegt in erster Linie beim Bundeskanzler sowie beim ehemaligen BDI-Präsidenten Michael Rogowski. Vorsitzender des Organisationskomitees ist Franz Beckenbauer.

Projektpartner der Imagekampagne für den Standort Deutschland bis 2006 sind Allianz, Eon, EnBW, TUI, Deutsche Bahn und Karstadt-Quelle. Elemente der Kampagne sind besonders der Imagefilm von

Regisseur Sönke Wortmann („Das Wunder von Bern“) und die Imagekampagne „1. FC Deutschland 06“ unter der Regie von Michael Rogowski.

Chancen „nach innen und außen“

Die Fußball-WM gilt als absolut herausragendes Großereignis, das dem Gastgeber Deutschland vielfältige sozioökonomische Chancen nach innen und außen eröffnet. Die touristische Vermarktung muss bereits deutlich vor dem Beginn des Turniers einsetzen. Nur so können die Chancen und Perspektiven optimal genutzt werden. Voraussetzung für das Gelingen der WM ist die Präsentation Deutschlands als weltoffenes, tolerantes, fröhliches und vor allem gastfreundliches Gastgeberland.

Der BTW als politischer Mitgestalter
Partner Bundesregierung

Interessen auf allen Ebenen vertreten

Das Engagement für vernünftige Rahmen- und Standortbedingungen der Tourismuswirtschaft ist eine Säule der BTW-Arbeit. Auf allen politischen und administrativen Ebenen setzt sich der BTW für die Belange der Branche ein.

Die Entwicklung des Tourismus wird stark von Politikbereichen wie Steuern, Finanzen, Verkehr, Umwelt, Soziales und Außenpolitik beeinflusst. Da es in Deutschland kein allgemeines Tourismusgesetz gibt, werden Teilbereiche des Tourismus durch spezielle Gesetze wie das Reisevertragsgesetz geregelt. Für die Aufteilung der Kompetenzen und Aufgaben zwischen Bund und Ländern im Bereich Tourismus gelten die allgemeinen Regeln des Grundgesetzes (Art. 30, 70 ff., 91a, 105 ff.).

Wichtiger Wirtschaftsfaktor – mittelständisch geprägt

Der Tourismus hat als Wirtschaftsfaktor in Deutschland große Bedeutung. Dies ist der Grund für die enge Zusammenarbeit von Bundesregierung und Tourismuswirtschaft. Eine Besonderheit liegt in der Heterogenität des Wirtschaftszweiges – die Tourismuswirtschaft ist eine klassische „Querschnittsindustrie“. Reiseveranstalter und Reisemittler, Hotels und Gaststätten, Campinganbieter, Sport- und Freizeitparks, Verkehrsbetriebe wie Fluglinien, Reedereien, Bahnen und Busunternehmen zählen ebenso dazu wie Teile des Einzelhandels und andere Wirtschaftszweige, die mittelbar vom Tourismus profitieren. Darunter sind auch Automobil-, Sportbekleidungs- und Sportgeräte-Industrie.

Abgesehen von wenigen so genannten integrierten Tourismuskonzernen ist die deutsche Tourismusindustrie mit ihren 180.000 Restaurants und Gaststätten, 50.000 Hotels und Pensionen, knapp

20.000 Reiseunternehmen und 5.000 Busunternehmen überwiegend mittelständisch geprägt.

Zukunftsbranche und „Schwergewicht“ der Volkswirtschaft

Die Tourismuswirtschaft zählt wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig zu den Zukunftsbranchen mit besonderen Wachstumschancen: Die touristische Nachfrage in Deutschland bewirkt rund acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts und erwirtschaftet rund 158 Milliarden Euro Bruttoumsätze. Mit 2,8 Millionen direkt in der Branche Beschäftigten gehört die Tourismuswirtschaft zu den „Schwergewichten“ unserer Volkswirtschaft – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt.

Tourismuspolitik ist somit zu Recht integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Die Federführung hierfür liegt beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA). Als Querschnittsaufgabe berühren viele Einzelfragen jedoch auch Zuständigkeitsbereiche anderer Ressorts – unter anderem das

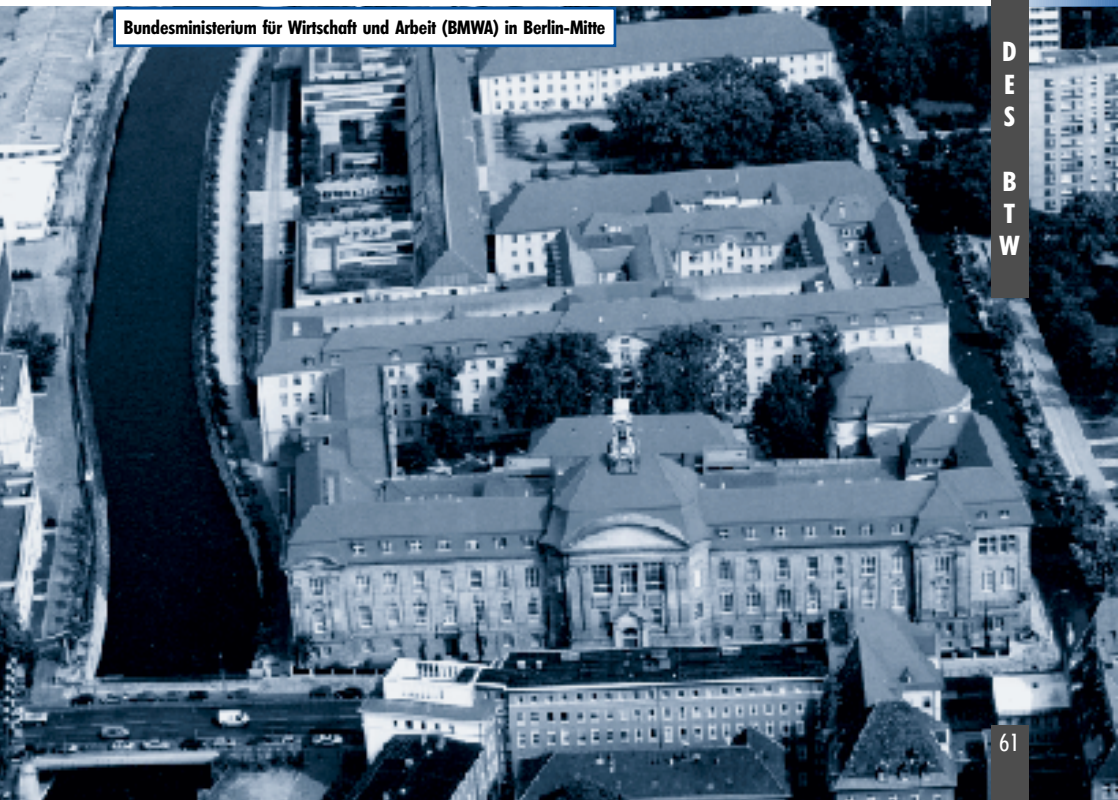
- Auswärtiges Amt (AA)
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
- Bundesministerium der Finanzen (BMF)
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW)

Partner Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA)

Nach der Bundestagswahl 2002 wurden das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie das damalige Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zum Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) zusammengelegt. Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit wurde Wolfgang Clement.

Für Abstimmungsprozesse zwischen Bund und Ländern, zur gegenseitigen Unterrichtung und zur Koordinierung tourismuspolitischer Aktivitäten gibt es den „Bund-Länder-Ausschuss Tourismus“, in dem das BMWA und die für Tourismus zuständigen Ministerien der Bundesländer vertreten sind.

Das BMWA berichtet regelmäßig dem Ausschuss für Tourismus im Deutschen Bundestag über die Tourismuspolitik der Bundesregie-



Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) in Berlin-Mitte

rung, auch bei diversen parlamentarischen Anfragen. Konkrete Handlungsfelder für das BMWA im Hinblick auf die Stärkung des Tourismusstandortes Deutschland sind:

- Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft
- maßgebliche Förderung (zu über 70 Prozent) der weltweiten Vermarktung Deutschlands als Reiseland durch die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT)
- Förderung des Tourismusgewerbes und der touristischen Infrastruktur in strukturschwachen Regionen über regionalpolitische Hilfen
- Förderung der Angebotsqualität in der mittelständischen Tourismuswirtschaft zum Beispiel durch Potenzialuntersuchungen, Modellvorhaben und Qualifizierungs-Maßnahmen im Tourismus
- Förderung von Existenzgründungen in der Tourismuswirtschaft (ERP-Programm) und der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Reiseunternehmen (unter anderem Kompetenzzentrum E-Business Touristik (KET))
- Pflege bilateraler und multilateraler Beziehungen zum Beispiel zur Erschließung neuer Märkte im Ausland (durch Tourismuswirtschaft und DZT) wie derzeit VR China, Osteuropa, Indien
- Erhöhung der Sicherheit für deutsche Touristen im internationalen Reiseverkehr
- Beratung der EU-Kommission in tourismuspolitischen Fragen

„Interessen-Clearing“ im Tourismusbeirat

Der halbjährlich einberufene Beirat für Fragen des Tourismus beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit wurde (1977) einge-

richtet, um die Interessen von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, kommunalen Gremien und Verbänden zusammenzuführen. Aufgabe der Mitglieder bei diesem „Interessen-Clearing“ ist es, den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit zu beraten und durch gutachterliche Stellungnahmen zu unterstützen.

Dem Kreis gehören BTW-Präsident Klaus Laepple, BTW-Generalsekretär RA Christian Ehlers sowie zahlreiche weitere BTW-Mitglieder an. In regelmäßigen Sitzungen, zuletzt am 13. Dezember 2004 und am 23. Juni 2005, werden dort aktuelle tourismuspolitische Themen erörtert:

- tourismuspolitische Schwerpunkte und aktuelle Branchenlage
- Vorbereitung der Fußball-WM 2006
- Aktivitäten des Projekts „Deutschland in Japan 2005/2006“
- Studie der Willy Scharnow Stiftung „Reisebürokunde 50+“
- nachhaltige Tourismusprojekte
- Entwicklung des Tourismus in den neuen Bundesländern

Erster Ansprechpartner im BMWA für die Tourismuswirtschaft ist das Referat VIII A5 Tourismuspolitik mit Referatsleiter Dr. Helmut Krüger. Für die Belange des Tourismus sind als Referenten tätig: Imme Müller, Dr. Gisela Schleife, Dr. Marion Weber und Ingrid Weise.

Weitere Ministerien
Partner Auswärtiges Amt (AA)

Auslandsvertretungen – Deutschlands „Augen, Ohren und Stimme“

Der Auswärtige Dienst vertritt die Interessen Deutschlands, fördert den internationalen Austausch und leistet Deutschen im Ausland Schutz und Hilfe. Das Auswärtige Amt (AA) in Berlin ist die zentrale Schaltstelle der deutschen Diplomatie, in der außenpolitische Analysen und Konzeptionen sowie konkrete Handlungsanweisungen für die deutschen Auslandsvertretungen erarbeitet werden. Die Auslandsvertretungen können als „Augen, Ohren und Stimme“ Deutschlands bezeichnet werden. Sie vertreten den Staat, wahren seine Interessen und schützen deutsche Bürgerinnen und Bürger im jeweiligen Gastland.

Der Bundesminister des Auswärtigen wird von Staatssekretären und Staatsministern unterstützt. Täglich findet unter Vorsitz der Staatssekretäre die „Direktoren-Runde“ mit allen Abteilungsleitern des AA statt. Hier werden die aktuellen Entwicklungen in der Welt und die daraus zu ziehenden operativen Konsequenzen erörtert.

Wertvolle Sicherheitshinweise und Reisewarnungen

Für die deutsche Tourismusbranche spielen die vom AA herausgegebenen Länder- und Reiseinformationen eine entscheidende Rolle. Mit den Sicherheitshinweisen und Reisewarnungen hilft das Auswärtige Amt nicht nur deutschen Touristen bei ihrer Reiseentscheidung, sondern unterstützt auch die Reiseveranstalter bei der Planung und Gestaltung ihrer Reiseangebote in fremden Ländern.

Liegt für ein Land eine Reisewarnung des AA vor, weil dort ein „erhöhtes Risiko“ für Touristen besteht, sind die Reiseveranstalter gehalten, ihre Kunden entsprechend zu informieren und ihnen gegebenenfalls den Rücktritt von der Reise in dieses Land bzw. eine Umbuchung kostenfrei zu ermöglichen. In besonders bedrohlichen

Auswärtiges Amt (AA) in Berlin-Mitte

Fällen ruft das AA seinen Krisenstab zu teilweise täglichen Sitzungen zusammen.

So auch nach der Flutkatastrophe in Südostasien am 26. Dezember 2004, als in einer beispiellosen Zusammenarbeit zwischen dem Krisenstab und den deutschen Reiseveranstaltern, vertreten durch den Deutschen Reisebüro und Reiseveranstalter Verband (DRV), für schnelle und effektive Hilfsmaßnahmen gesorgt werden konnte.

Partner Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Die Innovationskraft unseres Landes zu stärken, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und die Qualität der Bildung zu erhöhen, das sind die Ziele des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

Das BMBF ist nicht nur Geldgeber, sondern auch Partner in der deutschen Bildungs- und Forschungslandschaft. Es stellt allein oder zusammen mit den Ländern Mittel für verschiedene Einrichtungen zur Verfügung. Die Finanzierung umfasst auch Einrichtungen wie das Bundesinstitut für Berufliche Bildung (BIBB) in Bonn. Das BMBF wirkt aktiv in Aufsichtsräten oder als Mitglied dieser Einrichtungen mit.

Das Bundesinstitut für Berufliche Bildung (BIBB)

Das Bundesinstitut für Berufsbildung ist ein national und international anerkanntes Kompetenzzentrum zur Erforschung und Weiterentwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Das BIBB wurde 1970 auf der Basis des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) gegründet. Heutige Rechtsgrundlage ist das Berufsbildungsreformgesetz (BerBiRefG) vom 23. März 2005, das die Aufgaben des Instituts beschreibt und am 1. April 2005 in Kraft getreten ist. Als bundesunmittelbare Einrichtung aus Haushaltsmitteln des Bundes finanziert untersteht das BIBB der Rechtsaufsicht des BMBF.

Aus- und Fortbildung in anerkannten Berufen werden von der Bundesregierung bundesweit einheitlich geregelt. An der Erarbeitung und Weiterentwicklung von Ausbildungsordnungen sowie an ihrer Abstimmung mit den Rahmenlehrplänen der Kultusministerkonferenz sind von Arbeitgebern und Gewerkschaften benannte Sachverständige und Vertreter der Berufsschulen beteiligt.

Ausbildungsordnungen sind die Grundlage für die geordnete und einheitliche betriebliche Ausbildung in anerkannten Ausbildungs-

berufen. Sie werden als Rechtsverordnung gem. §§ 4, 5 Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. §§ 25, 26 Handwerksordnung (HwO) vom zuständigen Fachministerium im Einvernehmen mit dem BMBF erlassen.

Viele Ausbildungsmöglichkeiten im Tourismus

Mit 104.000 Ausbildungsplätzen jährlich stellt die Tourismusbranche rund sieben Prozent aller Lehrstellen in Deutschland. Im Tourismusgewerbe gehören dazu

- Gastgewerbliche Ausbildungsberufe
  - Koch/Köchin
  - Hotelfachmann/-frau
  - Restaurantfachmann/-frau
  - Hotelkaufmann/-frau
  - Fachmann/-frau für Systemgastronomie
  - Fachkraft im Gastgewerbe
- Ausbildung Reiseveranstalter/Reisemittler
  - Reiseverkehrskaufmann/-frau
- Ausbildung touristischer Leistungsträger
  - Luftverkehrskaufmann/-frau
  - Schifffahrtskaufmann/-frau
  - Kaufmann/-frau im Eisenbahn- und Straßenverkehr
  - Servicekaufmann/-frau im Luftverkehr
  - Kaufmann/-frau für Verkehrsservice
  - Kaufmann/-frau für Tourismus und Freizeit
- Ausbildung im Gesundheitstourismus
  - Kaufmann/-frau im Gesundheitswesen

Seit 1. August 2005 ist die Tourismusbranche mit dem Berufsbild „Kaufmann/-frau für Tourismus und Freizeit“ um einen neuen Ausbildungsberuf reicher. Mit der neuen Fachrichtung wird der Qualifizierungsbedarf in der Tourismus- und Freizeitbranche abgedeckt, der in der Ausbildung zum/zur „Reiseverkehrskaufmann/-frau“ bisher nicht ausgebildet werden konnte. Die dort enthaltenen Inhalte im Bereich Kuren und Fremdenverkehr wurden herausgelöst und in den neuen Ausbildungsberuf integriert.

Kaufleute für Tourismus und Freizeit sind in Unternehmen der Tourismus- und Freizeitbranche tätig. Zu den potenziellen Ausbildungsbetrieben zählen besonders regionale und nationale Tourismusorganisationen, lokale und regionale Tourismusstellen unterschiedlicher Rechtsform, touristische Branchenverbände, Freizeitbäder, Freizeit- und Ferienparks, Campingplätze, Marinas, Incoming-Unternehmen, touristisch orientierte Verkehrsunternehmen sowie weitere Einrichtungen und Unternehmen zur Vermarktung touristischer Attraktionen. Ferner können die Auszubildenden später in Unternehmen und Organisationen des Gesundheits- und Wellnesstourismus tätig sein. Nach Schätzungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) werden in diesen Bereichen für das erste Jahr bis zu 800 Ausbildungsplätze erwartet.

Partner Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Kernaufgaben des Bundesministers der Finanzen sind die Gestaltung der Finanzpolitik und die Grundausrichtung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Dem BMF kommt damit eine zentrale Steuerungsfunktion innerhalb der Bundesregierung zu. Im Rahmen der vom Bundeskanzler vorgegebenen politischen Richtlinien koordiniert der Bundesfinanzminister die Haushaltsvoranschläge der einzelnen Ministerien und entwirft den jährlichen Bundeshaushalt.

Übergeordnetes Ziel aller finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung muss es sein, Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung und den Abbau von Arbeitslosigkeit zu schaffen. Die Herausforderungen des europäischen Integrationsprozesses, die Globalisierung und die Entwicklung zur wissensbasierten Gesellschaft erfordern auch effiziente, breit angelegte politische Unterstützung sowie Orientierungshilfen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Zentrale Aufgabe der Finanzpolitik ist daher die nachhaltige Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates mittels Steuerpolitik. Dabei dürfen Leistungsanreize und Leistungswillen der Bürger und Unternehmen nicht beeinträchtigt werden. Der BTW als Interessenvertreter der deutschen Tourismusbranche legt im Sinne seiner Mitglieder besonderes Augenmerk auf die Besteuerung touristischer Unternehmen und deren Leistungen.

Partner Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

Seit Juni 1986 ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) innerhalb der Bundesregierung federführend verantwortlich für die Umweltpolitik des Bundes. Zum Geschäftsbereich gehören das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Das BMU wird in Form von Gutachten und Stellungnahmen von unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.

Seit Anfang der 90er Jahre arbeitet das BMU gemeinsam mit dem BMWA, dem Umweltbundesamt und den Tourismus-, Naturschutz- und Umweltverbänden an der Schaffung einer Dachmarke für umweltorientierte und sozialverträgliche Angebote im Deutschlandtourismus. Zahlreiche lokale Einzelaktivitäten sollten so zur nachhaltigen Tourismusentwicklung gebündelt und intensiviert werden. Eine Umweltkennzeichnung sollte dabei in erster Linie eine Orientierungshilfe für den Verbraucher darstellen. Die an der Schaffung der Umweltdachmarke beteiligten Umwelt-, Verbraucher-, Tourismus- und Kommunalverbände haben sich schließlich auf den Markennamen „Viabono – Reisen natürlich genießen“ verständigt.

Viabono – Reisen natürlich genießen

Am 18. März 2002 wurde der Viabono-Trägerverein von zwölf Verbänden in Berlin gegründet. Heute repräsentieren 18 Mitglieder aus allen wichtigen Interessengruppen für eine nachhaltige Tourismusentwicklung in Deutschland insgesamt 15 Millionen Verbraucher, 85.000 Tourismusunternehmen – darunter auch der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband) als BTW-Mitglied – sowie 6.000 Tourismuskommunen. Viabono hat zusammen mit seinen Partnern für die Vergabe der Marke anspruchsvolle

Kriterien entwickelt. Diese bauen auf den Erfahrungen der Umwelt- und Verbraucherverbände ebenso wie auf denen der kommunalen Spitzen- und touristischen Wirtschaftsverbände auf. „Natürlich genießen“ hat für Viabono sehr viel mit intakter Natur und Umwelt zu tun. Hinzu kommt, dass die Philosophie der Viabono-Partner stimmen muss. Dazu wurden die Kriterienkataloge „Beherbergung/Gastronomie“ und „Kommune“ durchgängig auf Themenfelder wie Abfall, Energie und Klima, Mobilität und Lärm ausgerichtet.

Die Umwelterklärung der deutschen Tourismuswirtschaft

Urlaub und Erholung verlangen nach einer gesunden Umwelt: sauberes Wasser, reine Luft, intakte Landschaften, wenig Lärm. Ökologie und Ökonomie stehen im Tourismus in direkter Wechselwirkung, oft genug auch im Widerspruch. Dabei belegen zahlreiche Untersuchungen, dass umweltgerechtes Verhalten oft kein Geld kostet, sondern sogar Kosten spart.

Der BTW unterstützt gemeinsam mit seinen Mitgliedern DZT, RDA, DEHOGA Bundesverband und DRV internationale Aktivitäten der Bundesregierung für einen umwelt- und sozialverträglichen Tourismus.

Zusammen mit weiteren Spitzenverbänden und -organisationen der deutschen Tourismuswirtschaft war am 8. Oktober 1997 in Bonn eine gemeinsame Umwelterklärung an BMU und BMWA übergeben worden. Darin hatte sich die deutsche Tourismuswirtschaft zum nachhaltigen Tourismus als grundsätzlichem Leitbild für die künftige Entwicklung der Branche bekannt. Diese Umwelterklärung bezieht sich auf die 1992 in Rio de Janeiro verabschiedete „Rio-Deklaration“ sowie auf die Agenda 21 und ist eine Zusammenfassung und Fortschreibung von bereits existierenden Umwelterklärungen und -beschlüssen der Einzelverbände.

Partner Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW)

Seit 1998 sind die Bereiche Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in einem Ministerium vereint. Hier sind alle Zuständigkeiten des Bundes für verkehrliche und bauliche Infrastrukturen versammelt: Bundesfernstraßen, Schienen- und Wasserwege, Luftverkehr einerseits, Städtebau, Stadtentwicklung, Bauwirtschaft, Raumordnung und Raumplanung andererseits.

Dr. Manfred Stolpe wurde 2002 Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und zugleich Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Diese Aufgabe hatte sich aus den weiterhin vorhandenen Folgen der deutschen Teilung ergeben. Der Beauftragte für die neuen Länder als zuständiger Koordinator und Kooperationspartner der anderen Bundesressorts, der Länder und

der Kommunen initiiert und begleitet Veränderungsprozesse. Als Verkehrs- und Bauminister gibt er selbst Wachstumsimpulse. Der motorisierte Verkehr auf Straßen, Schienen und in der Luft wächst unaufhaltsam – ungeachtet aller Forderungen „nach mehr Umweltbewusstsein, Ressourcenschonung und einer nachhaltigen Entwicklung“. Die für die Mobilität von morgen benötigte Infrastruktur ist jedoch nicht in gleichem Maße erweitert worden. Notwendige Maßnahmen zum Erhalt und zur Erweiterung scheiterten vor allem am Fehlen finanzieller Mittel und an langwierigen Genehmigungsverfahren.

Deutschland ist die zweitgrößte Exportnation der Welt. Die deutsche Wirtschaft ist deshalb auf schnelle und zuverlässige Verkehrsverbindungen angewiesen. Der Luftverkehr spielt dabei eine herausragende Rolle: Wertmäßig werden rund 40 Prozent der deutschen Exporte per Luftfracht abgewickelt. Der Luftverkehr unterstützt außerdem ganz erheblich den Tourismus in Deutschland, dem Land der Reiseweltmeister.

Initiative Luftverkehr

Das BMVBW hat im Juli 2003 die Schirmherrschaft für die „Initiative Luftverkehr“ übernommen. Auf Anstoß der Deutschen Lufthansa, der Deutschen Flugsicherung und der Flughäfen München und Frankfurt wurde diese Initiative ins Leben gerufen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Luftverkehrsstandortes Deutschland zu verbessern.

Oberstes Ziel ist in Zeiten von Kerosinzuschlägen und Luftsicherheitsgebühren die Kostenentlastung aller am Luftverkehr Beteiligten. Prozessoptimierung und Reduzierung von Standortkosten, aber auch veränderte Rahmenbedingungen sollen dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu wahren.

Partner Deutscher Bundestag

Die Tourismuspolitik der Bundesregierung wird entscheidend mitbestimmt vom Vollausschuss für Tourismus des Deutschen Bundestages. Für Abstimmungsprozesse zwischen Bund und Ländern, zur gegenseitigen Unterrichtung und zur Koordinierung tourismuspolitischer Aktivitäten wurde der „Bund-Länder-Ausschuss Tourismus“ eingerichtet, in dem das BMWA und die für Tourismus zuständigen Ministerien der Bundesländer vertreten sind.

Der Deutsche Bundestag hat mit dem Tourismusausschuss die Bedeutung der Wachstumsbranche Tourismus auch 2005 unterstrichen. Den Vorsitz des Ausschusses hat seit 2002 die Bundestags-

Ernst Hinsken,
CDU/CSU

Brunhilde Irber,
SPD

Klaus Brähmig,
CDU/CSU

Ernst Burgbacher,
FDP

Annette Faße,
SPD

Undine Kurth,
Bündnis 90/Die Grünen

fraktion der CDU/CSU. Vorsitzender ist Ernst Hinsken, Stellvertreter Jann-Peter Jansen, SPD. Sprecher der einzelnen Fraktionen sind Brunhilde Irber (bis 2004), SPD, und Annette Faße (seit 2005), SPD, Undine Kurth, Bündnis 90/Die Grünen, Klaus Brähmig, CDU/CSU, und Ernst Burgbacher, FDP.

Der Tourismusausschuss und seine Themen im Jahr 2004/2005

September 2004	Öffentliche Anhörung zu „Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf deutsche Kur- und Heilbäder“
Oktober 2004	Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Dr. Hartmut Mehdorn, zu aktuellen tourismus- und bahnpolitischen Themen
	Bericht der Bundesregierung zur ökonomischen Bedeutung des Tourismus in Deutschland
Dezember 2004	Bericht der Bundesregierung zum derzeitigen und zukünftigen Stand der Regelmehrwertsteuersätze in Europa unter besonderer Berücksichtigung der Mehrwertsteuersätze für Hotellerie und Gastronomie
Februar 2005	Bericht der Bundesregierung zu den Plänen der EU-Kommission, Reiseveranstalter zu verpflichten, den Kunden bei Buchungen den Operating Carrier zu benennen
	Bericht der Bundesregierung zur Förderung des Jugendtourismus im Jahr 2005

April 2005

Öffentliche Anhörung gemeinsam mit dem Sportausschuss zum Thema Fußball-WM 2006:

- Auswirkungen auf die Tourismusbranche
- Studie zur Besucherbefragung der Fußball-EM 2004 und Auswirkungen auf die Fußball-WM 2006
- Ticketvergabe
- Datenschutz im Zusammenhang mit der Ticketvergabe
- Konzept „Green Goal“

Juni 2005

Gespräch mit dem Bundesminister des Innern, Otto Schily, zu den aktuellen Entwicklungen bei der Vorbereitung der Fußball-WM 2006, über die Einführung von biometrischen Daten in Reisepässen und Personalausweisen zur Identitätssicherung sowie über weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit

Bericht der Bundesregierung zu den ökonomischen Potenzialen von Reisebussen

Gespräch mit dem Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Prälat Dr. Karl Jüsten, und der Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Marketing des Weltjugendtagsbüros, Regina Brinkhus, über die Zusammenarbeit der Katholischen Kirche mit der DZT, den Städten Köln und Düsseldorf sowie dem Tourismusverband Nordrhein-Westfalen anlässlich des Weltjugendtages vom 16. bis 21. August 2005 in Köln

Partner World Tourism Organization (WTO)

Die World Tourism Organization (WTO), 1975 gegründet, ist eine zwischenstaatliche Organisation mit Sitz in Madrid. Als führende internationale Dachorganisation übernimmt sie eine zentrale und entscheidende Rolle auf dem Gebiet Reisen und Tourismus. Ihr Ziel ist, eine gerechte, verantwortliche und nachhaltige Welttourismusordnung zu fördern, deren Nutzen im Rahmen einer offenen und wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft von allen Sektoren der Gesellschaft geteilt wird.

Oberstes Organ ist die Generalversammlung, in der die Repräsentanten der inzwischen 143 Mitgliedsstaaten, die assoziierten und die affiliierten Mitglieder sich alle zwei Jahre treffen. Unterstützt wird die Generalversammlung durch den Exekutivrat, der zweimal jährlich tagt. Die sechs Regionalkommissionen Afrika, Amerika, Ostasien und Pazifik, Europa, mittlerer Osten und Südasien tagen mindestens einmal jährlich und bestehen aus den vollwertigen Mitgliedern der Regionen. Ausführendes Organ ist das Sekretariat.

Generalsekretär ist Francesco Frangialli, wichtigster Ansprechpartner für die deutsche Tourismuswirtschaft ist Dr. Dirk Glaeßer.

Word Tourism Organization – die WTO-Zentrale in Madrid

Interkulturelles Bewusstsein und persönliche Freundschaften, die durch den Tourismus gefördert werden, dienen dem besseren internationalen Verständnis und dem Frieden unter allen Nationen sowie dem Schutz, Respekt und Erhalt des kulturellen Erbes der Menschheit.

Die drei Formen der Mitgliedschaft in der WTO:

- Vollmitglieder – souveräne Staaten wie Deutschland
- assoziierte Mitglieder – Territorien, die keine Außenpolitik betreiben
- angegliederte Mitglieder – Organisationen oder Unternehmen, die direkt oder indirekt mit Tourismus zu tun haben, wie der BTW

Die politischen Themen des BTW

I. Bürokratie auf europäischer Ebene abbauen

Das EU-Regelwerk muss einfacher und moderner werden sowie einheitlicher angewendet werden. Das sind wesentliche Elemente, um die Unternehmenstätigkeit im Binnenmarkt zu erleichtern und damit auch die Wachstumsziele zu erreichen, die sich die EU im Jahr 2000 in Lissabon selbst gesetzt hatte.

Basierend auf ihrem Aktionsplan zur besseren Rechtsetzung vom Juni 2002 hat die EU-Kommission im Februar 2003 ein Mehrjahresprogramm verabschiedet (KOM/2003/71 endg. v. 11. Februar 2003), um das EU-Regelwerk zu vereinfachen, zu aktualisieren und in eine verständlichere Form zu bringen.

Die Startperiode ist nun nach zwei Jahren abgelaufen. Der zweite Fortschrittsbericht „Durchführung des Aktionsrahmens Aktualisierung und Vereinfachung des gemeinschaftlichen Acquis“ vom Juni 2004 zeigt, dass die Umsetzung des Programms angelaufen ist, es aber noch viele Verzögerungen gibt – vor allem bei der Kodifizierung. Die interinstitutionelle Vereinbarung zwischen Parlament, Rat und Kommission über eine bessere Rechtsetzung (Abl. C 321, S. 1 f. v. 31. Dezember 2003), die im Dezember 2003 in Kraft getreten ist, dürfte die Vereinfachung des Gemeinschaftsrechts zusätzlich erleichtern.

Warten auf konkrete Maßnahmen

Der Vizepräsident der EU-Kommission Günter Verheugen hat dem Thema Priorität eingeräumt und erwartet bis zum Ablauf seiner Amtszeit konkrete Ergebnisse. In der jüngsten Mitteilung der EU-Kommission zur besseren Rechtsetzung für Wachstum und Arbeitsplätze (KOM 2005/97 endg. v. 16. März 2005) wird das Verfahren zur Ermittlung von zu vereinfachenden Rechtsvorschriften konkretisiert:

- Aktionspläne für bestimmte Branchen zur Vereinfachung der bestehenden EU- wie auch der nationalen Gesetzgebung
- überarbeitete Leitlinien zur Folgenabschätzung (impact assessment system) seit April 2005
- Überprüfung und mögliche Rücknahme mehrerer hundert Kommissionsvorschläge, die ans Europäische Parlament oder an den Rat weitergeleitet worden sind
- Erarbeitung einer gemeinsame Methode zur Bemessung des Verwaltungsaufwandes von EU-Gesetzgebung auf der Basis von Pilotprojekten bis Ende 2005

Alle etwa 100 Schlüsselvorhaben der EU-Kommission aus dem Arbeitsprogramm 2005 werden einer „Folgenabschätzung" unterzogen. Gleichzeitig appelliert die EU-Kommission an die Mitgliedstaaten, auch auf nationaler Ebene Strategien zur besseren Rechtsetzung, zur „Folgenabschätzung" und zur Vereinfachung zu entwickeln. Viele bürokratische Maßnahmen gingen auf nationale Vorgaben zurück.

Aktuelles Beispiel zum Bürokratieabbau ist der im Oktober 2004 vorgelegte Kommissionsvorschlag zur Vereinfachung der Mehrwertsteuerpflichten. Er sieht unter anderem vor, dass künftig jedes Unternehmen über das heimische Finanzamt auch die Umsatzsteuer an die Staatskassen anderer EU-Mitgliedstaaten abführen kann. Mehrere EU-Staaten haben einen solchen „one-stop shop" bereits eingerichtet, in dem sich die Unternehmen registrieren lassen können und Informationen sowie Unterstützung erhalten.

Bürokratieabbau: Ja zu jedem Vorstoß

Verheugens Vorstoß zum Bürokratieabbau ist zu begrüßen: Die Unternehmen der Tourismuswirtschaft in Deutschland sind schon

lange der Auffassung, dass die EU-Kommission die bestehende Gesetzgebung kritisch auf ihre Notwendigkeit prüfen und bei neuen Gesetzgebungsvorhaben zurückhaltend sein sollte.

Der BTW kritisiert vor allem, dass viele Gesetzgebungsinitiativen zu sehr ins Detail gehen und unzureichend auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen hin untersucht werden (fehlendes business impact assessment). Gerade bei der Mobilität ist die Tendenz zur Überregulierung festzustellen. Dies führt zu gravierenden operationellen und wirtschaftlichen Belastungen der Tourismus- und Luftverkehrsindustrie.

Der aktuelle Stand und die Aktivitäten des BTW

11. Februar 2003	Die EU-Kommission verabschiedet ein Mehrjahresprogramm zur Vereinfachung des EU-Regelwerks
16. Dezember 2003	Interinstitutionelle Vereinbarung zur besseren Rechtsetzung
15. Dezember 2004	Der BTW befragt seine Mitglieder zu Hemmnissen im Bürokratieabbau und erstellt auf der Basis der Ergebnisse ein Positionspapier
16. März 2005	Mitteilung der EU-Kommission zur besseren Rechtsetzung
15. April 2005	Schreiben des Vizepräsidenten der EU-Kommission Günter Verheugen an Bundesminister Wolfgang Clement mit der Bitte, bis zum 30. Juni 2005 Vorschläge zur Vereinfachung von EU-Rechtsakten zu machen

25. Mai 2005	Der BTW übermittelt dem BMWA auf Anfrage Vorschläge zur Vereinfachung von EU-Rechtsakten in der Tourismuspolitik (Positionspapier Bürokratiehemmnisse und wettbewerbsbehindernde Maßnahmen in der EU)
29. Juni 2005	Das Positionspapier des BTW wird in Brüssel dem Vizepräsidenten der EU-Kommission Günter Verheugen übergeben und erörtert

Kontakte und Ansprechpartner

Politik: Günter Verheugen, Vizepräsident der EU-Kommission, Generaldirektion Unternehmen und Industrie, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) Referat VIIA5 – Tourismuspolitik

Verbände und Unternehmen im BTW: BTW

II. Dienstleistungsrichtlinie: für Niederlassungsfreiheit und freien Verkehr

Der von der EU-Kommission im Februar 2004 vorgelegte Vorschlag für eine Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt (KOM/2004/2 endg. v. 25. Februar 2004) ist eines der Schlüsselelemente der Lissabonner Agenda und der Verwirklichung des Binnenmarktes bei Dienstleistungen.

Ziel des Vorschlags der EU-Kommission ist es, künftig die Niederlassungsfreiheit für Erbringer von Dienstleistungen sowie den freien Dienstleistungsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten nicht mehr zu behindern. Der Vorschlag deckt ein breites Spektrum von Dienstleis-

tungen ab. Er enthält auch eine Reihe von Ausnahmen, etwa die Finanzdienstleistungen, elektronische Kommunikationsdienste und -netze sowie die meisten Dienstleistungen im Verkehr. Er gilt für Erbringer von Dienstleistungen, die in einem Mitgliedstaat niedergelassen sind.

Drei Kernbereiche werden behandelt:

- Erleichterung der grenzüberschreitenden Niederlassung

  Hier geht es vor allem darum, die Verwaltung zu vereinfachen. Die Verfahren sollen beschleunigt und Genehmigungen nach klaren Fristen erteilt werden. Es sollen zentrale Kontaktstellen für alle notwendigen Informationen und Verwaltungsformalitäten eingerichtet werden. Der Zugang zum Binnenmarkt muss EU-weit diskriminierungsfrei und verhältnismäßig sein.

- Erleichterung der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen

  Kernelement ist das Herkunftslandprinzip in Verbindung mit der Entsende-Richtlinie. Das bedeutet: Wer in einem Mitgliedstaat rechtmäßig tätig ist, kann auch in einem anderen Mitgliedstaat tätig werden, ohne dafür zusätzliche Genehmigungen beibringen zu müssen. Allerdings gilt die Ausnahme vom Herkunftslandprinzip bei der Entsendung von Arbeitnehmern. Hier gelten die Mindestarbeitsbedingungen des Landes, in dem der Dienst erbracht wird. Vorausgesetzt, solche Mindestbedingungen (Arbeitsbedingungen und Löhne, Sicherheits- und Umweltschutz etc.) existieren in dem Land. Auch bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen gelten Ausnahmen.

- verbesserte Rechte der Empfänger von Dienstleistungen

  Hier sollen in Zukunft das Diskriminierungsverbot und die Informationsverpflichtung gelten sowie bei ärztlichen Behandlungen

im EU-Ausland die Erstattung der Kosten innerhalb der Grenzen des eigenen Systems möglich sein.

Weitere Schritte erforderlich

Der Richtlinienvorschlag wurde, vor allem in Deutschland und Frankreich, vielfach kritisiert – auch von der deutschen Regierung. In einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im November 2004 waren sich die Beteiligten einig, dass der Binnenmarkt für Dienstleistungen zwar weiter geöffnet werden muss. Sie unterstützten jedoch hohe Qualitäts- und Schutzanforderungen besonders im sozialen Bereich und beim Umwelt- und Verbraucherschutz, um fairen Wettbewerb zu garantieren.

Die im Europäischen Parlament zuständige Berichterstatterin Evelyne Gebhardt (SPD) legte Anfang April 2005 erste Änderungsvorschläge des federführenden Ausschusses des Europäischen Parlaments (EP) sowie Mitte Mai 2005 ihre 180 Änderungsanträge vor.

Die Hauptforderungen:

- Ersetzen des Herkunftslandprinzips durch den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung
- Herausnehmen aller wirtschaftlichen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse einschließlich der Gesundheitsdienstleistungen
- Ausdehnen der Aufgaben und Befugnisse der geplanten zentralen Anlaufstelle für die Unternehmen, um unter anderem die Umsetzung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung zu gewährleisten

Allerdings wird den Forderungen Gebhardts keine Chance eingeräumt, eine Mehrheit im Parlament zu finden.

Ja zum Binnenmarkt für Dienstleistungen

Der BTW steht der Vollendung des Binnenmarktes für Dienstleistungen positiv gegenüber. Die Branche erhofft sich dadurch Verbesserungen in zentralen Bereichen wie Akquisition von Arbeitskräften, grenzüberschreitenden Investitionen im Tourismus oder bei den Reiseleiterbehinderungen. Besonders befürwortet wird die so genannte „one-stop shop"-Lösung, bei der alle erforderlichen Genehmigungen an einer Stelle gebündelt werden.

Der aktuelle Stand und die Aktivitäten des BTW

Die BTW-Projektgruppe Reiseleitung hat auf EU-Ebene bei Reiseleiterbehinderungen auf verschiedene Weise interveniert. Die Daten und Fakten:

7. April 2003	Die EU-Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Frankreich wegen Verstoßes gegen die Anerkennung von Berufsqualifikationen für Fremdenführer ein
20. Januar 2004	Gespräch der EU-Beauftragten des BTW mit Dr. Margot Fröhlinger, EU-Kommission, GD Binnenmarkt, zum Thema Reiseleiterbehinderungen
21. Januar 2004	Pressemitteilung des BTW „Kommission geht gegen Reiseleiterbehinderungen in Italien vor"
25. Februar 2004	Die EU-Kommission legt einen Vorschlag für eine Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt (KOM/2004/2 endg.) vor
26. Oktober 2004	Die EU-Kommission leitet ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Italien wegen der Behinderung von Reiseleitern ein

11. November 2004	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz zur Dienstleistungsrichtlinie
20. Januar 2005	Der EuGH verurteilt Frankreich wegen des Verstoßes gegen die Anerkennung von Berufsqualifikationen für Fremdenführer
10. Januar 2005	Die luxemburgische Präsidentschaft legt dem Rat einen modifizierten Text vor
8. April 2005	Teil 1 des vorläufigen Berichts des federführenden EP-Ausschusses (Berichterstatterin Evelyne Gebhardt)
25. Mai 2005	Vorstellung des vorläufigen Berichts (Teile 1 und 2) der Berichterstatterin
29. Juni 2005	Der BTW erörtert das Thema bei seinem Antrittsbesuch bei EU-Vizepräsident Günter Verheugen

Kontakte und Ansprechpartner

Politik: EU-Kommission Generaldirektion Binnenmarkt, Direktion E.1

Verbände und Unternehmen im BTW: BTW

III. Mehrwertsteuer für Gastronomie senken

Für die Umsätze der Hotellerie und Gastronomie in Deutschland wird der allgemeine Steuersatz in Höhe von derzeit 16 Prozent angewendet. Imbissangebote zur Mitnahme, zum Beispiel von

Bäckereien, Metzgereien und Lebensmitteleinzelhandel sind dagegen nur mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz in Höhe von sieben Prozent belastet. Aufgrund europäischen Rechts wäre es zwar dem deutschen Gesetzgeber möglich, für Hotellerieumsätze den reduzierten Mehrwertsteuersatz zuzulassen. Dies gilt jedoch nicht für Umsätze der Gastronomie. Hier wäre zuvor eine Rechtsänderung auf EU-Ebene (Annex H der Mehrwertsteuerrichtlinie) erforderlich.

Aktuell wenden acht von 15 EU-Staaten den reduzierten Mehrwertsteuersatz auf Restaurationsumsätze an. Die EU-Kommission hat sich bereits für eine entsprechende Ausweitung des Annex H auf Restaurationsumsätze ausgesprochen. Eine entsprechende Entscheidung des so genannten ECOFIN-Rates (Rat der EU-Finanzminister) konnte bislang nicht herbeigeführt werden, da insbesondere Deutschland, aber auch Dänemark und Schweden sich bisher gegen die Aufnahme von Restaurationsumsätzen ausgesprochen hatten. Daher ist der so genannte Annex K (arbeitsintensive Dienstleistungen) bis zum 31. Dezember 2005 verlängert worden.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte am 18. Februar 2004 dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac endlich zugesagt, dass Deutschland die Einführung des reduzierten Satzes für Restaurationsumsätze in den EU-Staaten ab 1. Januar 2006 nicht länger blockieren will. Auf der ECOFIN-Tagung Anfang Juni ist jedoch keine Einigung erzielt worden.

Mehrwertsteuerrichtlinie ändern

Auf europäischer Ebene ist nach Ansicht des BTW der Annex H der Mehrwertsteuerrichtlinie dahin gehend zu ändern, dass auch für Restaurationsumsätze auf nationaler Ebene die Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes möglich ist. In einem zweiten

Schritt kann der deutsche Gesetzgeber nach Prüfen der Erfahrungen in anderen EU-Staaten, insbesondere in Frankreich, für alle gastgewerblichen Umsätze die Mehrwertsteuer reduzieren.

Der aktuelle Stand und die Aktivitäten des BTW

Seit elf Jahren gibt es zahlreiche Initiativen von DEHOGA Bundesverband, Hotelverband Deutschland IHA (Projekt 7 Prozent) und BTW. Die Daten und Fakten:

9. Juli 2002	Gespräch mit Frits Bolkestein, zuständiges Mitglied der EU-Kommission für den Binnenmarkt, in Brüssel
Februar/März 2003	Kooperationsvereinbarung mit dem VAT-Club Jacques Borel
16. Juli 2003	EU-Kommissionsvorschlag zur Ausweitung des Annex H
25. Juli 2003	Gespräch des DEHOGA Bundesverbandes mit Bundesfinanzminister Hans Eichel
13./14. Sept. 2003	Tagung des Rats der EU-Finanzminister (ECOFIN)
7. Oktober 2003	Tagung des Rats der EU-Finanzminister (ECOFIN)
	Anhörung des Europäischen Parlaments unter Beteiligung von Bernd Geyer, geschäftsführendes Präsidialmitglied des IHA
15. Oktober 2003	Erörterung im Tourismusausschuss des Deutschen Bundestages
23. Oktober 2003	Tourismuspolitischer Bericht der Bundesregierung im Deutschen Bundestag
25. November 2003	Keine Einigung im ECOFIN-Rat

12. Februar 2004	Verlängerung des Annex K bis zum 31. Dezember 2005 im ECOFIN-Rat
18. Februar 2004	Zusage von Bundeskanzler Gerhard Schröder gegenüber dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac, Deutschland werde die Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes in Frankreich zum 1. Januar 2006 nicht länger blockieren
9. März 2004	Erörterung bei der Tagung des ECOFIN-Rates
8. April 2004	Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium der Finanzen Karl Diller auf eine Anfrage von Klaus Brähmig MdB zur Haltung Deutschlands gegenüber der französischen Initiative
7. Juni 2005	Keine Einigung über Annex H im ECOFIN-Rat
Juni 2005	Aktionstage in Frankreich
29. Juni 2005	Erörterung beim Antrittsbesuch des BTW mit EU-Vizepräsident Günter Verheugen
31. Dezember 2005	Auslaufen des verlängerten Annex K

Kontakte und Ansprechpartner

Politik: EU-Kommission Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Verbände und Unternehmen im BTW: DEHOGA Bundesverband, Hotelverband Deutschland IHA

IV. Steuern auf Flugbenzin und Abgaben auf Flugtickets bringen Doppelbelastung

Der Vorschlag, Kerosin zu besteuern, ist nicht neu und lässt sich weit zurückverfolgen. Angeführt wird immer wieder, die Nichterhebung einer Mineralölsteuer sei eine Subvention. Dabei wird übersehen, dass die Finanzierung der Verkehrswegekosten des Luftverkehrs auf Nutzergebühren basiert. Die Erhebung von Gebühren und Steuern käme einer Doppelbelastung gleich. Dennoch wird auf nationaler Ebene wie auch im europäischen Kontext mit unterschiedlichen Argumenten immer wieder über die Einführung einer solchen Steuer nachgedacht.

Der jüngste Vorstoß kam vom französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos Ende Januar 2005, um aus den Einnahmen neue Finanzierungsquellen für die Entwicklungshilfe zu erschließen. Er forderte eine globale Solidaritätsabgabe auf Finanztransaktionen sowie eine Steuer auf Flugbenzin und Flugtickets. Hintergrund ist das Erreichen des so genannten Millennium-Zieles der Vereinten Nationen für die Entwicklungshilfe: Bis 2015 sollen insgesamt 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für Entwicklungshilfe ausgegeben werden. Deutschland und andere EU-Staaten machen dies jedoch von einer Gegenfinanzierung abhängig. Mitte April 2005 wurde in den zuständigen Bundesministerien über Möglichkeiten der Gegenfinanzierung beraten – unter anderem auch durch Luftverkehrssteuern.

Mitte Mai 2005 haben sich die EU-Finanzminister bei einem informellen Treffen aber entschieden, von einer Kerosinbesteuerung abzusehen und stattdessen eine freiwillige Sonderabgabe auf Flugtickets einzuführen. Wie diese Ticketabgabe konkret aussehen soll, wurde nicht geklärt. Stattdessen wurde die EU-Kommission aufge-

fordert, demnächst Vorschläge zu präsentieren. Allerdings weigerten sich die Kommissare auf ihrer Sitzung vom 1. Juni 2005 wegen der unpräzisen Vorgaben und der aus ihrer Sicht mangelnden Praktikabilität, einen solchen Vorschlag auszuarbeiten. Auf der Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN-Rat) am 7. Juni 2005 konnte keine Einigung erzielt werden. Im Gespräch sind zwei Euro pro Ticket.

Gravierende Argumente gegen eine Kerosinsteuer

Der BTW lehnt die Einführung einer europäischen Kerosinsteuer ab:

- Die Forderung verkennt, dass sich die Gesetzgeber weltweit für eine Nutzerfinanzierung des Luftverkehrs statt für eine Finanzierung aus dem Staatshaushalt entschieden haben. Die gewerbliche Luftfahrt ist deshalb nicht von der Mineralölsteuer „befreit", sondern bezahlt – als einziger Verkehrsträger – ihre Infrastrukturkosten über Gebühren und Entgelte selbst

- Ein Alleingang der EU bei der Kerosinsteuer bringt den globalen Luftverkehrsmarkt in eine Schieflage. Sie führt zu „Tankstellen-Drehscheiben" außerhalb der EU und damit zu einer massiven Wettbewerbsverzerrung auf europäischer und internationaler Ebene. Letztlich könnte eine solche Steuer nur global von allen ICAO-Gesellschaften erhoben werden

- Die Einführung würde auch nationalen Initiativen zuwiderlaufen. Der Bundesverkehrsminister hatte gerade erst die „Initiative Luftverkehr" für Deutschland ins Leben gerufen und in Berlin im Oktober 2004 einen Masterplan vorgestellt, um den deutschen Luftverkehrsstandort zu stärken und bestehende Wettbewerbsverteuerungen abzubauen

- Die deutsche Wirtschaft ist stark von der Ausfuhr abhängig. Mit einer Exportquote von rund 40 Prozent nimmt Deutschland einen Spitzenplatz in Europa ein. Dabei spielt Luftfracht eine immer größere Rolle. Ihr Anteil entspricht knapp 31 Prozent des exportierten Warenwerts

- Gerade der Luftverkehr ist für viele Entwicklungsländer eine Schlüsselindustrie. Tourismus ist oft ihre Haupteinnahmequelle. Luftfracht ermöglicht ihnen die Teilnahme am Welthandel. Eine Kerosinsteuer gefährdet genau diese Potenziale, da sich die Preise erhöhen würden

- Auch der Umwelt bringt eine Kerosinsteuer nichts. Eine CO_2-Reduktion ist durch mehr Kapazitäten an Flughäfen und im Luftraum und somit weniger Warteschleifen viel besser erreichbar

Eine Abgabe auf Flugtickets diskriminiert und verzerrt den Wettbewerb

- Eine Sonderabgabe auf Flugtickets ist diskriminierend und wettbewerbsverzerrend. Sie trifft deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb und belastet die Verbraucher zusätzlich. Die EU-Finanzminister greifen willkürlich eine Personengruppe heraus, die für eine Gemeinschaftsaufgabe bezahlen soll. Entwicklungshilfe jedoch ist eine originäre Staatsausgabe, die von allen gemeinsam über Steuern zu finanzieren ist

- Das Thema steht möglicherweise im Zusammenhang mit dem Streben der Bundesregierung nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Der Versuch, die Mehrheit in der UN-Vollversammlung auf Kosten einer bestimmten deutschen Branche gewinnen zu wollen, wäre nicht nur für die deutsche Wirtschaft fatal, sondern auch für die Entwicklungsländer. Gerade Touristen leisten durch

ihre Ausgaben einen großen Beitrag für die Entwicklungs- und Schwellenländer. 2004 sind 57,3 Millionen Fluggäste von Deutschland aus ins Ausland gestartet – elf Prozent mehr als im Vorjahr

- Zweifelhaft ist zudem, ob die Bundesregierung überhaupt einer verpflichtenden Regelung zustimmen könnte. In Deutschland gibt es klare verfassungsrechtliche Vorgaben für das Erheben von Steuern und Gebühren

Der aktuelle Stand und Aktivitäten des BTW

26. Januar 2005	Der französische Staatspräsident Jacques Chirac fordert auf dem Eröffnungstag des Weltwirtschaftsgipfels in Davos eine globale Solidaritätsabgabe auf Finanztransaktionen sowie eine Steuer auf Flugbenzin und Flugtickets
7. Februar 2005	Beim Treffen der G7-Finanzminister in London werden bei den Diskussionen über einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder Überlegungen zur Einführung spezieller Steuern angestellt, die zusätzliche Mittel für die Entwicklungshilfe freisetzen würden. Der Vorsitzende des EU-Rates der Finanzminister Jean-Claude Juncker teilt mit, dass die EU erwägt, eine EU-Steuer auf Kerosin zu erheben
8. Februar 2005	Pressemitteilung des BTW: „Hände weg von einer europäischen Kerosinsteuer!“
10. März 2005	Scharfe Kritik des BTW an den Brüsseler Besteuerungsplänen beim Pressegespräch zur Eröffnung der ITB in Berlin

11. April 2005	Die zuständigen Bundesministerien beraten Möglichkeiten zur Erhöhung der Entwicklungshilfe, unter anderem durch Luftverkehrssteuern
14. Mai 2005	Die EU-Finanzminister einigen sich bei einem informellen Treffen auf die Einführung einer freiwilligen Sonderabgabe auf Flugtickets
17. Mai 2005	Pressemitteilung des BTW: „Absage an EU-Finanzminister: keine Zusatzbelastung für Flugreisende!“
1. Juni 2005	Die EU-Kommission weigert sich, einen Vorschlag für die Tagung der EU-Finanzminister vorzubereiten
7. Juni 2005	Keine Einigung über Ticketabgabe im ECOFIN-Rat
29. Juni 2005	Der BTW erörtert das Thema bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission Günter Verheugen

Kontakte und Ansprechpartner

Politik: Bundesministerium der Finanzen (BMF), Auswärtiges Amt, Bundeskanzleramt

Verbände und Unternehmen im BTW: Deutscher Reisebüro und Reiseveranstalter Verband (DRV), Deutsche Lufthansa, Deutsches Verkehrsforum

V. Subventionen im Markt der Airlines verzerren den Wettbewerb

Theoretisch ist der Markt der europäischen Fluggesellschaften weitgehend liberalisiert. Faktisch jedoch springt der Staat noch oft ein, vor allem durch Staatsbeihilfen für Fluggesellschaften und öffentliche Mittel für Regionalflughäfen. Es gibt einige Länder, in denen Luftfahrtunternehmen massiv subventioniert werden. So haben sechs europäische Staaten (Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien) ihre Luftfahrtunternehmen seit 1991 mit rund neun Milliarden Euro unterstützt. Die USA haben ihren Airlines seit 2001 über zwölf Milliarden US-Dollar gezahlt. Deutschland ist diesem Weg nicht gefolgt.

Im Oktober 2004 traten neue Leitlinien der EU zur Gewährung von „Sofort- und Umstrukturierungsbeihilfen" in Kraft. Sie haben die Standards, nach denen der Staat aktiv werden darf, verschärft. Aber auch schon der 400-Millionen-Euro-Überbrückungskredit für die angeschlagene Alitalia, die der italienische Staat dem Konzern 2004 gewährt hatte, wurde von der EU-Kommission im Juli 2004 nur unter strengen Auflagen genehmigt: Der Staatsanteil der Airline muss binnen zwölf Monaten auf 49 Prozent gesenkt werden und der Kredit zurückgezahlt werden. Innerhalb von sechs Monaten ist ein Sanierungsplan vorzulegen.

Nachdem acht europäische Airlines die EU-Kommission in einem „Brandbrief" aufgefordert hatten, gegen Alitalia vorzugehen, um mögliche neue illegale Staatsbeihilfen (nach 1996/97) zu vermeiden, leitete die EU-Kommission Mitte Januar 2005 ein förmliches Prüfverfahren für den Sanierungsplan ein. Die Fluggesellschaften wurden im Mai 2005 erneut vorstellig, da die italienische Fluggesellschaft mehrfach Auflagen verletzt hatte. So bietet sie neue Strecken an, ohne dafür alte stillzulegen. Ihre Dumping-Tarife können nur dank

staatlicher Unterstützung angeboten werden. Anfang Juni 2005 billigte die EU-Kommission die Kapitalerhöhung um 1,2 Milliarden Euro als Teil des Sanierungsplans, da sie darin keine unerlaubte Beihilfe des Staates feststellen konnte. Europäische Fluggesellschaften erwägen rechtliche Schritte gegen diese Entscheidung.

In seinem Urteil vom 12. Mai 2005 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass die griechische Regierung nicht alle Maßnahmen ergriffen hat, von Olympic Airways die im Jahr 2002 unzulässig gewährten Beihilfen in Höhe von rund 194 Millionen Euro wieder zurückzufordern. Damit bestätigte der EuGH eine Klage der EU-Kommission, die schon Ende 2002 festgestellt hatte, dass Athen diese Beihilfen rechtswidrig gewährt hat.

Nein zu Subventionen für Regionalflughäfen

Flughäfen sind, wie andere Verkehrsinfrastrukturen auch, Einrichtungen der Daseinsvorsorge, für deren Vorhaltung die öffentliche Hand Verantwortung trägt. In Deutschland werden die Kosten für die Flughafeninfrastruktur durch Entgelte gedeckt – so eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) aus dem Jahr 2001.

Anfang Februar 2005 hat die EU-Kommission einen Entwurf neuer Leitlinien zur Flughafen- und Anschubfinanzierung für Airlines vorgelegt. Die Kernaussagen: Anlaufbeihilfen zugunsten neuer Flugverbindungen auf nicht ausgelasteten Regionalflughäfen sind zulässig. Sie müssen aber transparent und zeitlich befristet sein. Jede Bevorzugung eines Einzelunternehmens ist zu vermeiden. Ziel ist, Regionalflughäfen und umliegende Gebiete zu fördern, zugleich jedoch fairen Wettbewerb unter den Fluglinien sowie die Gleichbehandlung von Luftfahrtunternehmen durch Flughäfen sicherzustellen. In dem Entwurf wird befürwortet, dass maximal 50 Prozent der durch neue Flugverbindungen entstehenden zusätzlichen Kosten über

einen Zeitraum von drei – in Fällen besonders benachteiligter Regionen von höchstens fünf – Jahren vom Staat als Zuschuss gewährt werden dürfen. Von diesen Starthilfen darf nicht nur eine bestimmte Fluggesellschaft profitieren.

Für wirtschaftlich stärkere Regionen empfiehlt die Kommission Obergrenzen von 30 Prozent mit dreijähriger Laufzeit. Die neuen Regeln zielen auf Flughäfen mit weniger als fünf Millionen Passagieren pro Jahr. An mittelgroßen Airports verkehrende Fluggesellschaften sollen nur unter eingeschränkten Bedingungen staatliche Zuschüsse erhalten dürfen, während der Kommissionsentwurf Startbeihilfen für Airlines an Flughäfen mit mehr als zehn Millionen Fluggästen ausschließt.

Das Papier ist Grundlage eines Konsultationsverfahrens mit den Mitgliedstaaten, zu dem auch die Luftfahrtindustrie und die Verbände bis Anfang März 2005 Stellung beziehen konnten. Im Sommer 2005 will die EU-Kommission dann endgültig über Leitlinien für die staatliche Subventionierung neuer Flugverbindungen befinden. Es bleibt abzuwarten, welche wettbewerbsrechtlichen Beschlüsse die Kommission dann fasst.

Hintergrund der Initiative ist eine im Februar 2004 getroffene Entscheidung der EU-Kommission zu den von der belgischen Region Wallonien der irischen Fluglinie Ryanair am Flughafen Charleroi gewährten Beihilfen. Darin wurden rund drei Viertel der gezahlten staatlichen Subventionen als illegal eingestuft.

Beihilfen an Airlines führen zu Preis-Dumping

Subventionen schaffen Überkapazitäten, führen zu Preis-Dumping und gefährden Fluggesellschaften, die ohne staatliche Mittel auskommen. Damit verhindern staatliche Beihilfen die dringend erfor-

derliche Konsolidierung der europäischen Luftfahrtindustrie. Das Eingreifen des Staates ist auch keine nachhaltige Lösung, um strukturell in Schieflage geratene Fluggesellschaften zu stabilisieren. Im Gegenteil: Die Vergangenheit zeigt, dass diese Airlines trotz kurzfristiger staatlicher Finanzspritzen nicht dauerhaft bestehen können. Sabena und Swissair sind prominente Beispiele. Gesunde Unternehmen und deren Arbeitsplätze werden durch diese Interventionen gefährdet.

Subventionen für Regionalflughäfen – Bärendienst für die Infrastruktur

Der Entwurf der EU-Leitlinie muss grundlegend überarbeitet werden, um fairen Wettbewerb zu ermöglichen. Unter dem Deckmantel regionaler Strukturförderung werden die Bestrebungen lokaler Politiker, mit der Förderung von Regionalflughäfen die Wirtschaft ihrer Region anzukurbeln, nun auch noch von der EU unterstützt. Statt Beihilfen in diesem Bereich zu begrenzen, wird mit dem Entwurf der Leitlinie genau das Gegenteil erreicht:

- In der Konsequenz entstehen noch mehr Kleinstflughäfen, die ihre steuerfinanzierte Infrastruktur den Billigfliegern zum Nulltarif anbieten. Dabei tragen Low-Cost-Anbieter meist kaum oder gar nicht zur Finanzierung der Flughäfen bei. Sie kassieren aber die Erlöse der neuen Strecken. Trotz steigender Passagierzahlen steigen die Defizite bei den Kleinstflughäfen. Beispiel Dortmund: Seit der Einführung neuer Easyjet-Strecken haben sich die Verluste fast verdoppelt – Tendenz steigend

- Das Papier teilt den Luftverkehr in zwei Bereiche: Die „Netz"-Airlines und große Flughäfen sollen sich im freien Wettbewerb behaupten. Für Billig-Airlines und Kleinstflughäfen gelten hingegen andere Spielregeln – hier sollen Subventionen zugelassen

werden. Tatsächlich ist der Luftverkehr jedoch ein gemeinsamer Markt. Passagiere, die von subventionierten Billigangeboten angelockt werden, fehlen den Airlines und Flughäfen, die im Wettbewerb stehen und volkswirtschaftlichen Mehrwert schaffen

- Zudem erweist die vermeintliche Wirtschaftsförderung strukturschwachen Regionen einen Bärendienst: Die regionalen Anbieter müssen nun mit Shoppingmeilen in Paris oder London konkurrieren. Für die Region verfügbare Kaufkraft wird nicht gestärkt, sondern geschwächt

Fazit: Sonderkonditionen für Billigflieger dürfen nicht dauerhaft aus öffentlichen Kassen ausgeglichen werden. Luftverkehrspolitik ist eine nationale Aufgabe. Sie darf nicht den Bedürfnissen regionaler Wirtschaftsförderung folgen, die zu einer Zersplitterung des Luftverkehrs in Deutschland und damit zu Lasten aller Flughafenstandorte geht

Der aktuelle Stand und die Aktivitäten des BTW

3. Februar 2004	Die EU-Kommission fordert die Rückzahlung der an Ryanair gezahlten Subventionen am Flughafen Charleroi für die Jahre 2001 bis 2003
19. Juli 2004	Die EU-Kommission genehmigt einen Überbrückungskredit für Alitalia unter strengen Auflagen
19. Januar 2005	Die EU-Kommission leitet ein förmliches Prüfverfahren gegen den Sanierungsplan für Alitalia ein
8. Februar 2005	Die EU-Kommission legt den Entwurf für „Gemeinschaftliche Leitlinien für die Finanzierung

	von Flughäfen und die Gewährung staatlicher Anlaufbeihilfen für Luftfahrtunternehmen auf Regionalflughäfen“ zur Konsultation vor
7. März 2005	Die Konsultationsfrist läuft ab
Mai 2005	Lufthansa und sieben weitere europäische Airlines fordern die EU-Kommission erneut auf, gegen Alitalia vorzugehen
12. Mai 2005	Der EuGH fällt sein Urteil zur Rückforderung von unzulässigen Beihilfen in Höhe von 194 Millionen Euro an Olympic Airways
7. Juni 2005	Die EU-Kommission genehmigt eine Kapitalerhöhung für Alitalia als Teil des Sanierungsplans
29. Juni 2005	Der BTW erörtert das Thema bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission Günter Verheugen

Kontakte und Ansprechpartner

Politik: EU-Kommission Generaldirektion Transport und Energie

Verbände und Unternehmen im BTW: Deutsche Lufthansa, Deutsches Verkehrsforum

VI. Mehrwertsteuer-Befreiung im grenzüberschreitenden Verkehr (Straße, Schiene, Luft)

Nur Tickets für internationale Flüge sind von der Mehrwertsteuer befreit. Diese weltweit geltende Regelung dient der Harmonisierung des Luftverkehrsmarktes und ist Bestandteil des Abkommens über

die internationale Zivilluftfahrt (Chicagoer Abkommen vom 7. Dezember 1944, Artikel 15). Dieses Abkommen, dem die Bundesrepublik Deutschland 1956 beigetreten war, regelt somit detailliert die Voraussetzungen für die Teilnahme der Unterzeichnerstaaten am internationalen Luftverkehr. Rein innerdeutsche Flüge unterliegen – wie Bahn- und Busreisen – dem vollen Mehrwertsteuersatz.

Anfang Dezember 2002 legte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen vor. Er sah unter anderem vor, innerdeutsche Streckenanteile bei grenzüberschreitenden Flügen zu besteuern. Diese Gesetzesänderung sollte alle Unternehmen betreffen, die solche Flüge von einem ausländischen zu einem deutschen Flughafen oder von einem ausländischen zu einem anderen ausländischen Flughafen über Deutschland hinweg vornehmen. Bei einer Umsatzbesteuerung des auf Deutschland entfallenden Anteils wäre es unbeachtlich, ob der Flugschein in Deutschland oder im Ausland verkauft wird. Geplant war, dass ausländische Fluggesellschaften, die in Deutschland steuerpflichtige Umsätze erzielen, wie alle anderen hier tätigen Unternehmer Umsatzsteuer-Voranmeldungen sowie eine Umsatzsteuererklärung bei dem für sie zuständigen Finanzamt abgeben müssen. Die Umsatzsteuer-Mehreinnahmen schätzte die Regierung auf 500 Millionen Euro im ersten Jahr.

Nachdem der Bundesrat Mitte Januar 2003 den Gesetzentwurf abgelehnt hatte, wurde im April 2003 im Vermittlungsausschuss ein Steuerkompromiss getroffen, der die Aufhebung der Umsatzsteuerbefreiung für grenzüberschreitende Passagierflüge nicht mehr vorsah.

Im Januar 2005 griff die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen anlässlich einer Klausurtagung in Wörlitz das Thema im Zusammenhang mit einer ökologischen Finanzreform wieder auf. Gefordert

wurden die Gleichbehandlung der Verkehrsträger und der Abbau ökologisch schädlicher Subventionen. Geplant wurde die Halbierung der Mehrwertsteuer auf Bahnfahrten noch in der laufenden Legislaturperiode. Durch die Einführung der Mehrwertsteuer auf grenzüberschreitende Flüge sollte das Vorhaben gegenfinanziert werden.

Auch in Brüssel wird das Thema im Zusammenhang mit der Novellierung der Bestimmungen zur Mehrwertsteuer diskutiert (Besteuerung nach dem Herkunftslandprinzip). Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, die anderen EU-Mitgliedstaaten davon zu überzeugen, ebenfalls auf die Steuerbefreiung für die grenzüberschreitenden Personenbeförderungen im Luftverkehr zu verzichten. Damit wäre eine einheitliche Umsatzbesteuerung derselben Flugstrecke sichergestellt, so dass es nach Meinung der Bundesregierung nicht zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten deutscher Fluggesellschaften käme.

Deutscher Alleingang würde großen Schaden anrichten

Ein Alleingang Deutschlands würde auf ein einseitiges Aufheben der weltweit einheitlichen Mehrwertsteuerbefreiung für solche Flüge hinauslaufen. Nicht nur Flugtickets, auch Pauschalreisen ins Ausland würde ein solches Gesetz verteuern und dem Wirtschaftsstandort Deutschland schweren Schaden zufügen. Auch der Verlust von Arbeitsplätzen an deutschen Flughäfen wäre die Folge eines Abwanderns deutscher Passagiere zu leicht erreichbaren Airports in europäischen Nachbarländern. So hätten eine Million abwandernde Passagiere den Verlust von rund 1.000 Arbeitsplätzen zur Folge.

Die Umsetzung stellt sich auch als nicht praktikabel heraus. So ist nicht klar, wie etwa – speziell bei kurzfristigen Routenänderungen zum Umfliegen von Schlechtwetterfronten oder bei unvorhersehbaren Warteschleifen – das steuerpflichtige inländische Streckensegment ermittelt werden soll. Wie wäre im Charterbereich zu ver-

fahren, wenn Flugpreise nicht nach Entfernung, sondern nach Kapazitätsauslastung berechnet werden? Eine alternative Pauschalierung ist nur flugpreisbezogen denkbar, nach der Rechtsprechung des EuGH jedoch unzulässig.

Angesichts der bei grenzüberschreitenden Flügen durchschnittlich längsten inländischen Streckenanteile käme es ferner zu einer steuerlichen Benachteiligung Mittel- und Ostdeutschlands. Während die geplante Mehrwertsteuer für grenzüberschreitende Flüge wegen des Vorsteuerabzugs für Geschäftsreisende und den Fiskus auf ein Nullsummenspiel hinausliefe, würden Privatkunden voll zur Kasse gebeten.

Wird die Steuerbefreiung aufgehoben, müssen sich aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit und Steuergerechtigkeit sämtliche Fluggesellschaften, die den deutschen Luftraum nutzen, in Deutschland registrieren lassen. Das lückenlose Erfassen und Besteuern ausländischer Carrier ist – wenn überhaupt – nur unter sehr großen Schwierigkeiten möglich. Busse und Bahnen im grenzüberschreitenden Verkehr von der Mehrwertsteuer zu befreien, ist dagegen aus Wettbewerbsgründen geboten.

Der aktuelle Stand und die Aktivitäten des BTW

3. Dezember 2002	Die Bundesregierung legt einen Gesetzentwurf zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen vor. (Bundestagsdrucksache 15/119)
13. Januar 2003	Der Bundesrat lehnt den Gesetzentwurf ab
14. Januar 2003	Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zu Auswirkungen der geplanten Besteuerung grenzüberschreitender Flüge auf die Tourismuswirtschaft

15. Januar 2003	Anhörung des BTW im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, Pressemitteilung des BTW
12. Februar 2003	Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion: Der Bundesregierung sind keine Staaten bekannt, die auf grenzüberschreitende Flüge eine Mehrwertsteuer erheben
11. April 2003	Der Vermittlungsausschuss kippt die Aufhebung der Mehrwertsteuer-Befreiung für grenzüberschreitende Flüge
13. Januar 2005	Wörlitzer Erklärung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen
10. März 2005	Scharfe Kritik des BTW an den Brüsseler Besteuerungsplänen im Pressegespräch zur Eröffnung der ITB
4. April 2005	Die Frist für Stellungnahmen zum Konsultationspapier der EU-Kommission zum Thema „Mehrwertsteuer-Ort der Dienstleistung“ läuft ab
29. Juni 2005	Der BTW erörtert das Thema bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission Günter Verheugen

Kontakte und Ansprechpartner

Politik: Bundesministerium der Finanzen (BMF), EU-Kommission Generaldirektion Steuern und Zollunion

Verbände und Unternehmen im BTW: Deutscher Reisebüro und Reiseveranstalter Verband (DRV), Deutsches Verkehrsforum

VII. Bei der Drittschadenhaftung Nachteile gegenüber US-Unternehmen

Nach den Terroranschlägen im Luftverkehr in den USA hat sich die EU mit den Versicherungsanforderungen an Luftfahrtunternehmen befasst. In der Verordnung (EG) Nr. 785/2004 vom 21. April 2004 über Versicherungsanforderungen an Luftfahrtunternehmen und Betreiber von Luftfahrzeugen hat sie ein Mindestversicherungs-Niveau festgelegt, das zur Deckung der Haftung der Airlines für die Schädigung von Fluggästen, Gepäck, Fracht und Dritten ausreicht.

Durch die Verordnung werden die Luftfahrtunternehmen und Betreiber von Luftfahrzeugen verpflichtet, einen Versicherungsschutz für Fluggäste, Gepäck, Fracht und Dritte abzuschließen, um die mit der Luftfahrttätigkeit verbundenen Risiken abzudecken. Eingeschlossen sind die Risiken von Kriegshandlungen, Terrorakten, Entführungen, Sabotage, unrechtmäßiger Inbesitznahme von Luftfahrzeugen und Aufruhr. Für die Haftpflichtversicherung für Dritte gelten festgelegte Mindestdeckungssummen je Versicherungsfall für jedes Luftfahrzeug.

Die Verordnung lässt die Vorschriften über die Haftung aufgrund internationaler Übereinkommen, des Gemeinschaftsrechts und einzelstaatlicher Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten unberührt. Für US-Airlines fällt die Drittschadenhaftung unter die Staatshaftung.

BTW fordert Gleichbehandlung

Der Wettbewerb im internationalen Verkehrsmarkt findet hauptsächlich zwischen den Fluggesellschaften selbst statt. Die Verpflichtung der EU-Carrier, selbst eine Versicherung zur Deckung der Drittschadenhaftung abzuschließen, ist ein klarer Wettbewerbsnachteil gegenüber den US-Unternehmen, bei denen der Staat für die

Kosten aufkommt. Um Wettbewerbsverzerrungen auf dem größten Luftverkehrsmarkt der Welt (EU/USA) zu vermeiden, ist international eine Gleichbehandlung einzufordern.

Der aktuelle Stand und die Aktivitäten des BTW

21. April 2004	Die Verordnung (EG) Nr. 785/2004 über Versicherungsanforderungen an Luftfahrtunternehmen und Luftfahrzeugbetreiber wird erlassen
1. September 2004	Pressemitteilung des BTW: „Staatliche Garantien für Terrorrisiken im Luftverkehr sind angemessen“
29. Juni 2005	Der BTW erörtert das Thema bei seinem Antrittsbesuch in Brüssel mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission, Günter Verheugen

Kontakte und Ansprechpartner

Politik: EU-Kommission Generaldirektion Transport und Energie

Verbände und Unternehmen im BTW: Deutsches Verkehrsforum

Aktivitäten des BTW auf europäischer Ebene

Treffen der EU-Beauftragten des BTW 2004 in Brüssel

Gespräch bei EU-Vizepräsident Günter Verheugen 2005 in Brüssel

Partner Europäische Kommission

Partner Europäisches Parlament (EP)

Partner Europäisches Beratungszentrum der Deutschen Wirtschaft (EBZ)

Bürokratie und Wettbewerbsbehinderungen in der EU Eine BTW-Dokumentation mit Beispielen

Der BTW zwischen Politik und Wirtschaft

Treffen der EU-Beauftragten des BTW am 9. Dezember 2004 in Brüssel

Die EU-Beauftragten des BTW sind am 9. Dezember 2004 im Europäischen Parlament in Brüssel zusammengekommen. Im Gespräch mit Dr. Dieter-Leprecht Koch MdEP, tourismuspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, wurde festgestellt, dass sich aufgrund der neuen EU-Parlamentsausrichtung seit April 2004 keine wesentlichen Gesetzesinitiativen entwickelt hätten. Die Ausrichtung des neuen Parlaments sei im Wesentlichen industrie- und wirtschaftsorientierter geworden.

Dr. Koch stellte klar, dass die Tourismuswirtschaft bei der EU in der Generaldirektion (GD) Unternehmen unter Kommissar Günter Verheugen angesiedelt sei und Tourismusfragen von Francesco Ianiello im Tourismusreferat koordiniert würden. In Sachen Tourismus und Verkehrsfragen allgemein sei eine Vernetzung zwischen der GD 3 und der GD 5 erforderlich, wobei in dem neuen Vertrag über eine Verfassung für Europa der Tourismus im Artikel III – 281 allerdings ausdrücklich erwähnt sei.

Kommunikation zwischen den Generaldirektionen verbessern

Über tourismusspezifische Belange informierte auch Horst Reichenbach, Generaldirektor der EU-Kommission. So sei die Garantie eines Informationsflusses und regelmäßigen Informationsaustausches zwischen den tangierten Generaldirektionen (GD) sicherzustellen und die Gegenzeichnungspflicht der GD für wesentliche Eingaben zu verbessern.

Weiterhin sei die Reduzierung der Vergabe an Auftragsarbeiten durch die Kommission voranzutreiben, insbesondere in der Tourism-Unit. Reichenbach sprach sich für die Empfehlung aus, ein impact assessment einzuführen und das Benchmarking zu erhöhen. Er forderte außerdem mehr Unterstützung bei der Thematik Wettbewerbsverzerrung für Airport-Infrastrukturen und Luftsicherheit.

Durch die Erweiterung der EU werde auf der Nachfrage- und Angebotsseite großes Potenzial gesehen, wobei das Subsidiaritätsprinzip weiterhin gelte und die nachhaltige Tourismusförderung Priorität habe. Mit Blick auf den Tourismus ließen sich in der GD 3 folgende Schwerpunkte setzen:

- Wachstum und Beschäftigung als wesentliches Ziel der GD-Tätigkeit für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und Anstreben einer horizontalen Koordinierungsrolle
- Innovationen und Integration der Informationstechnologien in Unternehmen
- Förderung des Finanzierungsbewusstseins kleiner und mittlerer Betriebe (Basel II)

Als Forderungen seitens der Tourismuswirtschaft wurden die frühzeitige Einbeziehung in relevante Themen wie Denied Boarding oder Internet-/Online-Buchungen und die Verbesserung der Rahmenbedingungen durch Bürokratieabbau und Folgenabschätzung für Wettbewerbssicherung gestellt. Um durch Transparenz der unterschiedlichen EU-Vorhaben eine wirtschaftliche Planbarkeit zu erhalten, werde der neue Ansprechpartner für die zentrale Koordination der horizontalen Aufgaben seitens der Kommission benannt. Auch das Thema „Gegenseitiger Wettbewerbsaustausch“ werde von den offiziellen Vertretern der Volksrepublik China nicht zur offenen Erörterung freigegeben.

Mit Edgar Thielmann, Referatsleiter und Head of Unit „Transeuropäische Netze“ der GD Verkehr der EU-Kommission, wurden konkrete Maßnahmen des Weißbuchs Transeuropäische Netze (TEN) erörtert. Die TEN wurden 1993 in Maastricht beschlossen und 1996 konkretisiert. Sie umfassen unter anderem Themen wie die Öffnung der

Schienennetze, den Single European Sky, die Verkehrssicherheit und Infrastrukturfragen wie die Mauteinführung zur Kompensierung externer Kosten.

Thielmann zeigte auf, dass für das gesamte Netz 600 Milliarden Euro zur Verfügung stünden, davon 225 Milliarden für die prioritären Projekte. Davon bereits realisiert worden seien die Schienenstrecke Irland, die Öresund-Brücke und der Flughafen Malpensa in der Lombardei. Noch vorgesehene Projekte seien eine neue Bahnlinie von Finnland via Estland, Lettland, Litauen und Polen nach Deutschland sowie die Hochgeschwindigkeitszüge zwischen Spanien und Frankreich.

Eine Überprüfung der TEN sei 2010 vorgesehen, im Jahr 2004 lag der Bereich „Straße" im Plan, die „Schiene" jedoch noch unter Plan. Die neue High Level Group solle ab 2005 von Loyola de Palacio geleitet werden. Vorgesehen seien auch Konsultationen der Wirtschaft und Wissenschaft mit staatlichen Vertretern aus Drittstaaten und von Banken.

Thielmann sprach auch EU-Aktivitäten wie das Bereitstellen von Fördermitteln für Aviation-Projekte an. Diese gestalteten sich schwierig, da für privatwirtschaftlich orientierte Unternehmen – unter anderem Flughäfen – keine öffentlichen Mittel bereitstünden. Im Airport-Bereich gebe es lediglich die Möglichkeit, „Zulaufprojekte" im Sinne der Anbindung an Schiene und Straße zu fördern. Auf Anregung der EU-Beauftragten des BTW solle eine Zukunfts-Agenda analog einem Bundeswegeplan angestrebt werden, um Luftverkehrs-Infrastrukturen sinnvoll zu fördern und auszugestalten.

Gespräch bei Günter Verheugen am 29. Juni 2005 in Brüssel

Bürokratieabbau – Priorität für die Tourismuswirtschaft

Ein Kernthema des Gesprächs war für den BTW der Bürokratieabbau in Europa. Verheugen machte deutlich, dass Bürokratieabbau zu den Schwerpunkten seiner Arbeit gehöre, da Bürokratie ein reales und psychologisches Hemmnis im Wirtschaftsprozess sei.

Von der EU-Kommission seien drei Maßnahmen in Gang gesetzt worden:

- Alle Richtlinienentwürfe im Gesetzgebungsverfahren kommen auf den Prüfstand (impact assessment)
- Das bestehende Regelwerk wird durchforstet und sektoral abgearbeitet. Bisher seien das unter anderem die Bereiche Kraftfahrzeug, Bau und Abfall. Die Tourismuswirtschaft könne man in diesem Prozess mit Priorität behandeln.

An dem Spitzengespräch des BTW mit EU-Vizepräsident Günter Verheugen nahmen teil: Klaus Laepple als BTW- und DRV-Präsident sowie Dr. Volker Böttcher, Vorsitzender der Geschäftsführung TUI Deutschland GmbH; Ernst Fischer, Präsident Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband); RA Christian Ehlers, BTW-Generalsekretär; Klaus-Heiner Lehne, EU-Beauftragter des BTW; Ulrich Rüter, Geschäftsführer des BTW, sowie Michael Rabe, Berater des BTW

EU-Vizepräsident Günter Verheugen im Gespräch mit Klaus Laepple, BTW- und DRV-Präsident, sowie RA Christian Ehlers, BTW-Generalsekretär

- Alle neuen Gesetzgebungsinitiativen müssten zwingend auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen hin untersucht werden (business impact assessment).

Der BTW überreichte Verheugen ein Positionspapier zum Bürokratieabbau. Damit kam er der Initiative der EU-Kommission entgegen. Die Tourismuswirtschaft ist als Querschnittsbranche besonders auf eine branchenübergreifende Folgenabschätzung von Gesetzgebungsinitiativen angewiesen, um die Wettbewerbsfähigkeit europaweit und international nicht zu behindern oder zu beschweren. Verheugen ging davon aus, dass die geplante Dienstleistungsrichtlinie „mit etwas Glück“ Ende 2005/Anfang 2006 kommen werde. Allerdings seien im Rahmen des Binnenmarktprinzips noch Korrekturen zum Country-Prinzip bzw. Origin-Prinzip erforderlich.

Eine Mehrwertsteuersenkung für die Gastronomie, so Verheugen, sei kein Problem für die EU-Kommission. Aus EU-Sicht würde der

Binnenmarkt dadurch nicht gestört. Vielmehr sei die Frage, wie eine neue Regierung in Deutschland mit dem Problem umginge. Er sah in der Freigabe für die Mitgliedsländer keine Störung des Binnenmarktes. Das Thema solle auf der ECOFIN-Sitzung im Herbst 2005 nochmals aufgegriffen werden.

Offenes Ohr für Mobilitäts-Themen

Als neuralgische Punkte beim Thema Mobilität wurden vom BTW die Besteuerung von Flugbenzin und Abgaben auf die Flugtickets angesprochen. Thematisiert wurden auch der Abbau wettbewerbsverzerrender Subventionen im Airline-Markt, die Mehrwertsteuer-Befreiung im grenzüberschreitenden Verkehr (Straße, Schiene, Luft) und die Drittschadenhaftung der USA.

Verheugen zeigte Verständnis für die Belange des Tourismus – im Bereich Leisure wie auch im Bereich Geschäftsreisen. Der Druck komme aus den einzelnen Mitgliedsländern. Problematisch seien Zusagen zur öffentlichen Entwicklungshilfe. Es bestehe keine Absicht der EU-Kommission, Flugtickets mit einer Sondersteuer zu belasten. Allerdings befinde sich die Sache im Konsultationsverfahren. Aus Sicht der EU-Kommission spreche auch nichts gegen eine Reduzierung der Steuerbelastung des Reisebus- bzw. des Schienenverkehrs.

Weniger regulieren – mehr liberalisieren

Die deutsche Tourismuswirtschaft erwartet von der EU-Kommission weniger Regulierung und mehr Liberalisierung. Es sei für die Branche unerlässlich, aussagekräftiges Zahlenmaterial zu liefern. Bei der Novellierung der Statistik-Richtlinie müsse daher unbedingt das Thema Geschäftsreisen behandelt werden.

Der BTW stellte beim Gespräch mit Verheugen heraus, dass viele Gesetzgebungsinitiativen zu sehr ins Detail gingen und unzurei-

chend auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen hin untersucht würden (fehlendes business impact assessment). Gerade im Sektor Mobilität sei nach wie vor die Tendenz zur Überregulierung festzustellen. Dies führe zu gravierenden operationellen und wirtschaftlichen Belastungen der Tourismuswirtschaft. Zuweilen bringe auch die Umsetzung in nationales Recht Überregulierung und Wettbewerbsverzerrung. Mit Blick auf die Bundestagswahl am 18. September 2005 verband der BTW die Hoffnung, dass es der deutschen Politik gelingen werde, Wachstum und Arbeitsplätzen einen ebenso hohen Stellenwert einzuräumen, wie es in der EU-Kommission der Fall sei.

Der BTW als politischer Mitgestalter
Partner Europäische Kommission

Die EU-Kommission ist im politischen System der Europäischen Union die „Regierung“ und als solche für das Vorschlagen von Gesetzen und das Überwachen ihrer Einhaltung zuständig. Sie ist ein vollständig von den Mitgliedstaaten unabhängiges und somit tatsächlich supranationales Organ der EU. Die Kommissare dienen der Union, nicht ihren jeweiligen Herkunftsstaaten.

Aufgabe der EU-Kommission ist es, das allen Mitgliedstaaten der Union gemeinsame europäische Interesse zu vertreten. Um ihrer Rolle als Hüterin der Verträge und Vertreterin des Gemeinwohls gerecht werden zu können, hat sie im Rechtsetzungsprozess ein Initiativrecht. Sie kann Rechtsakte vorschlagen, über die das Europäische Parlament und der Rat beschließen. Die EU-Kommission ist ferner für die gemeinsamen Politiken (Beispiel Agrarpolitik) zuständig. Sie führt den Haushaltsplan aus und verwaltet die Programme der EU. Die Kommission besteht aus 26 Generaldirektionen (GD) und neun Diensten, die jeweils in Direktionen und Referate unterteilt sind. José Manuel Barroso steht der Kommission seit November 2004 als Präsident vor. Vizepräsident Günter Verheugen ist als verantwortlicher Kommissar für den Bereich Unternehmen und Industrie zentraler Ansprechpartner des BTW.

Partner Europäische Kommission
Die Generaldirektionen

Generaldirektion Unternehmen und Industrie

Die GD Unternehmen und Industrie unter EU-Vizepräsident Günter Verheugen und Generaldirektor Horst Reichenbach soll sicherstellen, dass die Gemeinschaftspolitiken die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in der EU stärken. Außerdem soll sie das Schaffen von Arbeitsplätzen und das Wirtschaftswachstum fördern. Die GD setzt sich für das Erreichen des vom Europäischen Rat in Lissabon festgelegten Ziels ein, die EU zu einem wettbewerbsfähigen und dynamischen wissensbasierten Wirtschaftsraum zu machen. Ferner ist sie maßgeblich daran beteiligt, dem „Lissabon-Prozess", der nach der Bewertung Ende 2004 und Anfang 2005 in Gang gesetzt wurde, neuen Schwung zu geben. In der GD Unternehmen und Industrie sind über 930 Mitarbeiter tätig, sie verwaltet einen Haushalt von etwa 250 Millionen Euro.

Die GD Unternehmen und Industrie steuert die Handelsbereiche, für die sie zuständig ist, verwaltet Haushaltsmittel, mit denen spezifische Maßnahmen finanziert werden, und nutzt die offene Koordinierungsmethode, um die Unternehmenspolitik in den Mitgliedstaaten ständig zu überprüfen. Ferner tritt sie dafür ein, dass die Gemeinschaftspolitik grundsätzlich einen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft leistet. 2005 setzte sich die Generaldirektion eine Reihe strategischer Ziele. Diese werden auf vier Tätigkeitsfeldern umgesetzt mit jeweils mehreren Maßnahmenbereichen – Grundlage der Arbeit in den Dienststellen. Die vier Tätigkeitsbereiche:

- Unternehmerische Initiativen fördern
- Innovation und Wandel fördern
- Chancen des Binnenmarkts optimal nutzen
- Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung sichern

Generaldirektion Energie und Verkehr

Die GD Energie und Verkehr unter EU-Vizepräsident Jacques Barrot (Verkehr), Kommissar Andris Piebalgs (Energie) und Generaldirektor François Lamoureux ist verantwortlich für die Entwicklung und Durchführung der europäischen Politik in den Bereichen Energie und Verkehr. Ihre Aufgabe ist es, eine europäische Politik zum Nutzen der Gesellschaft, der Unternehmen, der Städte und ländlichen Gebiete und vor allem der Bürger sicherzustellen.

Dazu schlägt die Generaldirektion Energie und Verkehr Rechtsvorschriften vor, nimmt die Verwaltung von Programmen wahr und finanziert zahlreiche Projekte. Sie entwickelt gemeinschaftliche politische Maßnahmen, wozu auch der Umgang mit staatlichen Beihilfen zählt. Sie koordiniert zudem die Verwaltung finanzieller Förderprogramme, wobei der Schwerpunkt auf transeuropäischen Netzen, der technologischen Entwicklung und Innovationen liegt. Der Gesamtumfang dieser Programme beträgt 850 Millionen Euro für den Zeitraum 2000 bis 2006. Im Jahr 2005 möchte die EU-Kommission den Schutz von Passagierrechten von der Luftfahrt auf alle anderen Transportmittel ausdehnen. So soll beispielsweise ermittelt werden, wie die Passagiere bei Busreisen am besten geschützt werden können.

Generaldirektion Wettbewerb

Die GD Wettbewerb unter Kommissarin Neelie Kroes und Generaldirektor Philip Lowe verfolgt das Ziel, die Wettbewerbsbestimmungen der Staatsverträge durchzusetzen. Dadurch soll sie sicherstellen, dass der Wettbewerb im EU-Markt nicht verzerrt wird.

Aufgabenschwerpunkte der Generaldirektion Wettbewerb liegen in den Bereichen:

- Kartellrecht
- Fusionskontrolle
- Liberalisierung
- staatliche Fördermittel

Die Generaldirektion Wettbewerb untersucht außerdem das internationale Ausmaß der europäischen Wettbewerbspolitik und deren Auswirkungen auf internationale Beziehungen.

Generaldirektion Binnenmarkt

Die GD Binnenmarkt untersteht Kommissar Charly McCreevy und Generaldirektor Alexander Schaub. Sie koordiniert die Grundsätze der EU-Kommission im europäischen Binnenmarkt, die die Bewegungsfreiheit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital innerhalb der Union sicherstellen soll. In den ersten zehn Jahren ihres Bestehens seit Gründung am 1. Januar 1993 hat die GD Binnenmarkt 2,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen und 877 Milliarden Euro zusätzlichen Wohlstand. Das Hauptaugenmerk dieser Generaldirektion liegt auf den drei Bereichen

- Entwurf von Gesetzesvorschlägen zum Durchsetzen von Barrierefreiheit auf dem europäischen Binnenmarkt
- Überwachen der Anwendung und Durchsetzung des EU-Rechts in der Praxis sowie Anpassen nationaler Vorschriften an das EU-Recht
- Aufklären von Bürgern und Unternehmen über ihre Rechte auf dem Binnenmarkt und die daraus resultierenden Vorteile sowie deren Umsetzen in die Praxis

Generaldirektion Steuern und Zollunion

Unter Kommissar László Kovács und Generaldirektor Robert Verrue nimmt die GD Steuern und Zollunion aktiv am Erreichen der strate-

gischen Ziele der Europäischen Union teil. Die Generaldirektion befasst sich in regelmäßigen offenen Dialogen mit Interessenvertretern und Interessenten mit diesen Themen, um sicherzustellen, dass ihre Regelungen und Vorschläge mit den rapiden Veränderungen in der Praxis Schritt halten. Besonders hervorzuheben sind die Aufgabengebiete

- Verwaltung, Verteidigung und Weiterentwicklung der Zollunion als aktiver Beitrag zum Schutze der EU-Außengrenzen
- Beseitigen von Steuerhindernissen, die Einzelpersonen und Unternehmen vom freien, grenzüberschreitenden Wirtschaften und vom Nutzen der vollen Vorteile des Binnenmarktes abhalten, sowie Anregen von Veränderungen in Steuersystemen zum Verwirklichen der Unionsziele wie Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung
- Effektive Reaktion auf internationale Herausforderungen in der Zoll- und Steuerpolitik
- Erleichtern der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Zollbetrug

Generaldirektion Umwelt

Die Umwelt für gegenwärtige und zukünftige Generationen zu schützen, erhalten und verbessern sowie nachhaltige Entwicklung zu fördern, ist Hauptanliegen der GD Umwelt unter Kommissar Stavros Dimas und Generaldirektorin Catherine Day. Hauptaufgabe ist es, neue Rechtsvorschriften zu initiieren, auszuarbeiten und sicherzustellen, dass vereinbarte Maßnahmen in den Mitgliedstaaten auch umgesetzt werden. Folgende Ziele stehen im Vordergrund:

- Erhalt und Verbesserung der Lebensqualität durch Sicherstellen eines hohen Schutzniveaus bei natürlichen Ressourcen

- wirksame Risikoabschätzung und wirksames Risikomanagement sowie fristgerechtes Durchführen der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften
- Fördern von Ressourcenwirksamkeit bei Herstellung, Verbrauch und Abfallbeseitigung sowie Einbeziehen von Umweltbelangen in andere Politikfelder der EU
- Fördern von Wachstum in der EU gemäß den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bedürfnissen der EU-Bürger
- Auseinandersetzung mit den aktuellen globalen Herausforderungen, insbesondere mit Klimaänderung und Erhalt der biologischen Vielfalt international
- Sicherstellen, dass alle Strategien und Aktionen in den genannten Bereichen auf einem sektorübergreifenden Konzept basieren
- Beteiligen aller Akteure und Zielgruppen am Gesamtprozess und erfolgreiches Vermitteln der Strategien und Aktionen

Partner Europäisches Parlament (EP)

Das EP ist die Vertretung der Völker und Menschen in Europa. Die Bürger wählen ihre Volksvertreter direkt für fünf Jahre in allgemeinen, freien und geheimen Wahlen. Zusammen mit dem Ministerrat beschließt das EP Gesetze, die in allen Mitgliedstaaten der EU gültig sind. Es besteht aus den Vertretern der Völker der in der EU zusammengeschlossenen Staaten, wie es im Vertrag von Rom aus dem Jahre 1957 heißt. So sind heute 455 Millionen Europäer aus 25 Ländern durch ihre 732 Volksvertreter am europäischen Aufbau beteiligt. Präsident des EP ist seit 20. Juli 2004 Joseph Borrell Fontelles.

Wie viele Abgeordnete aus den einzelnen EU-Staaten kommen, ist vertraglich vereinbart. So stellt Deutschland 99 Abgeordnete – aus allen Bundesländern. Sie sind im EP in 20 verschiedenen Ausschüs-

sen vertreten, so auch im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (AFET), im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) und im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN).

Über 20 Sprachen werden im EP nach der Erweiterung 2004 gesprochen. Sitz ist Straßburg. Dort sind pro Jahr zwölf Plenarsitzungen angesetzt. In Brüssel finden Ausschuss- und Fraktionssitzungen statt, gelegentlich auch Plenarsitzungen. Luxemburg ist ebenfalls Arbeitsort des EP. Dort ist die Parlamentsverwaltung untergebracht, das so genannte Generalsekretariat.

Der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN)

Dafür sind die 13 deutschen Abgeordneten im Ausschuss zuständig:

1. Entwickeln einer gemeinsamen Politik für Eisenbahn- und Straßenverkehr sowie Binnen- und Seeschifffahrt und Luftfahrt, insbesondere
   a) gemeinsame Vorschriften für den Verkehr innerhalb der EU
   b) Auf- und Ausbau transeuropäischer Netze (Verkehrsinfrastruktur)
   c) Bereitstellen von Verkehrsdienstleistungen sowie die Beziehungen zu Drittländern im Verkehrssektor
   d) Verkehrssicherheit
   e) Beziehungen zu internationalen Verkehrsorganisationen
2. Postdienste
3. Fremdenverkehr

Partner Europäisches Beratungszentrum (EBZ)

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ist seit 1989 Träger des „Europäischen Beratungszentrums der Deutschen Wirtschaft (EBZ)“. Dieses ist Teil des europaweiten Netzes von Euro Info Centre (EIC), die im Auftrag der EU-Kommission (GD Unternehmen und Industrie) vor allem kleine und mittlere Unternehmen dabei unterstützen, Marktchancen auf dem Binnenmarkt zu erkennen und zu realisieren. Das EBZ bietet in einem leistungsfähigen Verbund ein breites Spektrum branchenübergreifender Beratungs- und Informationsdienstleistungen. Es informiert und berät vor allem zu den Themen

- europäische Rechtsvorschriften (Verordnungen, Richtlinien, Kommissionsvorschläge; Stand der EU-Gesetzgebung)
- Maßnahmen und Initiativen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
- Normen und technische Standards
- öffentliches Auftragswesen
- EU-Förderprogramme
- EU-Länder: Marktdaten, Fördermaßnahmen, Kontakte
- Kooperationsmöglichkeiten

Zur zielgerichteten Aufgabenerfüllung verfügt das EBZ über Verbindungsstellen in BDI-Mitgliedsverbänden. Der BTW als „Partner im Netz des EBZ“ sowie die weiteren Mitglieder stehen zur Information und Beratung insbesondere der KMU aus den jeweiligen Branchen oder Regionen zur Verfügung.

Bürokratie und Wettbewerbs-behinderungen in der EU

I. Verkehr

Bürokratische Hemmnisse

- Flugdienstzeiten

  Die geplante Verordnung zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3922/91 des Europäischen Rats zur Harmonisierung der technischen Vorschriften und der Verwaltungsverfahren in der Zivilluftfahrt (KOM/2004/73 vom 10. Februar 2004) (so genannte EU-OPS) sieht eine bis ins Detail gehende Regelung über Flugdienstzeiten vor. Diese Regelung führt zu wirtschaftlichen Mehrbelastungen der Fluggesellschaften. Sie trägt politischen Gegebenheiten Rechnung, ohne die operationellen und wirtschaftlichen Konsequenzen zu untersuchen.

- Fahrtenhefte im Reisebusverkehr

  Die obligatorisch zu führenden Fahrtenhefte im grenzüberschreitenden Reisebusverkehr besitzen keinerlei Funktion, sind aber sehr kosten- und arbeitsintensiv (VO [EG] Nr. 11/98 vom 11. Dezember 1997 zur Einführung gemeinsamer Regeln für den grenzüberschreitenden Personenverkehr mit Kraftomnibussen). Sie sollten durch hausinterne Passagierlisten ersetzt werden.

Wettbewerbsbehinderungen

- Sicherheit in der Zivilluftfahrt

  Die durch die Verordnung zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften über die Sicherheit in der Zivilluftfahrt (VO [EG] Nr. 2320/2002 vom 16. Dezember 2002) vorgeschriebene Trennung von an- und abfliegenden Passagieren aus EU- und aus Nicht-EU-Staaten erzwingt bei vielen Hubs große Umbaumaßnahmen mit erheblichem Kosten- und Bürokratieaufwand.

Aufgrund der fehlenden Harmonisierung der Luftsicherheitsmaßnahmen mit Drittländern werden Maßnahmen von Ländern mit anerkannt hohem Sicherheitsstandard (zum Beispiel USA, Israel, Japan) pauschal als „unzureichend“ abqualifiziert. Hier müsste das Prinzip der Äquivalenz ausreichen.

Die Ergänzungsverordnung zur Ausweitung der „sensiblen Teile von Sicherheitsbereichen“ (VO [EG] Nr. 1138/2004 vom 21. Juni 2004) führt zu einem erheblichen finanziellen und bürokratischen Aufwand bei den Flughäfen und durch die erschwerte Anlieferung von Waren in die Sicherheitsbereiche zu teils erheblichen Beeinträchtigungen im Einzelhandel.

- Finanzierung von Sicherheitsmaßnahmen im Luftverkehr

Die fehlende Finanzierung von Sicherheitsmaßnahmen im Luftverkehr durch die öffentliche Hand führt zur massiven Benachteiligung gegenüber anderen Verkehrsträgern und gegenüber außereuropäischen Wettbewerbern – zum Beispiel den USA.

- Übermittlung von Passagierdaten

Der Luftverkehr wird gegenüber anderen Verkehrsträgern aufgrund der bilateralen Vereinbarungen der EU mit den USA zur detaillierten Übermittlung von Passagierdaten an US-Behörden diskriminiert. Die Realisierung der geplanten Ausweitung dieser bilateralen Datenübermittlung auf andere Staaten würde noch stärker zu inakzeptablen Wettbewerbsverzerrungen führen.

- Slot-Vergabe

Die aktuelle Praxis der Slot-Vergabe (Grundlage: VO [EWG] Nr. 95/93 vom 18. Januar 1993) mit den so genannten „Großvaterrechten“ soll unter anderem durch ein „slot allocation/auctioning system” abgelöst werden. Dieses System greift in ein durchaus funktionierendes hochkomplexes Verteilungssystem von Flugpla-

nung und Flugzeiten ein, ohne die entstehenden wirtschaftlichen und operationellen Folgen zu analysieren. Notwendig ist eine langfristige Lösung, die den dringend notwendigen Ausbau der Luftverkehrs-Infrastruktur ermöglicht.

- Lärmbedingte Betriebsbeschränkungen

Die unklaren Vorgaben der Richtlinie über Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flugplätzen (RL 2002/30/EG vom 26. März 2002) – so zum Beispiel keine ausdrückliche Ermächtigung für generelle Betriebsbeschränkungen – bergen die Gefahr einer überzogenen Umsetzung in nationales Recht.

II. Steuerrecht

Bürokratiehemmnis

- Harmonisierung bei Reisekosten

Die europaweit unterschiedlichen steuerlichen/gesetzlichen Vorgaben bei Reisekostenabrechnungen, die fehlende einheitliche Vorgehensweise bei der Umsatzsteuerrückführung sowie die fehlende europaweite Akzeptanz elektronischer Belege führen zu einem bürokratischen Mehraufwand.

Wettbewerbsbehinderung

- Kerosinsteuer

Die immer wieder diskutierte EU-weite Besteuerung von Kerosin würde zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen zwischen EU- und Nicht-EU-Staaten führen und das Gesamt-Luftverkehrssystem empfindlich treffen.

Umsetzung in nationales Recht

- Margenbesteuerung

  Die fehlende einheitliche Umsetzung der Margenbesteuerung aufgrund von zu weit gefasster EU-Gesetzgebung (6. RL 77/388/EWG vom 17. Mai 1977) führt zu Wettbewerbsverzerrungen. So kommt die Nichtanwendung der Margenbesteuerung bei Reisen zur unternehmerischen Verwendung in Deutschland faktisch einer Doppelbesteuerung bei Restaurationsleistungen gleich und bedeutet einen großen Verwaltungsaufwand bei Pauschalreisen.

  Des Weiteren sind die formalen Anforderungen an das Erstellen von Ausgangsrechnungen durch umfangreiche Ausnahmeregelungen so komplex, dass jede einzelne Sachverhaltsabrechnung einer steuerlichen Beurteilung unterzogen werden muss. Zudem führen Drittland-Reiseveranstalter im Binnenmarkt generell keine Umsatzsteuer auf ihre Marge ab.

- Ertragsbesteuerung

  Die deutschen Regelungen zur Ertragsbesteuerung (insb. § 8 a KStG) sind nach dem EuGH-Urteil „Lankhorst-Hohorst“ (Rechtssache C 324/00 vom 12. Dezember 2002) mit erheblichen Unklarheiten verbunden. Dadurch entstehen unakzeptable rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für Unternehmen in Deutschland. So kommt es zum Beispiel beim Cashpooling mit ausländischen Tochtergesellschaften zur Doppelbelastung.

III. Unternehmensrecht

Bürokratiehemmnis

- Ausschreibungsvorschriften

  Die Verpflichtung zur europaweiten Ausschreibung von Bauleistungen (über fünf Millionen Euro oder Leistungen über 400.000

Euro; RL 97/52/EG vom 13. Oktober 1997) sowie das entsprechende Verfahren sind sehr zeitaufwändig, personalintensiv und unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vom Ergebnis nicht zwangsläufig besser.

- Rechnungslegung

Die parallele Erstellung von Konzernabschlüssen bei kapitalmarktorientierten Unternehmen sowohl nach internationalen Rechnungslegungsstandards (IAS) (EU-Recht: vgl. Mitteilung der Kommission Abl. C 16 vom 20. Januar 1998 S. 5 bis 12) als auch nach nationalen Bilanzierungs- und Steuergesetzen (HGB) führt zu einem erheblichen Zusatzaufwand.

Umsetzung in nationales Recht

- Genehmigungsverfahren für Infrastrukturmaßnahmen

Das deutsche Genehmigungsverfahren für Infrastrukturmaßnahmen, die von gesamteuropäischem Interesse sind, könnte durch die Schaffung entsprechender einheitlicher europäischer Rahmenbedingungen modernisiert und verkürzt werden.

IV. Binnenmarkt/Wettbewerb

Bürokratiehemmnis

- Deklarationspflicht

Die bis ins letzte Detail gehende Deklarationspflicht für Wein (VO [EG] Nr. 1493/1999 vom 17. Mai1999; VO [EG] Nr. 753/2002 vom 29. April 2002; Fertigverpackungs-Verordnung vom 18. Dezember 1981, BGBl. I 1981, S. 1585 ff.), verbunden mit den entsprechenden Prüfungen, führt zu einem bürokratischen Arbeits- und Kostenaufwand, der in keinem Bezug zum Nutzen steht.

Wettbewerbsbehinderung

- Finanzierung von Flughäfen und staatliche Hilfen für Luftfahrtunternehmen

  Der von der GD Transport und Energie am 27. Januar 2005 vorgelegte Entwurf der gemeinschaftlichen Leitlinien für die Finanzierung von Flughäfen und die Gewährung staatlicher Anlaufhilfen für Luftfahrtunternehmen auf Regionalflughäfen führt zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen und ist diskriminierend. Grund: Für miteinander konkurrierende Unternehmen gelten unterschiedliche Regeln und der Staat greift durch Beihilfen zugunsten bestimmter Marktteilnehmer selbst in den Wettbewerb ein. Auch anderen Verkehrsträgern wie den Busreiseveranstaltern entstehen dadurch massive Wettbewerbsnachteile.

- Normung von Qualitätsstandards in Hotellerie und Gastronomie

  Die Vorstöße auf europäischer Ebene, im Namen der Entbürokratisierung nunmehr Normungsinstitute mit der Normung von Dienstleistungen zu beauftragen, sind nur dann gerechtfertigt und wettbewerbskonform, wenn diese Normung auf Initiative und mit Einverständnis der wesentlichen europäischen Branchenbeteiligten geschieht (Bottom-up-Standardisierung). Europaweit standardisierte Produkte in der Hotellerie und Gastronomie dürfen nicht das Ziel sein. Das Angebot der Branche muss vielschichtig sein und der Vielfalt der europäischen Kulturen entsprechen.

- Einwegmieten bei Mietwagen

  Durch die in einigen europäischen Staaten bestehende Rückführungspflicht von Mietwagen bei grenzüberschreitenden Einwegmieten entstehen zusätzliche Kosten sowie eine unübersichtliche Rechtslage.

V. Verbraucherrecht

Bürokratiehemmnis

- Passagierrechte im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr

  Der Vorschlag für eine Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr (KOM/2004/143 endg. vom 3. März 2004) greift in Kernbereiche unternehmerischer Eigenverantwortung ein und versucht, durch bis ins letzte Detail gehende Regelungen alle denkbaren Aspekte in zum Teil praxisferner Weise zu erfassen. Er greift vielfach in betriebliche Abläufe ein, begründet unzählige neue Rechtspflichten und schafft neben einer unvertretbaren wirtschaftlichen Belastung auch ein hohes Maß zusätzlicher Bürokratie. Eine rechtlich verbindliche Stärkung der Fahrgastrechte kann außerhalb gesetzgeberischer Maßnahmen schneller und wirksamer erreicht werden (Beispiel: Kundencharta der Deutschen Bahn).

Umsetzung in nationales Recht

- Kennzeichnungspflicht

  Die unklare Deutung der Kennzeichnungspflicht im deutschen Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (vom 6. Januar 2004, BGBl. I 2004, S. 2 ff.), das auf 14 verschiedenen Richtlinien basiert, führt zu Haftungsproblemen sowie Kostensteigerung bei den Shoppingbetrieben.

- Lebensmittelhygiene

  Die umfangreichen und bis ins kleinste Detail gehenden Bestimmungen zur Lebensmittelhygiene auf Grundlage des so genannten HACCP-Systems (Hazard Analysis and Critical Control Points),

die auch streng kontrolliert werden, bringen Gastronomiebetrieben einen enormen Verwaltungs- und Kostenaufwand (Grundlage: RL 93/43/EWG vom 14. Juni 1993 über Lebensmittelhygiene).

Wettbewerbsbehinderung

- Denied Boarding Compensation Regulation (DBC)

  Die Verordnung über Entschädigungs- und Betreuungsleistungen bei Überbuchung, Annullierung und großen Verspätungen von Flügen (VO [EG] Nr. 261/2004 vom 11. Februar 2004) birgt große Unklarheiten und Widersprüche, lässt operationelle und wirtschaftliche Konsequenzen außer Acht sowie eine Verhältnismäßigkeit von Sanktionen und Flugpreisen vermissen. Vor einer Verschärfung der gesetzlichen Regelungen hätte die schon vorliegende Selbstverpflichtung der europäischen Fluggesellschaften erst einmal in der Praxis erprobt werden müssen. Eine Klage beim EuGH liegt vor.

- Obligatorische Angabe des ausführenden Luftfahrtunternehmens

  Der Vorschlag für eine Verordnung über die Unterrichtung von Fluggästen über die Identität des ausführenden Luftfahrtunternehmens sowie den Austausch sicherheitsrelevanter Informationen (KOM/2005/0048 endg. vom 16. Februar 2005) sieht die Ausweisung der durchführenden Airline obligatorisch vor. In der jetzigen Form führt der Verordnungsvorschlag im Anwendungsbereich zu Problemen, wenn neben den Fluggesellschaften und Veranstaltern auch die Reisemittler und ticket-vendors für Stornierungen haftbar gemacht werden können.

  Des Weiteren trägt der Vorschlag zur Beeinträchtigung des Zielgebietstourismus bei Rundreisen in Drittländern bei und wirft aufgrund der langen Planungszeiten im Kreuzfahrtmarkt vor allem

für diese Art der Pauschalreise Probleme auf. Zudem sind die Kriterien zur Erstellung der so genannten „Black List“ von unsicheren Airlines europaweit nicht einheitlich – zum Beispiel beim Genehmigungsentzug.

- Computergesteuertes Buchungssystem (CRS)

  Aufgrund des Deregulierungsvorhabens des EU-CRS-Verhaltenskodex (Grundlage VO [EWG] Nr. 2299/1989 vom 24. Juli 1989) entstehen für die betroffenen Unternehmen mittelfristige Planungsunsicherheiten.

VI. Umweltrecht

Bürokratiehemmnis

- Ausarbeitung von umweltbezogenen Plänen und Programmen

  Die Richtlinie über die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung bestimmter umweltbezogener Pläne und Programme (RL 2003/35/EG vom 26. Mai 2003) führt zu Verzögerung und Kostensteigerung bei den Verfahren.

Wettbewerbsbehinderung

- Treibhausgas-Emissionszertifikate

  Bestrebungen, die Richtlinie über ein System von Treibhausgas-Emissionszertifikaten (RL 2003/87/EG vom 13. Oktober 2003) auch auf den Luftverkehr zu übertragen, werden als eine isolierte europäische Maßnahme und damit wettbewerbsverzerrend abgelehnt.

- Umgebungslärm

  Die Zielwerte der Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm (RL 2002/49/EG vom 25. Juni 2002) sollten

abgesenkt werden, um eine überzogene Umsetzung in nationales Recht zu verhindern.

- Umweltprüfung

  Die Richtlinie zur strategischen Umweltprüfung (SUP) (RL 2001/42/EG vom 27. Juni 2001) birgt unter anderem durch die Ausweitung des Begriffs „Öffentlichkeit“ die Gefahr einer überzogenen Umsetzung in nationales Recht.

Umsetzung in nationales Recht

- Umweltverträglichkeitsprüfung

  Die Umsetzung der Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) (RL 97/11/EG vom 3. März 1997) durch das so genannte Artikelgesetz zum Umweltschutz (vom 21. Juli 2001, BGBl. I 2001, S. 1950 ff-), in das auch weitere Richtlinien zum Umweltschutz eingeflossen sind, führt zu zahllosen Anwendungsschwierigkeiten.

VII. Transparenz

Bürokratiehemmnis

- Gesetzgebung im Bereich Geschäftsreisen

  Die fehlende Übersicht über europaweit gültige Vorgaben im Bereich Geschäftsreisen führt zu Rechtsunsicherheit und Mehraufwand. Hier wäre der Aufbau einer europäischen Datenbank nützlich.

Nationale Behinderungen

- Reisekosten/Verpflegungsmehraufwendungen: Ihr Wegfall bei Projekteinsätzen ab dem vierten Monat bringt Nachteile vor allem für IT-Mitarbeiter. Diese sollten künftig auch unter die Regelung der „Einsatzwechseltätigkeit“ fallen.

- Vorsteuerabzug: Bahntickets sind neuerdings nicht mehr vorsteuerabzugsberechtigt, der Mitarbeiter muss sich im Nachhinein eine Rechnung ausstellen lassen.
- Frühstückspauschale: Ihre von der Ausweisung abhängige Abzugsfähigkeit führt zu Unübersichtlichkeit und Mehraufwand.
- Umsatzmeldung: Verschiedene Anmeldestellen (Statistisches Landesamt, Bundesamt für Finanzen etc.) für Umsätze bringen bürokratischen Mehraufwand.
- Betriebsärztliche Überwachung: Sie ist überflüssig und kostentreibend.
- Gesellschafterliste: Die Meldepflicht bei Veränderungen ist bürokratisch.
- Kündigung: Der Arbeitnehmer wird nach erhaltener Kündigung durch die Agentur für Arbeit zum Rechtsstreit genötigt.
- Betriebsräte: Der Missbrauch ihrer Stellung ist kostentreibend.
- Pass- und Personenkontrollen: Ihre massive Verschärfung bei Einreise von der Schweiz nach Deutschland, die bei anderen EU-Staaten nicht zu beobachten ist und mit dem Schengener Abkommen begründet wird, führt zu einem Rückgang von Schweizer Touristen in Deutschland.

Wirtschaftsfaktor Tourismus

Beschäftigungsintensive Branche

Reiseverhalten weltweit

Reiseverhalten europaweit

Incoming und Binnentourismus

Outgoing

Geschäftsreisen

Beschäftigungsintensive Branche

Unbestritten ist die Tourismuswirtschaft ein ökonomischer und gesellschaftlicher Faktor von hohem Wert. In kaum einer anderen Branche finden so viele Menschen Arbeit wie in den Kern- und Randbereichen des Tourismus. Dienstleistungen rund ums Reisen, Essen, Übernachten, Tagen, aber auch Erholen und Vergnügen werden stark nachgefragt.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in Deutschland lässt sich mit verschiedenen Kennziffern bestimmen. Der Tourismus kommt unterschiedlichsten Bereichen der Volkswirtschaft zugute und sein ökonomisches Gewicht wird im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen nicht durch erzeugte Produkte, sondern durch Konsumenten – die Touristen – gemessen. Somit ist es schwieriger, seine gesamtwirtschaftliche Bedeutung anzugeben, als dies zum Beispiel für den Maschinenbau oder die Landwirtschaft gilt.

Beitrag der Tourismuswirtschaft 2004

Indirekte und direkte Effekte des Tourismus

Rang	Land	Mrd US-$
1	USA	1.244,1
2	Japan	407,9
3	**Deutschland**	**270,8**
4	Frankreich	257,1
5	UK	218,5
6	Spanien	199,1
7	Italien	197,0
8	China	183,7
9	Kanada	107,7
10	Australien	71,8

Quellen: TSA/WTTC 2004

Tourismus Satelliten Konto/
Tourism Satellite Account (TSA)

Die **Tourismuswirtschaft** (Tourismuswirtschaft bzw. -effekte im weitesten Sinne) zeigt den weitergehenden Einfluss der touristischen Nachfrage auf andere Bereiche der Volkswirtschaft, also alle Auswirkungen, die die touristische Nachfrage auf die jeweilige lokale oder nationale Volkswirtschaft hat (nachfrageseitige Betrachtung).

Der Tourismus ist ein beschäftigungsintensiver Wirtschaftszweig. Nach derzeitigen Erkenntnissen (DIW) sichert der Tourismus direkt und indirekt etwa 2,8 Millionen Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland. Die vom Tourismus abhängigen Arbeitsplätze finden sich nicht nur in der Tourismuswirtschaft selbst (hier vor allem im Gastgewerbe), sondern auch in den mit ihr verbundenen Branchen.

Der Tourismus trägt damit mit einem Anteil von rund acht Prozent an der Gesamtbeschäftigung in Deutschland bei. Zum Vergleich: Elektroindustrie, Baugewerbe und Automobilindustrie zusammen kommen nicht auf diese hohe Anzahl von Arbeitsplätzen.

Eine vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) in Auftrag gegebene Studie soll bis Frühjahr 2006 die Beschäftigungsauswirkungen des Tourismus näher untersuchen.

Beitrag der Tourismusindustrie 2004

Direkte Effekte des Tourismus

Rang	Land	Mrd US-$
1	USA	482,7
2	Japan	159,5
3	Frankreich	103,0
4	Italien	84,7
5	**Deutschland**	**84,5**
6	UK	82,5
7	Spanien	76,8
8	China	40,1
9	Kanada	35,7
10	Australien	32,1

Quellen: TSA/WTTC 2004

Tourismus Satelliten Konto/
Tourism Satellite Account (TSA)

Die **Tourismusindustrie** (tourismustypischer Bereich) zeigt die engeren ökonomischen Wirkungen, insbesondere Güter und Dienstleistungen, die direkt für Besucher erstellt werden, wie Beherbergung und Transport (angebotsseitige Betrachtung).

Reiseweltmeister und Messestandort Nummer 1

Mehr als 60 Prozent aller Reisen der Deutschen führen durch das eigene Land. Der tourismusbezogene Inlandskonsum beträgt rund 135 Milliarden Euro. Das sind mehr als zwölf Prozent aller Konsumausgaben privater Haushalte in Deutschland. Zusätzlich werden durch Geschäftsreisen in Deutschland weitere 23 Milliarden Euro erwirtschaftet. Deutschland ist weltweit Messestandort Nummer 1 und belegt Rang 2 im Kongress- und Tagungswesen. Die Deutschen sind internationale „Reiseweltmeister". Zugleich ist aber auch Deutschland (siehe oben) selbst nach wie vor das beliebteste Reiseziel der Deutschen. Gemessen an den Ausgaben, die ausländische Touristen bei uns tätigen, liegt Deutschland auf Platz 5 der attraktivsten Reiseziele der Welt. Im Jahr 2006 werden beispielsweise 800 Millionen Euro Ausgaben von ausländischen Gästen erwartet, insbesondere von den zusätzlichen Touristen zur Fußball-Weltmeisterschaft.

Gastgewerbe, Verkehrsunternehmen und Einzelhandel profitieren

Von diesen Reiseausgaben profitieren ganz erheblich auch andere Wirtschaftszweige wie der Einzelhandel. Wichtigste Branchen der deutschen Tourismuswirtschaft sind jedoch nach wie vor das Gastgewerbe (mit 28,7 Prozent aller Tourismusausgaben) und die Verkehrsträger (23,5 Prozent). Die 180.000 Restaurants und Gaststätten, 50.000 Hotels und Pensionen, 20.000 Reisemittler, 5.000 Busunternehmer und 1.000 Reiseveranstalter prägen das mittelständische Gesicht der deutschen Tourismuswirtschaft.

Internationale Organisationen wie die Welttourismusorganisation (WTO) und die EU-Kommission streben ein verbessertes Benchmarking an. Mit Hilfe von „Satellitenkonten" zu den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen soll die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in den einzelnen Ländern sichtbar gemacht werden. Als Kenn-

Einnahmen im Tourismus nach Regionen weltweit 1990-2004

Region	1990	2003	2004*	2003-2004
	Mrd US-$	Mrd US-$	Mrd US-$	in Prozent
Welt gesamt	**264,1**	**525,0**	**622,0**	**18,5**
Afrika	5,3	15,8	18,9	19,6
Amerika	69,2	114,0	131,5	15,3
Asien/Pazifik	41,2	95,5	125,0	30,9
Europa	143,2	283,1	326,3	15,3
Darunter Deutschland	**11,2**	**23,1**	**27,7**	**19,7**
Mittlerer Osten	4,4	16,7	20,7	23,9

* Vlg.

Quellen: DZT, WTTC, BMWA, SPD-Bundestagsfraktion

ziffer dient vor allem der Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Auch der Verband World Travel & Tourism Council (WTTC) als Vereinigung der führenden Tourismusindustrie versucht auf der Basis von Satellitenkonten-Berechnungen die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in international vergleichbarer Form zu beschreiben.

Im Ergebnis des WTTC liegt Deutschland mit einem direkten Anteil von rund drei Prozent am BIP – das entspricht 84,5 Milliarden US-Dollar – zwar nur im internationalen Mittelfeld. Beim Vergleich der absoluten Werte nimmt Deutschland allerdings weltweit einen Spitzenplatz ein: Misst man die indirekten und direkten Effekte des Tourismus, liegt Deutschland im Jahr 2004 mit einem Betrag von 270,8 Milliarden US-Dollar weltweit an dritter Stelle nach den USA und Japan.

Als weiterer wichtiger Indikator zur Einschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus gelten die internationalen Reise-

ausgaben. Bezogen auf die Tourismusbilanz bewegt sich Deutschland allerdings im negativen Bereich. 58,1 Milliarden Euro Reiseausgaben der Deutschen im Ausland stehen Einnahmen in Höhe von 21 Milliarden Euro gegenüber. Dies entspricht einem Minus von 37,1 Milliarden Euro. Allerdings sind auch hier Erfolge zu verzeichnen. Die Einnahmen Deutschlands aus „touristischen Exporten“ sind seit 1999 um fast 23 Prozent auf die genannten rund 21 Milliarden Euro im Jahr 2004 angestiegen und haben damit einen neuen Höchstwert erreicht.

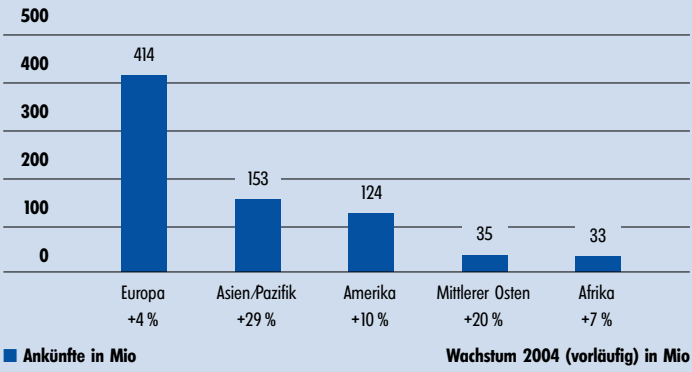
Reiseverhalten weltweit

Der Tourismus ist weltweit ein bedeutender Wirtschaftszweig. Er bietet beste Voraussetzungen für einen Beitrag zu Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, nachhaltiger Entwicklung sowie wirtschaftlichem und sozialem Zusammenhalt.

Das Jahr 2004 war weltweit mit mehr als 760 Millionen Ankünften – ein Plus von rund zehn Prozent gegenüber 2003 – das bisher stärkste Reisejahr aller Zeiten. Fast alle Zielmärkte verzeichneten nach der dreijährigen Stagnation internationaler Reisen als Folge des 11. September 2001, der Epidemie SARS und des Irak-Kriegs ein nennenswertes Wachstum. Die Tourismusindustrie erzielte besonders in den USA (482,7 Milliarden US-Dollar), Japan (159,5 Milliarden US-Dollar) und Frankreich (103 Milliarden US-Dollar) hohe direkte Effekte.

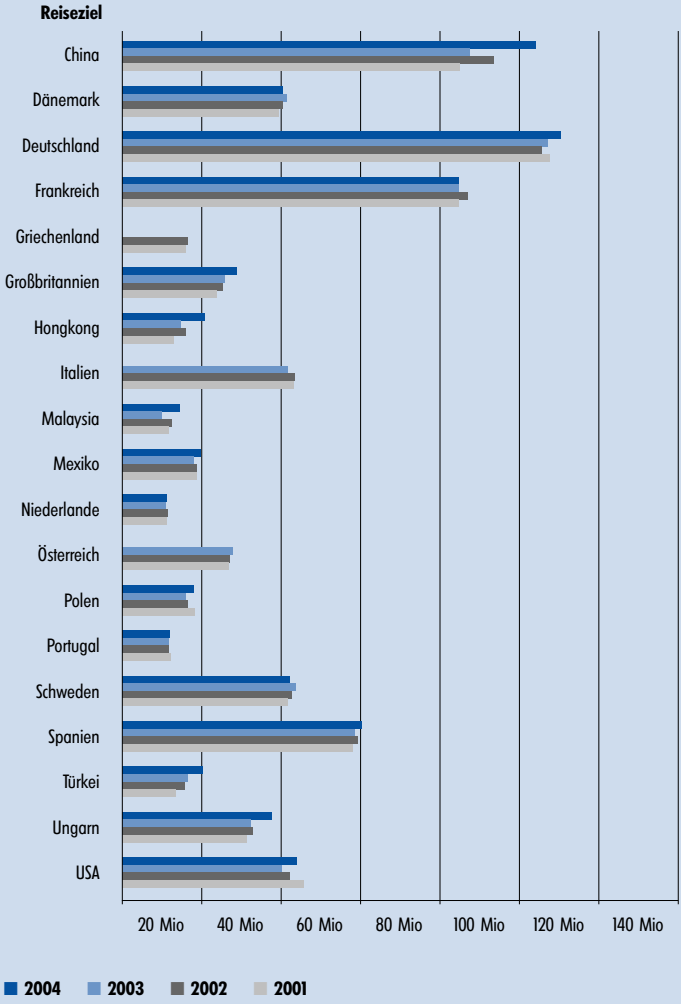
So reisen zum Beispiel die US-Amerikaner besonders gern nach Europa. Meist besuchen sie dort wegen ihrer knappen Urlaubszeit mehrere Länder auf einmal, in der Regel zwei bis vier.

760 Millionen registrierte internationale Ankünfte 2004



Quelle: WTO 2005

Besucherentwicklung: Ankünfte pro Jahr



Quelle: Bilanz 2004 aus „Travel One“, 9. März 2005

Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und die Beneluxländer stehen an oberster Stelle der Beliebtheitsskala.

Mit 153 Millionen internationalen Ankünften und einem Wachstum von 29 Prozent war der asiatische Reisemarkt besonders dynamisch. So konnte Asien im Jahr 2004 seine Position als zweitbeliebteste Reisedestination hinter Europa verbessern und liegt jetzt deutlich vor Amerika, das ein Plus von zehn Prozent auf 124 Millionen internationale Ankünfte verzeichnete. Ähnlich wie bei den Amerikanern ist auch hier ein hohes Interesse an Europa-Reisen zu verzeichnen, gleichzeitig nimmt die Besucherzahl aus dem Ausland dank gelockerten Einreisebestimmungen und wachsendem Tourismusangebot zu.

Neben Deutschland ist 2004 China mit 109 Millionen Ankünften auf der Spitzenposition. Im Jahr 2005 wird man dort voraussichtlich 112 Millionen Gäste empfangen. Beinahe gleichauf mit China liegt die Zahl der Ankünfte in Frankreich. Mit einigem Abstand folgen die europäischen Länder und die USA. Bei Unterscheidung der Reisenden nach Herkunft (Deutschland bzw. international) kann sofort festgestellt werden, dass die Deutschen Reiseweltmeister sind, da sie allein in Deutschland schon annähernd die gleiche Anzahl ausmachen wie alle internationalen Gäste in China zusammen.

Die europäischen Länder zählten 414 Millionen internationale Ankünfte (plus vier Prozent). Positive Wachstumsraten erzielten auch der Mittlere Osten mit plus 20 Prozent auf 35 Millionen und Afrika mit plus sieben Prozent auf 33 Millionen internationale Ankünfte. Insgesamt finden rund 80 bis 85 Prozent der internationalen Reisen innerhalb eines Kontinents statt, während die übrigen 15 bis 20 Prozent der Reisen zu Zielen auf einen jeweils anderen Kontinent führen.

Reiseverhalten europaweit

Europa ist mit der größten Vielfalt und Dichte an Touristenattraktionen die am meisten besuchte Region der Welt und empfängt knapp 60 Prozent aller internationalen Touristen, wie die nachstehende Tabelle verdeutlicht. Dieser hohe Anteil erklärt sich auch dadurch, dass es in Europa viele verhältnismäßig kleine Länder auf engem Raum gibt, was das innereuropäische Reisen stimuliert. Der Fremdenverkehr in der EU ist weitestgehend inländisch geprägt, über 80 Prozent der erfassten Reiseleistungen entfallen auf die EU-Bürger, die innerhalb Europas reisen. Für die nächsten Jahrzehnte wird allerdings ein Wachstumsrückgang zugunsten der verstärkten touristischen Aktivitäten in Asien prognostiziert.

Die Reisedynamik auf dem asiatischen Kontinent schlägt sich zwar vor allem in Asien nieder, betrifft aber sekundär auch europäische Ziele. Europa hat damit im Jahr 2004 einen Marktanteil von knapp 55 Prozent aller weltweiten Ankünfte. Zwar ist seit 1995 der Markt-

Incoming-Tourismus Deutschland

	Ankünfte in Mio **1995**	**Ankünfte** in Mio **2010**	**Ankünfte** in Mio **2020**	**Jährl. Wachstum 1995-2020**	**Marktanteile 1995**	**Marktanteile 2020**
Europa	**338,4**	**527,3**	**717,0**	**3,0 %**	**59,8 %**	**45,9 %**
Amerika	108,9	190,4	282,3	3,9 %	19,3 %	18,1 %
Ostasien/Pazifik	81,4	195,2	397,2	6,5 %	14,4 %	25,4 %
Afrika	20,2	47,0	77,3	5,5 %	3,6 %	5,0 %
Mittlerer Osten	12,4	35,9	68,5	7,1 %	2,2 %	4,4 %
Südasien	4,2	10,6	18,8	6,2 %	0,7 %	1,2 %
Welt	565,4	1.006,4	1.561,1	4,1 %	100 %	100 %

Quelle: DZT 2005 – „Incoming-Tourismus Deutschland" Zahlen – Fakten – Daten 2004

anteil Europas um rund fünf Prozentpunkte gesunken – eine Entwicklung, die sich nach Prognosen der World Tourism Organization (WTO) auf bis zu knapp 46 Prozent Marktanteil im Jahr 2020 fortsetzen wird. Bei einem generellen Wachstum des weltweiten Reisemarktes wird aber für Europa trotzdem ein durchschnittliches Wachstum von drei Prozent pro Jahr bis 2020 prognostiziert. Vor diesem Hintergrund ist es besonders erfreulich, dass Deutschland mit einer Zunahme von rund zehn Prozent bei den Ankünften im Jahr 2004 ein deutlich stärkeres Wachstum aufwies als Europa insgesamt.

Deutschland liegt damit auf dem Niveau des weltweiten Tourismuswachstums und zeigt, dass es international Anschluss halten und sich als Urlaubs- wie als Geschäftsreise-Destination weltweit positionieren kann. Die für Urlaub und Reisen relevanten ökonomischen Rahmenbedingungen waren vor allem gekennzeichnet durch eine boomende Wirtschaft in Übersee bei gleichzeitiger verhaltener Entwicklung in Europa, insgesamt niedrige Zinsen und Inflationsraten, einen starken Euro gegenüber dem US-Dollar sowie explodierende Ölpreise.

Urlaubsreisen
Incoming und Binnentourismus

Stärkstes Reisejahr aller Zeiten

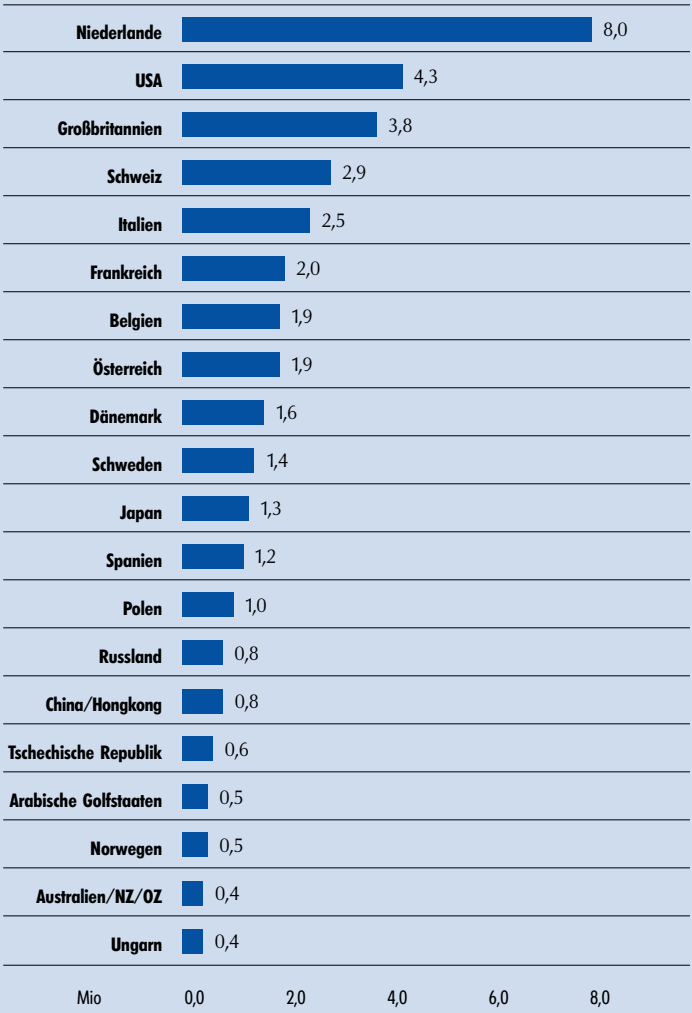
Im Jahr 2004 verzeichnete auch das Deutschland-Incoming Rekordzuwächse. Die Zahl der Ankünfte von ausländischen Touristen stieg um 9,5 Prozent auf 20,1 Millionen, die Übernachtungen nahmen um 8,8 Prozent zu. Damit wurde erstmals die Marke von 45 Millionen ausländischen Übernachtungen überschritten und ein neuer Rekord beim Deutschland-Incoming erreicht.

Der größte Quellmarkt für Reisen nach Deutschland war mit 74 Prozent Übernachtungsanteil nach wie vor Europa. Die Zahl erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 6,8 Prozent auf 33,6 Millionen. Neben signifikanten Zuwächsen aus allen west-, mittel- und südeuropäischen Ländern zeigten besonders die Zukunftsmärkte in Osteuropa mit einem Plus von 6,5 Prozent einen dynamischen Anstieg bei den Übernachtungen.

Auch aus den wichtigen Traditionsmärkten in Übersee konnte der Deutschland-Tourismus 2004 nach Stagnation in den letzten drei Jahren wieder sehr gute Wachstumsraten erzielen. Aus den USA stiegen die Übernachtungszahlen um 15,1 Prozent auf 4,3 Millionen. Aus Japan verzeichnete Deutschland ein Plus von 9,8 Prozent auf 1,3 Millionen Übernachtungen. Besonders beeindruckend waren die Übernachtungszahlen aus den Zukunftsmärkten China und den arabischen Golfstaaten mit einem Zuwachs von 36,5 beziehungsweise 15,1 Prozent.

Mit einem Anteil von 17,7 Prozent an allen Übernachtungen ausländischer Gäste in Deutschland sind die Niederlande der wichtigste Herkunftsmarkt für den Deutschland-Tourismus. Umgekehrt steht Deutschland als Auslandsreiseziel der Niederländer mit einem Anteil von 15 Prozent an allen Reisen auf Rang 2. Das gute Preis-Leistungs-Verhältnis in Deutschland, verbunden mit der schnellen

Top 20 – Quellmärkte für Deutschland nach Übernachtungen 2004



Quelle: Statistisches Bundesamt 2005

Quellmärkte Nordwest- und Südwesteuropa[1]

	Übernachtungen 1995 ohne Camping	Übernachtungen 2004	Urlaubsauslandsreiseintensität	Einwohner 2004 in Mio
Nordwesteuropa	**9.574.762**	**14.096.636**	**72,1 %**	**87,4**
Niederlande	5.055.629	8.021.092	103,7 %	16,3
Großbritannien	2.952.366	3.767.880	56,7 %	60,3
Belgien	1.346.954	1.941.318	107,4 %	10,3
Luxemburg	219.813	366.346	183,6 %	0,5
Südwesteuropa	**5.520.699**	**8.583.729**	**30,3 %**	**166,2**
Schweiz	1.664.793	2.926.323	135,6 %	7,4
Italien	1.656.995	2.476.530	27,4 %	58,1
Frankreich	1.557.746	1.964.766	27,1 %	60,4
Spanien	641.165	1.216.111	19,9 %	40,3
Summe	**15.095.461**	**22.680.365**		**253,6**

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005 (4/6)

[1] Mit insgesamt 22,7 Millionen Übernachtungen im Jahr 2004 haben die Quellmärkte Nordwest- und Südwesteuropa einen Anteil von 50 Prozent an allen Ausländerübernachtungen in Deutschland.

Starkes Plus aus Europa

Europa ist mit 74 Prozent aller Übernachtungen nach wie vor der größte Quellmarkt für das Deutschland-Incoming. Im Jahr 2004 stieg die Zahl gegenüber dem Vorjahr um 6,8 Prozent auf 33,6 Millionen Übernachtungen an. Insgesamt nahmen die Übernachtungen aus allen west-, mittel- und südeuropäischen Ländern 2004 zu.

Erreichbarkeit, bietet weitere gute Marktchancen in den Niederlanden.

Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus Großbritannien in Deutschland nahm im Jahr 2004 um 8,4 Prozent auf rund 3,8 Millionen zu. Nach den Niederlanden und den USA ist Großbritannien der drittwichtigste Quellmarkt für das Deutschland-Incoming. Eine

Quellmärkte Nordosteuropa/Russland[1]

	Übernachtungen 1995 ohne Camping	Übernachtungen 2004	Urlaubsauslandsreiseintensität	Einwohner 2004 in in Mio
Nordosteuropa/ Russland	**4.554.910**	**5.889.601**	**14,4%**	**213,9**
Dänemark	1.063.488	1.502.548	94,1 %	5,4
Schweden	953.851	1.374.284	58,0 %	9,0
Norwegen	398.131	404.871	75,1 %	4,6
Finnland	267.745	407.207	79,3 %	5,2
Polen	927.002	952.862	13,3 %	38,6
Russland	764.737	822.932	4,5 %	143,8
Baltische Staaten	179.956	264.897	21,8 %	7,3

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005 (4/6)

[1] Die Quellmärkte Nordosteuropa/Russland halten mit knapp 5,9 Mio Übernachtungen 2004 einen Anteil von 13 Prozent an allen Ausländerübernachtungen in Deutschland.

erhebliche zusätzliche Dynamik, die positive Impulse für Reisen nach Deutschland erbringt, ist in Großbritannien durch das breite Angebot an Low-Fare-Flügen entstanden.

Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus der Schweiz in Deutschland entwickelt sich seit Jahren positiv und ist im Jahr 2004 um 11,4 Prozent auf 2,9 Millionen angestiegen. Die Schweiz steht damit auf Platz 4 der weltweit wichtigsten Quellmärkte für Deutschland. Umgekehrt ist Deutschland im schweizerischen Markt das beliebteste Reiseziel mit einem Anteil von 22 Prozent bei allen Reisen. Die Reiseintensität der Eidgenossen ist mit über 82 Prozent im weltweiten Vergleich eine der stärksten. Frankreich steht auf Rang 6

Quellmärkte Südosteuropa[1]

	Übernachtungen 1995 ohne Camping	Übernachtungen 2004	Urlaubsauslandsreiseintensität	Einwohner 2004 in Mio
Südosteuropa	**2.131.683**	**2.866.254**	**46,7 %**	**35,8**
Österreich	1.286.725	1.899.613	87,1 %	8,2
Tschechien	474.836	550.949	37,3 %	10,2
Ungarn	370.122	415.692	26,0 %	10,0
Slowenien	k.A.	k.A.	78,3 %	2,0
Slowakei	k.A.	k.A.	31,6 %	5,4

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005 (4/6)

[1] Mit insgesamt rund 2,9 Millionen Übernachtungen im Jahr 2004 haben die Quellmärkte in Südosteuropa einen Anteil von knapp sieben Prozent an allen Ausländerübernachtungen in Deutschland.

unter den wichtigsten Quellmärkten für den Deutschland-Tourismus und ist damit ebenfalls ein wichtiger Volumenmarkt. Die Anzahl der Übernachtungen französischer Gäste in Deutschland hat 2004 um zehn Prozent auf rund zwei Millionen zugenommen.

Die Zahl der Übernachtungen italienischer Reisender in Deutschland nahm im Berichtsjahr um 6,5 Prozent auf rund 2,5 Millionen zu. Deutschland ist die drittbeliebteste Reisedestination der Italiener mit einem Anteil von acht Prozent insgesamt.

Zukunftsmärkte in Nordosteuropa

Bei den Übernachtungen von Gästen aus Nordosteuropa und Russland in Deutschland erwartet die DZT – wirtschaftliche Prosperität vorausgesetzt – mittelfristig einen Anstieg auf bis zu sieben Millionen.

Quellmärkte
Asien, Afrika und Australien

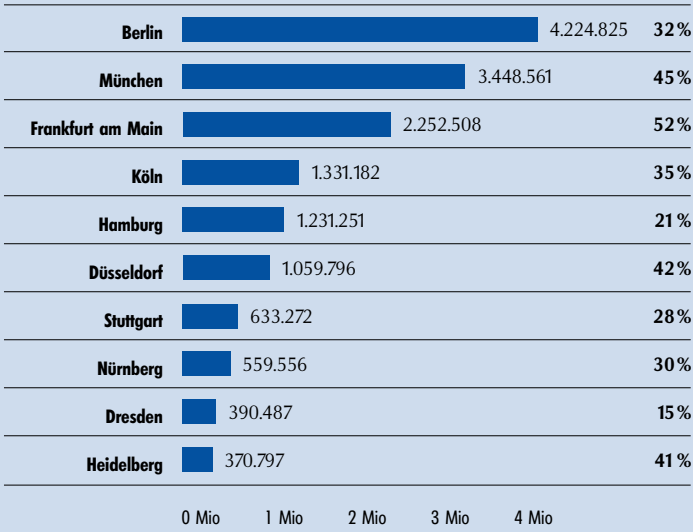
	Über-nachtungen 1995 ohne Camping	Über-nachtungen 2004 in Mio
gesamt	**3.805.761**	**5.203.207**
Japan	1.306.499	1.286.058
China/Hongkong	333.266	789.429
Südkorea	165.055	280.847
Asien	**3.161.772**	**4.355.154**
Afrika	**349.473**	**423.742**
Australien, Neuseeland, Ozeanien	**294.516**	**424.311**
übrige Länder	2.201.835	3.132.079

Quelle: Statistisches Bundesamt 2005 (4/6)

Hervorzuheben ist die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus Dänemark, die im Berichtsjahr um 4,2 Prozent auf rund 1,6 Millionen angestiegen ist. Die Destination Deutschland ist mit einem Marktanteil von 21 Prozent das beliebteste dänische Auslandsziel. Auch im schwedischen Markt steht Deutschland als ausländisches Reiseziel mit einem Anteil von 15 Prozent hoch im Kurs. Bei den Übernachtungen schwedischer Reisender in Deutschland wurde 2004 ein Plus von 5,1 Prozent auf fast 1,4 Millionen verzeichnet.

Die Zahl der Übernachtungen aus Polen nahm 2004 um 13,7 Prozent auf rund eine Million zu. Deutschland ist in Polen die Top-Auslandsdestination mit einem Anteil von 37 Prozent bei allen Reisen. Die Zahl der Übernachtungen aus Russland in Deutschland ist im Berichtsjahr um 5,6 Prozent auf 800.000 angestiegen. Im russischen

Top-Städte in Deutschland nach Übernachtungen 2004



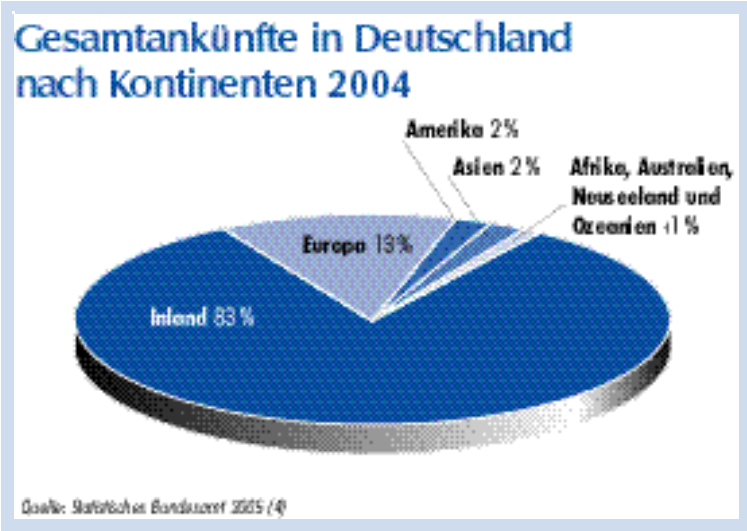
Angaben in Prozent beziehen sich auf den Anteil der Ausländerübernachtungen an den Gesamtübernachtungen

Quelle: Statistische Landesämter 2005 (11/6)

Markt steht Deutschland als Reiseziel mit einem Anteil von sechs Prozent bei allen Reisen auf Rang 4.

Neue Chancen für den Deutschland-Tourismus aus Südosteuropa ergeben sich durch eine gemeinsame Erschließung und Vermarktung von grenzüberschreitenden Natur- und Kulturregionen.

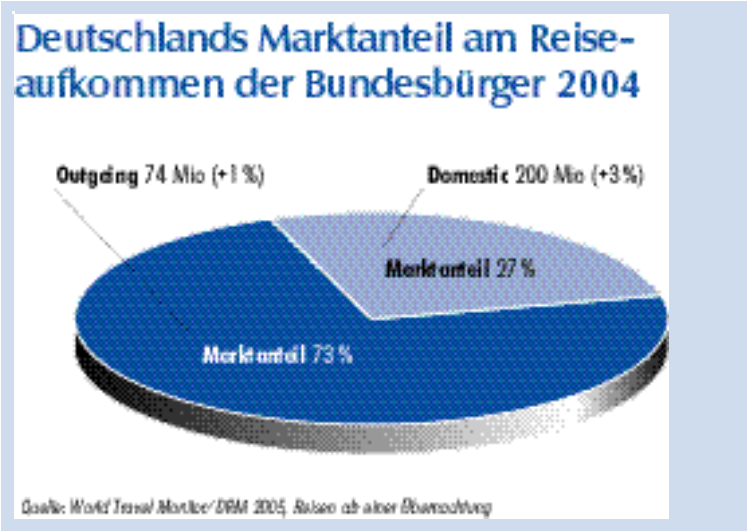
Im österreichischen Markt ist Deutschland mit einem Anteil von 19 Prozent bei allen Reisen das zweitbeliebteste Auslandsziel. Die Zahl der Übernachtungen österreichischer Gäste in Deutschland nahm im Jahr 2004 um 6,7 Prozent auf 1,9 Millionen zu.



Im Berichtsjahr nahm die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus der Tschechischen Republik in Deutschland um vier Prozent auf mehr als 500.000 zu. Im tschechischen Markt hat Deutschland als Reiseziel einen Marktanteil von 19 Prozent. Damit ist Deutschland das beliebteste Auslandsreiseziel der Tschechen.

Quellmärkte Übersee – Asien ist für Deutschland einer der wichtigsten Zukunftsmärkte

Insgesamt rechnet die DZT mittelfristig mit fünf Millionen Übernachtungen aus Fernost. Japan ist dabei mit 1,3 Millionen Übernachtungen für Deutschland der zweitwichtigste Überseemarkt nach den USA und der wichtigste Incoming-Markt in Asien. Durch ihre Beteiligung an der Initiative „Deutschland in Japan 2005/2006“ der Bundesregierung sowie an der Expo Aichi 2005 möchte die DZT das Reiseziel Deutschland vor allem in der Zielgruppe der unter 45-Jährigen verstärkt positionieren.



Boomender Deutschland-Tourismus aus China und Arabien

China beeindruckte im Jahr 2004 mit einem überdurchschnittlichen Plus von 44,5 Prozent bei den Ankünften und plus 36,5 Prozent bei den Übernachtungen (789.000). Damit steht Deutschland als Reiseziel bei den Chinesen auf Platz 2. Seit dem 15. Februar 2003 dürfen auf Basis eines ADS-Abkommens zwischen der Bundesregierung und der China National Tourism Administration (CNTA) touristische Gruppenreisen nach Deutschland durchgeführt werden. Durch eine Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und der CNTA haben 2004 22 weitere EU-Staaten den ADS-Status erhalten. Dadurch erwartet die DZT weitere Impulse bei touristischen Reisen aus China nach Europa und Deutschland.

Die Ankünfte aus den arabischen Golfstaaten lagen mit 160.000 um 12,1 Prozent höher als 2003, die Übernachtungen mit 512.000 um 15,1 Prozent höher.

Verteilung des Incoming-Tourismus

Der Städtetourismus hat überdurchschnittlich von der positiven Tourismusentwicklung Deutschlands profitiert. Rund die Hälfte der Übernachtungen aus dem Ausland fällt auf größere Städte. Dabei haben die zehn wichtigsten Städte einen Marktanteil von 34 Prozent an allen Übernachtungen von ausländischen Gästen in Deutschland.

Unterkunftsformen und Kapazitäten

Hotels und Hotels garni haben mit 73 Prozent Marktanteil eine hohe Bedeutung beim Incoming. Für die deutsche Hotellerie zeichnen sich nach mehreren schwierigen Jahren in Folge leichte Aufwärtstendenzen ab: Das Beherbergungsgewerbe profitiert von den Zuwächsen im Tourismus und erzielt im Gesamtjahr 2004 stabile Geschäftsergebnisse.

Binnentourismus

Der Quellmarkt Deutschland ist das solide Fundament der touristischen Infrastruktur in Deutschland und daher von eminenter Bedeutung für die gesamte deutsche Tourismusbranche. Mit jährlich 293,4 Millionen Übernachtungen in gewerblichen Betrieben mit mehr als neun Betten und auf Campingplätzen haben die Inländerübernachtungen einen Anteil von knapp 87 Prozent an allen Übernachtungen in Deutschland. Laut Deutschem Reisemonitor generieren deutsche Gäste insgesamt rund 200 Millionen Reisen mit mindestens einer Übernachtung im Inland, dagegen führen nur 74 Millionen Reisen der Deutschen jährlich ins Ausland.

Die positive Entwicklung im Inland sowie beim Deutschland-Incoming hat sich in den ersten fünf Monaten 2005 fortgesetzt: Die Übernachtungen von Gästen aus dem Inland stiegen zwischen

Januar und Mai im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 0,9 Prozent auf rund 103 Millionen. Insgesamt erwartet die DZT für das Reisejahr 2005 einen Zuwachs von ein bis zwei Prozent aus dem Inland und mehr als zwei Prozent aus dem Ausland.

Impulsgeber für die Nachfrage nach Inlandsreisen im erfolgreichen Jahr 2004 waren die deutschen Großstädte mit Zuwächsen von bis zu 15,8 Prozent bei den Ankünften (Berlin). Das dynamische Wachstum in den Städtezielen konnte sogar die wetterbedingten Rückgänge in den Küstenländern und auf den Campingplätzen weitestgehend kompensieren. Unter den Bundesländern waren Sachsen und Sachsen-Anhalt Wachstumssieger im Jahr 2004 mit plus 5,6 beziehungsweise 4,4 Prozent bei den Ankünften deutscher Reisender.

Insgesamt sind die Deutschen gegenüber dem Vorjahr mehr gereist. Dabei haben die Reisen im Inland ein höheres Wachstum als die Reisen ins Ausland erzielt. 38 Prozent der Inlandsreisen sind Urlaubsreisen (76,6 Millionen), 14 Prozent Geschäftsreisen (28,1 Millionen) und 48 Prozent Verwandten- und Bekanntenbesuche. An diesen Kennziffern lässt sich bereits erkennen, dass es ohne einen solch starken Inlandsmarkt keine so wettbewerbsfähige und flächendeckende touristische Infrastruktur im Deutschlandtourismus geben würde, wie wir sie derzeit vorfinden.

Die Inlandsurlaubsreisen lassen sich in Erholungsurlaub und in Kultururlaub aufteilen und stellen zusammen einen Anteil von 77 Prozent an allen Urlaubsreisen. 2004 konnte hier ein Wachstum von knapp zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr erzielt werden.

Deutschland als Haupturlaubsziel immer beliebter

Laut FUR-Reiseanalyse 2005 stiegen Haupturlaubsreisen innerhalb Deutschlands ab vier Übernachtungen von 18,5 Millionen im Jahr

2001 auf 20,2 Millionen im Jahr 2004 an. Zwar ergab der unmittelbare Vergleich zum Vorjahr ein leichtes Minus von 1,4 Millionen Reisen – zurückzuführen auf die insgesamt geringere Zahl an Haupturlaubsreisen der Deutschen im Tourismusjahr 2004. Bei ihrer zweiten und dritten Reise mit mehr als vier Übernachtungen wählten die Deutschen jedoch verstärkt das Inland. Hier war ein Plus von 7,2 Millionen Reisen zu verzeichnen. Mit einem Marktanteil von jetzt 31 Prozent (Quelle: FUR-Reiseanalyse 2005) ist Deutschland auch weiterhin das beliebteste Reiseland der Deutschen.

Urlaubsreisen
Outgoing

Im Touristikjahr 2003/2004 konnten die Reiseveranstalter ihren Umsatz um rund fünf Prozent steigern. Die Reisebüros verbuchten ebenfalls ein Plus, aber ein schwächeres. Die Eckdaten der organisierten Reise lauten: 18,6 Milliarden Euro Umsatz und 34,8 Millionen Urlauber. Zudem können folgende Fakten festgehalten werden:

- Die Zahl der Urlaubsreisen steigt
- Die Zahl der Veranstalterreisen steigt
- Der Urlaub wird kürzer
- An der Wahl des Verkehrsmittels ändert sich fast nichts

Das Gros des deutschen Veranstaltermarktes machen mit rund 67 Prozent TUI, Thomas Cook und REWE Touristik aus. Die Big Six, also TUI, Thomas Cook und REWE zusammen mit FTI, Öger und Alltours bringen es sogar auf einen Marktanteil von 82 Prozent. Diese Konzentration unterstreicht die Bedeutung der sechs führenden Veranstalter für die Entwicklung der ganzen Branche.

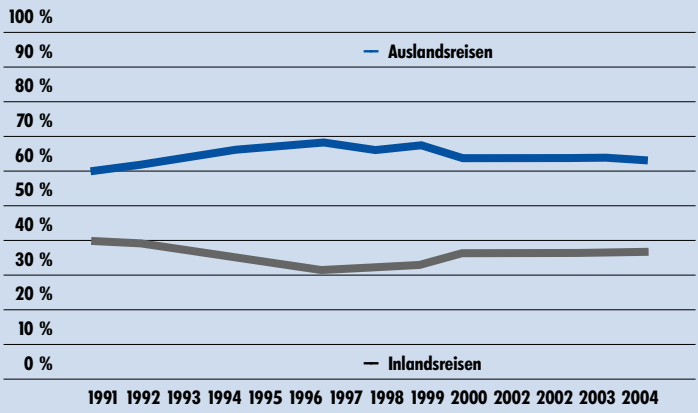
Die Prognosen für den europäischen Tourismusmarkt für das Jahr 2005 sind insgesamt sehr positiv. Nicht nur angesichts der noch unklaren politischen und wirtschaftlichen Perspektive für Deutschland, sondern vor allem auch angesichts der Krisenfälle, die 2005 die Reisebranche auf die Probe gestellt haben, ist dies bemerkenswert. Die Anschläge in London und im ägyptischen Sharm el Sheik, aber vor allem die Flutkatastrophe vom 26. Dezember 2004 in Südostasien haben zwar das Reiseverhalten beeinflusst, aber zu keinem Rückgang der Mobilität geführt.

Bei den Nahzielen sind für Österreich, Dänemark und Benelux 2004 gegenüber dem Vorjahr steigende Gästezahlen aus Deutschland zu verzeichnen. Unter den Reisedestinationen auf der Mittelstrecke konnten die Türkei sowie Nordafrika deutliche Zuwächse an deutschen Urlaubern verbuchen. Eine Zunahme deutscher Reisender

konnten ebenfalls die USA und Kanada im Fernreisesegment bilanzieren. Während der Marktanteil des Inlandstourismus bei den Urlaubsreisen der Deutschen ab fünf Tagen um einen Prozentpunkt zugenommen hat, haben die Mittelstreckenziele gegenüber 2003 zwei Prozent ihres Anteils einbüßen müssen. Die Kurzstrecken- sowie die Fernziele sind stabil geblieben. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei Urlaubsreisen ab einer Dauer von fünf Tagen beträgt laut TUI Travel Scope 11,1 Tage. Im vergangenen Jahr waren es noch 11,6 Tage.

Entwicklung der Inlands- und Auslandsreisen

Basis: Urlaubsreisen der Deutschen ab fünf Tagen Dauer



Quelle: Tourist Scope/Travel Scope

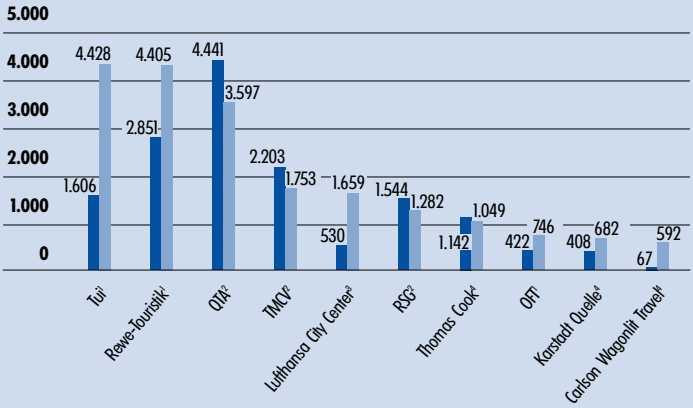
Zielgebiete 2003 und 2004 im Vergleich

Zielgebiete		2003		2004	
		in Mio	in %	in Mio	in %
Deutschland		**27,7**	**36,0**	**29,2**	**37,0**
Davon:	Nord-/Ostsee	9,6	12,0	9,8	12,0
	Alpen und Voralpen	2,6	3,0	3,4	4,0
	sonstiges Bayern	3,1	4,0	3,2	4,0
	Baden-Württemberg	2,2	3,0	2,6	3,0
Weitere Nahziele		**19,8**	**26,0**	**20,6**	**26,0**
Davon:	Österreich	5,7	7,0	6,1	8,0
	Frankreich	2,9	4,0	2,6	3,0
	Dänemark und Benelux	3,6	5,0	4,5	6,0
	GB, Irland, Skandinavien	3,9	5,0	3,9	5,0
Mittelmeer/Mittelstrecke		**26,1**	**34,0**	**25,7**	**32,0**
Davon:	Balearen	3,0	4,0	3,1	4,0
	Kanaren	2,9	4,0	2,6	3,0
	span. Festland/Portugal	2,9	4,0	2,8	3,0
	Italien	7,3	9,0	7,4	9,0
	Griechenland	2,3	3,0	2,1	3,0
	Türkei	3,3	4,0	3,5	4,0
	Nordafrika	1,5	2,0	1,8	2,0
Fernziele		**3,7**	**5,0**	**4,0**	**5,0**
Davon:	USA/Kanada	1,3	2,0	1,4	2,0
	Karibik und Mittelamerika	0,7	1,0	0,7	1,0
Gesamt		**77,5**	**100,0**	**79,9**	**100,0**

Quelle: TUI Travel Scope

Basis: Urlaubsreisen der Deutschen ab fünf Tagen Dauer

Top 10 – Reisevertriebssysteme 2004

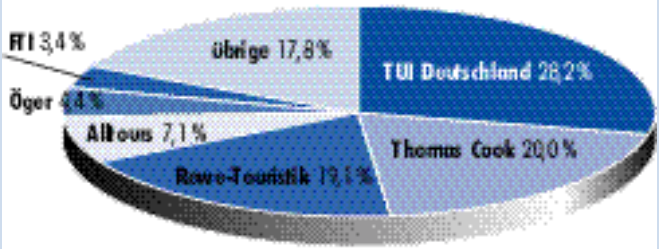


[1] Kette, Franchisesystem und Kooperation [2] Kooperation [3] Franchisesystem [4] Kette

Quelle: Rewe-Marktforschung

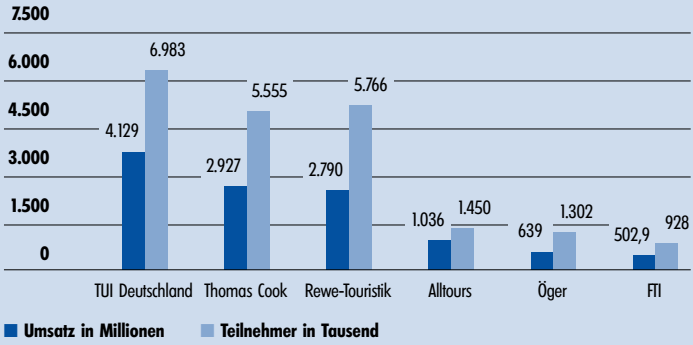
Reiseveranstalter

Marktanteil nach Umsatz 2004 der von der Fachzeitschrift FVW erfassten Reiseveranstalter



Quelle: FVW International

Reiseveranstalter 2004



Quelle: FVW International

Entwicklung der Reisevermittlungsumsätze

Konsolidierte Umsätze aller Reisevertriebsstellen in Mrd Euro

	1975	1980	1985	1990	1995	2002	2003	2004
Gesamtumsatz	4,7	7,4	9,7	13,7	21,7	22,0	19,9	20,6
Davon:								
Business Travel	k.A.	k.A.	k.A.	3,3	5,5	6,9	6,4	6,7
Privatkundengeschäft	k.A.	k.A.	k.A.	10,4	16,2	15,1	13,5	13,9
Gesamtumsatz nach Sparten								
Davon:								
Touristik	3,1	4,6	5,7	8,4	12,8	11,8	10,7	11,0
Linienflug	1,0	1,8	2,5	3,7	6,5	7,9	7,2	7,5
Bahn	0,4	0,5	0,5	0,7	1,1	1,1	0,9	1,0
sonstiges	0,3	0,5	0,9	0,9	1,3	1,2	1,2	1,2

Quelle: Rewe-Marktforschung

Reisevermittlungsstellen in Deutschland

	2001	2002	2003	2004
Klassische Reisebüros	4.978	4.316	3.970	3.636
Business Travel	997	1.017	1.044	980
Touristische Reisebüros	8.050	8.351	8.739	8.023
Summe Reisebüros	**14.025**	**13.684**	**13.753**	**12.639**
Sonstige Buchungsstellen	5.018	3.031	2.524	2.997
Vertriebsstellen insgesamt	**19.043**	**16.715**	**16.277**	**15.634**
Davon:				
IATA-Agenturen	4.745	4.648	4.520	4.465
DB-Agenturen	3.741	3.668	3.445	3.246

Stand jeweils 31.12.

Quelle: DRV-Vertriebsdatenbank

Definitionen

- Klassisches Reisebüro:
  Reisebüro mit mindestens einer Veranstalter- und mindestens einer Verkehrsträgerlizenz
- Business Travel:
  Reisebüro/Dienstleister/Betriebsstelle eines Firmenreisedienstes, die überwiegend Dienstreise- und Geschäftsreisekunden abwickeln
- Touristisches Reisebüro:
  Reisebüro mit mindestens zwei Veranstalterlizenzen, ohne Verkehrsträgerlizenz
- Sonstige Buchungsstellen:
  Reisevermittlungsstellen mit nur einer Veranstalterlizenz, deren sonstige Erwerbsquellen nicht bekannt sind. Vermutlich Nebenerwerb sowie Unteragenturen

Geschäftsreisen

Hunderttausende von deutschen Arbeitsplätzen in Hotellerie und Gastronomie, bei Verkehrsträgern, Reisebüros und anderen Unternehmen verdanken ihre Existenz den Geschäftsreisen. Am Wirtschaftsstandort Deutschland, im Europa der 25 und weltweit schaffen sie die stabile Nachfrage für moderne Verkehrsinfrastrukturen und Services. Ohne anspruchsvolle und kaufkräftige Geschäftsreisende verliefe die Einführung neuer Produkte und Technologien weit weniger dynamisch. Und Millionen von Urlaubsreisenden profitieren nachhaltig von Angeboten, die vom Geschäftsreisemarkt indirekt mitfinanziert werden.

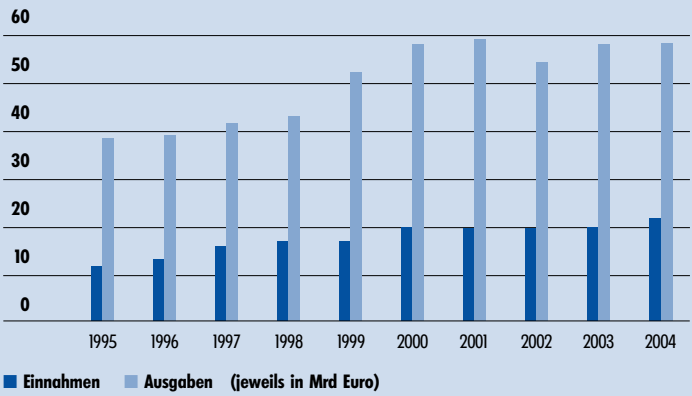
Welche enorme ökonomische Bedeutung die berufsbedingte Mobilität hat, zeigte schon im Detail die erste Geschäftsreiseanalyse des Verbandes Deutsches Reisemanagement (VDR). Die zweite Studie bezifferte die Gesamtausgaben von Unternehmen und öffentlichem Sektor für die Mobilität inklusive Veranstaltungen, mobiler Kommunikation und Fuhrparks auf jährlich über 120 Milliarden Euro. Seit Oktober 2005 liegt die dritte VDR-Geschäftsreiseanalyse vor, die wichtige Kennzahlen des Jahres 2004 präsentiert und Entwicklungen aufzeigt, aber auch neue Aspekte beleuchtet (VDR-Geschäftsreiseanalyse 2005, ISBN 3-938778-01-6, 79 Euro).

Geschäfts- beziehungsweise Dienstreisen fanden auch 2004 überwiegend im Inland statt (Urlaubsreisen führten zu 69 Prozent ins Ausland), wo die Unternehmen mit mindestens zehn Mitarbeitern 27,2 Milliarden Euro für Geschäftsreisen ausgaben – den Löwenanteil ihrer Budgets. Berücksichtigt man die Ausgaben von Kleinstbetrieben mit weniger als zehn Mitarbeitern, summieren sich die Gesamtkosten für Geschäftsreisen 2004 auf 54,2 Milliarden Euro. Ohne private Nebenausgaben betrugen die durchschnittlichen Tagesausgaben 2004 pro Person 104 Euro, etwa das Anderthalbfache der Urlaubsreiseausgaben.

War 2003 noch ein klarer Rückgang von zwei- bis dreitägigen Geschäftsreisen zugunsten längerer Reisen festzustellen, schlägt 2004 das Pendel wieder um. Der Anteil kürzerer Reisen nimmt wieder zu. Etwa die Hälfte aller Geschäftsreisen sind eintägige Reisen. Beschäftigte aus Betrieben mit bis zu 500 Mitarbeitern reisen wieder mehr. Firmen mit über 500 Mitarbeitern haben dagegen ihr Geschäftsreisevolumen reduziert – eine 2004 bevorzugt genannte Maßnahme für Kosteneinsparungen. Größere Firmen sind besser in der Lage, Geschäftsreisen mit Hilfe von Niederlassungen und modernen Technologien zu substituieren als kleinere. Zudem hat die Abnahme der Beschäftigten in Deutschland bewirkt, dass ein Teil potenzieller Geschäftsreisender weggefallen ist.

Die durchschnittlichen Kosten pro Geschäftsreise haben abgenommen und betrugen 249 Euro im Jahr 2004. Die drei wichtigsten Gründe hierfür sind kürzere Reisen, weniger interkontinentale Reisen sowie das erfolgreiche Bündel der Maßnahmen zur Kostensenkung:

Die deutsche Reiseverkehrsbilanz



Quelle: Deutsche Bundesbank

- genauere Kontrollen
- Reduktion der Reisekategorie
- verstärkte Nutzung von Billig-Airlines
- Suche nach Rabatten und Sondertarifen
- Preisvergleiche
- mehr Online-Buchungen

Mit rund einem Drittel der Gesamtkosten liegen die Flugausgaben erwartungsgemäß am höchsten, gefolgt von Übernachtungskosten und Verpflegung. Die Gesamtzahl der Hotelübernachtungen deutscher Geschäfts- und Dienstreisender summiert sich auf rund 50 Millionen. Dieses Volumen entspricht der ganzjährigen Vollauslastung von 1.370 Hotels mit je 100 Zimmern. Der weltweite, alle Beherbergungsbetriebe zusammenfassende Durchschnittspreis pro Übernachtung beträgt 132 Euro.

Bei größeren Unternehmen mit über 500 Mitarbeitern hat der Anteil der Europa-Reisen seit 2002 stetig zugenommen. Vor drei Jahren belief er sich noch auf etwa ein Fünftel der Geschäftsreisen, 2004 stieg der Anteil auf fast ein Drittel. Darin zeigt sich die verstärkte europäische Wirtschaftstätigkeit dieser Unternehmen. Ein Anstieg der durchschnittlichen Geschäftsreisekosten 2005 ist möglich, wenn Preiserhöhungen bei eingekauften Leistungen am Gesamtmarkt eintreten. Preiserhöhungen in der Hotellerie sind bereits absehbar. Im Flugbereich treiben diverse Zuschläge den Endpreis in die Höhe. Eine gleichzeitige Zunahme europäischer und interkontinentaler Geschäftsreisen würde eine solche Entwicklung verstärken. Für das Jahr 2006 erwarten Unternehmen eine gleich bleibende bis steigende Geschäftsreisetätigkeit. Zunehmen werden Auslandsreisen. Größere Firmen werden auf europäischen und interkontinentalen Strecken noch stärker unterwegs sein als kleinere.